

APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

62. Jahrgang · 1–3/2012 · 2. Januar 2012



Zeitgeschichtsschreibung

Axel Schildt

Zeitgeschichte der „Berliner Republik“

Andreas Wirsching

Vom „Lehrstück Weimar“ zum Lehrstück Holocaust?

Thomas Großbölting

Geteilter Himmel:
Wahrnehmungsgeschichte der Zweistaatlichkeit

Thomas Lindenberger · Muriel Blaive

Zeitgeschichte und Erinnerungskonflikte in Europa

Andreas Eckert

Globalgeschichte und Zeitgeschichte

Hanno Hochmuth

Vergnügen in der Zeitgeschichte

Alexander Gallus

Über das Verhältnis von Geschichts- und Politikwissenschaft

Simone Lässig

Repräsentationen des „Gegenwärtigen“
im deutschen Schulbuch

Beilage zur Wochenzeitung **Das Parlament**

Editorial

Der Boom hält an: „Dokudramen“ und Spielfilme mit zeithistorischen Bezügen erzielen hohe Einschaltquoten, historische Biografien verkaufen sich blendend, und Geschichtsjubiläen kommt größte öffentliche und mediale Aufmerksamkeit zu. Mit Blick auf das Erbe des blutigen 20. Jahrhunderts werden heftige geschichtspolitische Debatten geführt. In Zeiten der Turbo-Globalisierung wächst das Bedürfnis nach (nationaler) Selbstvergewisserung.

Für den Geschichtsunterricht bietet der „Erinnerungsboom“ vielfältige Anknüpfungspunkte. Was die Historiografie angeht, so hat sie sich methodisch von der traditionellen Ereignis- und Politikgeschichte emanzipiert. Konnte die Historikerin Barbara Tuchman noch in den 1980er Jahren den „Qualm“ der Zeitgeschichtsschreibung beklagen, so dominieren heute struktur-, alltags- und kulturgeschichtliche Konzepte sowie die Relevanz des persönlichen „Erinnerns“ die pluralisierten Debatten der Zunft. Dabei standen Zeitzeugen lange im Ruch, die größten Feinde der Historiker zu sein, so ein häufig bemühtes Bonmot. Wenn indes die unmittelbare Zeitzeugenschaft erloschen ist, werden Historisierung und Kontextualisierung unausweichlich. Welche Bedeutung kommt dabei dem nationalstaatlichen Rahmen zu? Wie tragfähig ist etwa das didaktische Postulat einer „asymmetrisch verflochtenen Parallelgeschichte“ von DDR und Bundesrepublik, die Christoph Kleßmann bereits vor dreißig Jahren auf den Begriff gebracht hat?

Zunehmend werden Möglichkeiten und Grenzen eines globalgeschichtlichen Zugriffs ausgelotet. Welt- und Geschichtsbilder der einst von Europa aus kolonialisierten Erdteile bilden einen starken Kontrast zu Eurozentrismen. In der Krise des alten Kontinents fehlt ein neuer europäischer Narrativ, der die Nationalgeschichten in einer gesamteuropäischen Erzählung aufhebt.

Hans-Georg Golz

Axel Schildt

Zeitgeschichte der „Berliner Republik“

Der Titel des Aufsatzes ist insofern doppeldeutig, als er einerseits die Tendenzen der Zeitgeschichtsschreibung, das heißt – weit

Axel Schildt
Dr. phil., geb. 1951; Direktor der
Forschungsstelle für Zeitge-
schichte und Professor für Neuere
Geschichte an der Universität
Hamburg, Beim Schlump 83,
20144 Hamburg.
schildt@
zeitgeschichte-hamburg.de

gefasst – der Historiografie des 20. Jahrhunderts innerhalb der vergangenen beiden Jahrzehnte, umfasst und andererseits die Historisierung dieses jüngsten Abschnitts der deutschen Geschichte meint. Zudem wird mit dem Begriff der „Berliner Republik“ – ich werde ihn konsequent in Anführungszeichen setzen – von manchen Publizisten eine wertende Aussage über eine neue Qualität der Bundesrepublik nach 1990 getroffen, etwa als vages Postulat des Aufbruchs aus der politisch langweiligen Bonner in eine interessantere Berliner Zeit.¹

Im Folgenden sollen beide Konnotationen des jüngsten Abschnitts deutscher Geschichte angesprochen und partiell aufeinander bezogen werden, da sich aus den Tendenzen der Zeitgeschichtsschreibung durchaus etwas über die Gesellschaft der Bundesrepublik seit den 1990er Jahren herauslesen lässt. Die Skizze erfolgt in drei Schritten. Zunächst sollen in einem groben Umriss Kontinuitätslinien und Trendwechsel der neueren Forschung im Blick auf die hauptsächlichlichen Teilbereiche der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts festgehalten werden, danach geht es um einige neuere Diskussionen zur deutschen Geschichte der Zeit nach 1945 und schließlich um vorläufige Anmerkungen zu einer künftigen Zeitgeschichte des späten 20. und frühen 21. Jahrhunderts.

Umriss und Konjunkturen

Drei Prognosen begleiteten die geschichtspolitischen Debatten der frühen 1990er Jahre: Zum Ersten erwarteten viele Beobachter, dass das Interesse am „Dritten Reich“ mit wachsender zeitlicher Distanz und mit dem

Abschied der „Erlebnisgeneration“ nachlassen werde. Der „Historikerstreit“ der 1980er Jahre schien bereits das geschichtspolitische Endspiel gewesen zu sein. Zum Zweiten wurde, erhofft oder befürchtet, davon ausgegangen, dass die Geschichte der DDR die des „Dritten Reiches“ – letzteres dann nur noch im „Diktaturvergleich“ vorkommend –, aber auch die Geschichte der „alten Bundesrepublik“ in den Hintergrund drängen würde. Und drittens gab es Ängste mit Blick auf die Entwicklung einer „siegswestdeutsch“ gefärbten Geschichtsschreibung der Bundesrepublik. All diese Prognosen waren nicht völlig unbegründet, erwiesen sich aber bald als falsch.

Der quantitative Befund zu den historiografischen Veröffentlichungen in den beiden Jahrzehnten seit 1990 ist eindeutig:² Die Zahl der Monografien und Sammelbände zu allen Abschnitten der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts hat sich vervierfacht; das Interesse an der NS-Zeit und deren Aufarbeitung behauptet nach wie vor den führenden Platz mit etwa einem Viertel aller Monografien sowohl 1990 als auch 2009; zur Geschichte der DDR bis 1990 erschienen etwa gleich viele Publikationen wie zur Geschichte der „alten Bundesrepublik“; das Interesse an der jüngsten Zeitgeschichte seit 1990 nimmt zu, und alle modernen Gesamtdarstellungen der Geschichte der Bundesrepublik reichen heute – jedenfalls dem Anspruch nach – bis zur Gegenwart.³

¹ In diesem Sinne Johannes Groß, *Begründung der Berliner Republik. Deutschland am Ende des 20. Jahrhunderts*, Stuttgart 1995; kritisch Jürgen Habermas, *Die Normalität einer Berliner Republik. Kleine Politische Schriften VIII*, Frankfurt/M. 1995; vgl. APuZ, (2001) 1–2. Im Folgenden werden nur wenige einschlägige Veröffentlichungen und eher konzeptionelle Texte exemplarisch genannt.

² Philipp Gassert, *Die Bundesrepublik, Europa und der Westen. Zur Verwestlichung, Demokratisierung und einigen komparatistischen Defiziten der zeithistorischen Forschung*, in: Jörg Baberowski et al., *Geschichte ist immer Gegenwart. Vier Thesen zur Zeitgeschichte*, Stuttgart–München 2001, S. 67–89, hier: S. 67.

³ Vgl. Ralph Jessen, *Alles schon erforscht? Beobachtungen zur zeithistorischen DDR-Forschung der letzten 20 Jahre*, in: *Deutschland Archiv (DA)*, 43 (2010), S. 1052–1064.

⁴ Vgl. Edgar Wolfrum, *Die glückliche Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart*, Stuttgart 2006; Eckart Conze, *Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis*

Dass ein Ende der Debatten über den Nationalsozialismus nicht eintrat, lag primär an der im wiedervereinigten Deutschland noch gesteigerten Relevanz symbolischer Abgrenzung zu den Verbrechen des „Dritten Reiches“. Die von insgesamt mehr als einer Million Menschen besuchten Ausstellungen des Hamburger Instituts für Sozialforschung über die Verbrechen der Wehrmacht (1995–1999 und 2001–2004), die Debatten um „Hitlers willige Vollstrecker“ (Daniel Goldhagen, 1996), „Hitlers Volksstaat“ (Götz Aly, 2005) und langjährige Diskussionen um das 2005 in Berlin eingeweihte „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ machten auf die Verstrickung großer Teile der deutschen Bevölkerung in die nationalsozialistischen Massenverbrechen aufmerksam. Während einzelne Debatten in den Medien sporadisch aufleben, zuletzt um die Untersuchung der Rolle des Auswärtigen Amtes,^f hat sich in der Zeitgeschichtsschreibung eine intensive Fachdebatte um das Verhältnis von Realität und Inszenierung der „Volksgemeinschaft“ im „Dritten Reich“ entwickelt.⁶

Zu einem parallel nachgefragten Produkt auf dem medialen Geschichtsmarkt hat sich die Erinnerung an Luftkrieg und Kriegsende entwickelt, in der „die Deutschen“ als Opfer im Mittelpunkt standen – häufig mit einem pflichtschuldigen Prolog, der den Nationalsozialismus als Ausgangspunkt der Leiden der Bombenopfer und Vertriebenen benennt. Die zeithistorische Forschung hat aber hierzu hervorragende kritische Studien erarbeitet, die zudem den Umgang mit der Erinnerung an diese Geschehnisse bereits für längere Zeiträume analysieren.^f

Dass die DDR-Geschichte nach 1989/90 in den Vordergrund trat, ist nicht verwun-

in die Gegenwart, München 2009; Axel Schildt/Detlef Siegfried, *Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik. 1945 bis zur Gegenwart*, München 2009.

^f Vgl. Eckart Conze et al., *Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik*, München 2010.

⁶ Vgl. Frank Bajohr/Michael Wildt (Hrsg.), *Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus*, Frankfurt/M. 2009.

^f Zum Bombenkrieg vgl. Jörg Arnold/Dietmar Süß/Malte Thießen (Hrsg.), *Luftkrieg. Erinnerungen in Deutschland und Europa*, Göttingen 2009; zu Vertreibung und Vertriebenen zuletzt der Überblick von Matthias Beer, *Flucht und Vertreibung der Deutschen. Voraussetzungen, Verlauf, Folgen*, München 2011.

derlich. Zum einen konnte sie nun als abgeschlossene Epoche und zugleich auf Basis der nahezu vollständig zugänglichen Akten erzählt werden, was zudem geschichtspolitisch hochgradig erwünscht war. Wissenschaftsfördernde Einrichtungen initiierten sehr früh Programme zum „Diktaturvergleich“. Allerdings lässt sich konstatieren, dass anfänglich dominierende Totalitarismusformeln unter dem Eindruck empirischer Studien zur ostdeutschen Gesellschaft erodierten und sich eine pluralistische empirische Forschung mit verschiedenen institutionellen Zentren entwickelte⁸ – einschließlich der unvermeidlichen Kontroversen. Dass die historische DDR-Forschung besonderen öffentlichen Debatten ausgesetzt ist, liegt geschichtspolitisch auf der Hand.⁹

Nicht nur die DDR, auch die „alte Bundesrepublik“ war 1990 an ihr Ende gekommen. Die zeithistorische Bundesrepublik-Forschung, die über die vorherige politische Ereignisgeschichte hinausging, begann im Jahrzehnt vor der Wiedervereinigung. Veröffentlichungen in größerer Zahl erfolgten im Jahrzehnt danach. Dabei war eine gewisse Forschungslogik unverkennbar: dem sozialhistorischen Paradigma von „Moderne“ und „Modernisierung“ im Blick auf die „Gründerzeiten“¹⁰ folgte eine partielle Öffnung für kulturhistorische Perspektiven und zugleich eine Wiederaufnahme der politischen Geschichte für die 1960er Jahre. Bis zur Untersuchung dieser Zeit waren Fragen nach dem Verhältnis von Kontinuitäten – personeller, institutioneller, struktureller oder mentaler Art – und Brüchen bzw. neuen Entwicklungen immer im Blick auf die Zeit des Nationalsozialismus, aber auch der dorthin führenden Wege gestellt worden. Das Interesse verlagerte sich von den Kontinuitäten auf jene Faktoren und Konstellationen, die erklären, warum aus der düsteren und geradezu beängstigenden politischen Kultur der frühen Bundes-

⁸ Vgl. für das breit gefächerte Spektrum etwa Rainer Eppelmann/Bernd Faulenbach/Ulrich Mähler (Hrsg.), *Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung*, Paderborn u. a. 2003.

⁹ Vgl. zuletzt die Habilitationsschrift von Carola S. Rudnick, *Die andere Hälfte der Erinnerung. Die DDR in der deutschen Geschichtspolitik nach 1989*, Bielefeld 2011.

¹⁰ Axel Schildt/Arnold Sywottek (Hrsg.), *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*, Bonn 1993.

republik – die bisweilen noch immer in Festreden zum demokratischen Frühling geadelt wird – eine relativ liberale und pluralistische Gesellschaft hatte werden können.¹¹

Die Konturierung eines Transformationszeitraums der „langen 1960er Jahre“ legte zugleich die Hypostasierung von „1968“ zur tiefsten Zäsur der Geschichte der Bundesrepublik und zum allein erklärenden Faktor für ihre Liberalisierung und Demokratisierung ad acta.¹² Auch der Umgang mit den „68ern“ konnte bereits als geschichtspolitische Linie nachgezeichnet werden.¹³

Tendenzen in der jüngeren Zeitgeschichtsforschung

Die 1960er Jahre sind seit dem Ausgang der 1990er Jahre, die 1970er Jahre seit der ersten Hälfte der 2000er Jahre beforscht worden, auch die 1980er Jahre werden mittlerweile einbezogen. Damit zeichnet sich ab, dass der erste gründliche Durchgang einer historiografischen Deutung der gesamten „alten Bundesrepublik“ bald abgeschlossen sein wird. Dies ermöglicht, erste Linien für den Zusammenhang von Zeitgeschichte und „Zeitgeist“ zu ziehen. Dabei fällt auf, dass die Betonung der Kultur im weiten Sinne bei der Deutung der 1960er Jahre gegenüber der sozialhistorischen Dominanz bei der Untersuchung der 1950er Jahre zusammenfällt mit der gesteigerten Aufwertung des Individualismus nach der Niederlage des Sowjetblocks, mit einer Erzählung von Selbstbestimmtheit und Freiheit, in der die Fragen nach Relevanz und Interessen mitunter als überkommene ideologische Reminiszenzen erscheinen.

Die Erforschung der 1970er Jahre setzte erst nach der Jahrhundertwende, nachdem die Blase der „New Economy“ geplatzt war,

¹¹ Vgl. Ulrich Herbert (Hrsg.), *Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980*, Göttingen 2002.

¹² Vgl. Anselm Doering-Manteuffel, *Westernisierung. Politisch-ideeller und gesellschaftlicher Wandel in der Bundesrepublik bis zum Ende der 60er Jahre*, in: Axel Schildt et al. (Hrsg.), *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, Hamburg 2000, S. 311–341.

¹³ Die Literatur zu „68“ ist kaum mehr zu überblicken; vgl. als Einstieg Norbert Frei, *1968. Jugendrevolte und globaler Protest*, München 2008.

in breitem Maßstab ein. Sie kreist um die Frage nach grundsätzlichen Strukturbrüchen, die den Weg in eine postindustrielle Gesellschaft und letztlich in unsere Gegenwart gewiesen haben, und geht mit der Renaissance sozial- und wirtschaftshistorischer Themen und Ansätze einher. Allerdings hat die stärkere Betonung ökonomischer Prozesse kulturhistorische Ansätze keineswegs verdrängt. Dass Performanz und Inszenierung keine nur ästhetischen Bezüge besitzen, sondern mit ökonomischen Interessen eng verknüpft sind, gilt als gesicherte Erkenntnis. Dies deutet an, dass der Siegeszug des „Neoliberalismus“, der in den 1970er Jahren eingesetzt hatte und vor der Jahrhundertwende als – vorläufig – letzte nach dem Zerfall des Sowjetblocks verbliebene Meistererzählung die mediale Öffentlichkeit weitgehend dominierte, bereits als eine ideologische Konstruktion historisierbar geworden ist.

Es ist evident, dass Befürchtungen einer nationalistisch eingefärbten Zeitgeschichte nach 1990 nicht eingetroffen sind. Die Probleme der europäisch eingehegten erweiterten Bundesrepublik haben sogar umgekehrt zur Ablehnung einer angeblich „harmonisierenden“ „Erfolgsgeschichte“ der Bundesrepublik geführt, bei der allerdings nicht recht klar ist, wer diese geschrieben haben soll. Es ist faktisch nicht abzustreiten, dass – gemessen an der Ausgangslage – die „alte Bundesrepublik“ einen erfolgreichen Weg beschritten hatte. Dass daraus zum einen keine Glorifizierung der Akteure folgen muss, zum anderen auch innerhalb der „Erfolgsgeschichte“ falsche Weichenstellungen vorgenommen wurden, der Erfolg nicht zum Nulltarif zustande kam und außerdem die Feststellung des Erfolgs keine Garantie für dessen Fortsetzung in der Zukunft, sondern allenfalls eine Ressource für kommende Krisen sein mag, ist oft genug gesagt worden.¹⁴

Insofern ist auch das begrüßenswerte Postulat, eine von den Problemen der Gegenwart ausgehende Zeitgeschichte zu entwickeln,¹⁵

¹⁴ Vgl. Axel Schildt, *Abschied vom Westen? Zur Debatte um die Historisierung der „Bonner Republik“*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 45 (2000), S. 1207–1218.

¹⁵ Programmatisch Hans Günter Hockerts, *Vom Problemlöser zum Problemerzuger? Der Sozialstaat im 20. Jahrhundert*, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 47 (2007), S. 3–29.

mitnichten ein Gegensatz zur „Erfolgsgeschichte“. Allerdings ist damit hinsichtlich der Auswahl von Themen und der Entwicklung von Fragestellungen noch nichts gesagt, weil die Probleme der Gegenwart mit deren Vergehen selbst wiederum als historisch wandelbare Größe erscheinen. Die politischen Entscheidungen zur Ausweitung des Sozialstaats in den 1950er und 1970er Jahren mögen ein gegenwärtiges Problem mitgeprägt haben, aber mit ähnlicher Berechtigung wird angesichts der heutigen Schuldenkrise auch über die Geschichte einer die soziale Ungleichheit fördernden Steuer- und Subventionspolitik, die Versäumnisse der Umwelt- oder Skandale der Wohnungspolitik und vieles andere geforscht. Die Frage der Relevanz ist nicht „objektiv“ und monokausal zu beantworten.

Dies ist auch eine wichtige Hypothese der neueren Debatte über die 1970er Jahre, die zwar weithin als „Strukturbruchdiskussion“ firmiert, aber gerade nicht den einen Bruch, die eine Ursache, den einen Ausgangsort des Übergangs in die „postindustrielle Gesellschaft“ oder „Hochmoderne“ sucht, sondern ein Geflecht von Faktoren in den Blick nimmt, in dem ökonomischen und sozialen Prozessen eine hohe Bedeutung zukommt, wenngleich eine simple Basis-Überbau-Konstruktion vermieden wird.¹⁶ Eine solche Konzeptionierung der Geschichte für das letzte Drittel des 20. Jahrhunderts sprengt notwendigerweise die engen Grenzen der Nationalgeschichte, die bisher vor allem durch westeuropäische Vergleiche und vereinzelt auch durch die Untersuchung von gegenseitigen Einflüssen und Beziehungen eine transnationale Dimension erhalten hat. Verbunden ist damit zugleich eine Aufwertung lokaler und regionaler Geschichte, denn nicht mehr Staaten, sondern einzelne Orte werden hinsichtlich bestimmter Themen in der Regel verglichen, um dichte Beschreibungen komplexer Sachverhalte zu ermöglichen.

¹⁶ Vgl. Anselm Doering Manteuffel/Lutz Raphael, Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2008; Konrad H. Jarausch (Hrsg.), Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte, Göttingen 2008; Thomas Raitzel/Andreas Rödder/Andreas Wirsching (Hrsg.), Auf dem Weg in eine andere Moderne. Die Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren, München 2009.

Umgekehrt stellt sich die Frage nach der nationalen Dimension und nationaler Spezifik neu. Mit der Delegitimierung der angeblich affirmativen „Erfolgsgeschichte“ tauchte zuletzt das Postulat auf, die deutsche Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg grundsätzlich als asymmetrisch verflochtene deutsch-deutsche Parallelgeschichte zu schreiben.¹⁷ Diese letzte Version einer nationalen Meistererzählung, als Königsweg auch begründet mit – legitimen – Interessen politischer Bildungsarbeit, überwindet zwar die tendenziell starr angelegten Dualismen von Diktatur und Demokratie und ist plausibel für zahlreiche Themenfelder, etwa hinsichtlich der Ost-West- und West-Ost-Migration einschließlich ihrer biografischen Facetten.¹⁸ Aber die Geschichte beider Staaten und Gesellschaften, zumal nach der hermetischen Schließung der Grenzen 1961, geht eben in der deutsch-deutschen Perspektive nicht vollständig auf. Während große Teile der westdeutschen Gesellschaftsgeschichte ohne den Blick auf die DDR erzählt werden können, kann die ostdeutsche Entwicklung ohne Berücksichtigung westlicher Einflüsse kaum verstanden werden.¹⁹ Eher geht es – auch im wohlverstandenen Interesse politischer Bildung – um die gegenseitige Erzählung der jeweils anderen Seite der Epoche der deutschen Zweistaatlichkeit und um die Einbettung dieser Erzählungen in europäische und weltgeschichtliche Zusammenhänge.²⁰

¹⁷ Vgl. Christoph Kleßmann u.a. (Hrsg.), Deutsche Vergangenheiten – eine gemeinsame Herausforderung. Der schwierige Umgang mit der deutschen Nachkriegsgeschichte, Berlin 1999; Konrad H. Jarausch, „Die Teile als Ganzes erkennen“. Zur Integration der beiden deutschen Nachkriegsgeschichten, in: Zeithistorische Forschung, 1 (2004) 1, S. 10–30.

¹⁸ Ähnlich wie der oben skizzierten Entwicklung der Zeitgeschichte zur „alten Bundesrepublik“ unterlag auch jene zur DDR – in kürzerer Zeit – einer „Logik“ der Erweiterung rein politikgeschichtlicher Deutungen durch wirtschafts-, sozial- und kulturhistorische Perspektiven; vgl. R. Jessen (Anm. 3).

¹⁹ Vgl. Axel Schildt, Zwei Staaten – eine Rundfunk- und Fernsehnation? Anmerkungen zur massenmedialen Beeinflussung beider deutscher Staaten im Kalten Krieg, in: Arnd Bauerkämper et al. (Hrsg.), Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990. Festschrift für Christoph Kleßmann, Bonn 1998, S. 58–71.

²⁰ Vgl. Martin Sabrow, Die DDR in der Geschichte des 20. Jahrhunderts, in: DA, 41 (2008), S. 121–130.

„Berliner Republik“ als Geschichte

Die „Berliner Republik“ beginnt allmählich eine Geschichte zu haben, die erzählt werden kann. Wie immer beginnt die Historisierung der jüngsten Vergangenheit als Auslaufen längerer historischer Darstellungen in der Gegenwart²¹ und mit ersten skizzenhaften Überblicken,²² während sich die detaillierte Rekonstruktion der Geschehnisse noch auf den Weg in die Wiedervereinigung konzentriert.²³ Angesichts der gesellschaftlichen Beschleunigung wird die Distanz der untersuchten Zeit zur Gegenwart vermutlich schrumpfen; die bereits etliche tausend Veröffentlichungen umfassende sozialwissenschaftliche Transformationsforschung zur DDR wird sukzessive historisiert werden.

Für die ersten beiden Jahrzehnte der „alten Bundesrepublik“ hatte sich die Implementierung interessanter Erzählungen für eine Geschichte im durch den Kalten Krieg gesicherten Frieden in Europa und einer zivilen Gesellschaft vor allem auf Fragen nach dem Verhältnis von Kontinuitäten und Brüchen im Verhältnis der Zeiten – also nicht nur der des Nationalsozialismus – vor 1945 und der dabei wirkenden Kräfte, vor allem westlicher Einflüsse, konzentriert. Für die jüngste Zeitgeschichte seit den Strukturbrüchen der 1970er Jahre wird es darauf ankommen, ähnlich interessante und gesellschaftlich relevante Fragestellungen zu identifizieren, die zu einer verdichteten Erzählung mit – nicht nur künstlich drapierten – dramatischen Elementen führen.

Themenfelder dafür zeichnen sich ab: Innenpolitisch ist es zum einen die nach der Wiedervereinigung anhaltende Ost-West-Migration, aber auch das konfliktreiche Auftreten neuer Eliten aus dem Westen in der ehemaligen DDR, das Schüren und die Funktionalisierung von Ängsten gegenüber einer „Asylantenflut“ Anfang der 1990er Jahre, insgesamt das Zusammenfinden und die

²¹ Vgl. die in Anm. 4 genannte Literatur.

²² Vgl. etwa Manfred Görtemaker, *Die Berliner Republik. Wiedervereinigung und Neuorientierung*, Berlin 2009.

²³ Vgl. Gerhard A. Ritter, *Der Preis der deutschen Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaats*, München 2007; Andreas Rödter, *Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung*, München 2009.

Fremdheit der alten und neuen Bundesbürger, welche die Geschichtswissenschaft geraume Zeit beschäftigen wird. Schon dabei wird spätestens mit Längsschnittstudien über die Entwicklung von „Fremdenfeindlichkeit“ bis zur Gegenwart mit seinen Debatten um den Islam deutlich werden, dass es sich nicht um ein deutsches, sondern um ein mindestens europäisches Phänomen in deutscher Spezifik handelt.

Zum anderen wird die zweite Hälfte der durch die Einheit geteilten Ära Kohl, die Konstruktion eines in Opposition zum anglophonen Kapitalismus – auch dies eine vereinfachende Konstruktion – stehenden „rheinischen Kapitalismus“ untersucht werden müssen. Ähnlich wie die mittlerweile in der Zeitgeschichtsforschung erfolgte Relativierung des Machtwechsels von 1969 könnte es sein, dass die als Sieg der „68er“ vom Feuilleton gefeierte Übernahme der Bundesregierung durch Rotgrün 1998 weniger als Zäsur denn als Fortsetzung unter sich allerdings rasch wandelnden Rahmenbedingungen bewertet werden wird. Als tiefer Bruch könnte einmal die Zusammenführung von Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II („Hartz IV“) seit 2005 während der zweiten Amtszeit der Schröder-Regierung gelten, die zu scharfen Protesten und einem enormen Ansehensverlust der Sozialdemokratie bei ihren Wählern, zur „Westausdehnung“ der PDS sowie schließlich zu deren Vereinigung mit der WASG in der Partei „Die Linke“ und zur Herausbildung eines parlamentarischen Fünfparteiensystems führte. Ob sehr ähnliche sozialpolitische Maßnahmen nicht auch von einer anders zusammengesetzten Regierung betrieben worden wären, bleibt Spekulation. Große Bedeutung als Traditionsbruch hatte auf dem Feld der Außenpolitik der nicht zuletzt unter Grünen-Anhängern umstrittene militärische Auslandseinsatz der Bundeswehr im Rahmen der NATO-Intervention im ehemaligen Jugoslawien 1999.

Der tiefgreifende ökonomische, gesellschaftliche und kulturelle Wandlungsprozess der vergangenen beiden Jahrzehnte ist in hohem Maße – im Sinne des Ausgangs von gegenwärtigen Problemlagen – historisch erklärungsbedürftig. Dabei steht die jüngste Zeitgeschichtsforschung vor dem Problem, dass sie zwar auf wichtige Studien zurückgreifen kann, die sich dem sozialpolitischen

Umgang mit gesellschaftlicher Armut widmen,²⁴ aber kaum Untersuchungen privaten Reichtums vorliegen.²⁵ Auch die raren Ansätze moderner Milieustudien, wie sie für die 1970er und frühen 1980er Jahre vorliegen,²⁶ müssten im Blick auf die Migrationsdynamik nach 1990 fortentwickelt werden.

Ähnliches gilt für die rasante Technifizierung aller Lebensbereiche, etwa die Entwicklung des „Handys“ zum obligatorischen Begleiter von immer mehr Menschen seit den frühen 1990er Jahren, und für den parallelen Aufstieg des Internets, der auch in Verbindung mit neuen mobilen, elektronischen Endgeräten zum Wandel des konsumtiven und kommunikativen Verhaltens und der Mediennutzung führte. Diese Prozesse, die vor allem für einen großen Teil der älteren Generation gravierende Orientierungsprobleme mit sich bringen, aber auch neue Formen jugendlicher Kulturen bis hin zum durch Facebook und Twitter organisierten Protest konstituieren, sind bisher noch nicht zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft geworden.

Ein Ansatzpunkt für die Analyse der über alle politischen Konstellationen hinweg veränderten Lebenswelten könnte eine Untersuchung der Sprache sein. In den Medien kursierende Begriffe, bei der „gut aufgestellte“ „Entscheider“ im Namen ominöser „Märkte“ „alternativlos“ „nachhaltige“ „Reformen“ in Richtung einer Abkehr von „staatlicher Gängelung“ hin zur Entwicklung von „Eigeninitiative“ propagieren, fordern geradezu Studien heraus, die über ideologiekritische Analysen hinaus nach dahinter stehenden Interessen und Strategien fragen; hier gibt es auch einen großen Nachholbedarf für die Zeitgeschichte der „alten Bundesrepublik“.

²⁴ Durchgängig in: *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945*. Hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, 11 Bde., Baden-Baden 2001–2008; vgl. Lutz Raphael, *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945. Versuch einer Würdigung*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 33 (2008), S. 558–567.

²⁵ Vgl. für die Betonung langer Linien sozialer Ungleichheit konzeptionell Hans Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 5: *Bundesrepublik und DDR 1949–1990*, München 2009.

²⁶ Vgl. Sven Reichardt/Detlef Siegfried (Hrsg.), *Das alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968–1983*, Göttingen 2010.

Schließlich ist darauf zu verweisen, dass die Zeitgeschichte selbst von den Veränderungen der technischen Lebenswelt sukzessive und durchaus merklich betroffen ist. Dabei geht es nicht nur um die Relativierung von Arkanwissen im Zeitalter von Wikileaks,²⁷ sondern vielmehr um ein prinzipiell verändertes Verhältnis von wissenschaftlicher Zeitgeschichtsschreibung und medialer Aufmerksamkeit für Geschichte. Die Tendenz, dass erstere den medialen Anforderungen hinterherhetzt und sie dennoch nie erfüllt, ist vorhanden. Die Präsentation von Zeitgeschichte im Fernsehen verläuft nach den selbstreferenziellen Medienlogiken, denen zufolge es zuerst um Unterhaltung, um das Ansprechen von emotionalen Bedürfnissen, aber nicht um historische „Aufklärung“ geht. Dies wiederum fordert von der Zeitgeschichtsforschung eine Hinwendung zur Untersuchung der Medien selbst, denn ohne Kenntnis von deren Geschichte bleibt die Kritik an medialer Vermarktung substanzlos. Es sollte nicht dem Weg in die systemtheoretischen Kunstwelten der Medienwissenschaft gefolgt werden, in der alles zur „Konstruktion“ wird, sondern es ist nach den harten Fakten der „Aufmerksamkeitsökonomie“ zu fragen.²⁸

Statt einer Hinwendung zur Geschichte im engen nationalen Maßstab, ob westdeutsch, ostdeutsch oder deutsch-deutsch, ist eine Zeitgeschichte gefordert, welche die Kontinuitäten und Umbrüche der deutschen Geschichte seit dem letzten Drittel des 20. Jahrhunderts im Rahmen (hoch)moderner europäischer und globaler Prozesse verortet. Die intellektuelle Anstrengung wird sich künftig auf Perspektiven einer Erweiterung deutscher Zeitgeschichte konzentrieren müssen, wenn sie ihre Orientierungsfunktion für die Gesellschaft der Gegenwart erhalten will.

²⁷ Vgl. Kiran Klaus Patel, *Zeitgeschichte im digitalen Zeitalter*, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, 59 (2011) 3, S. 331–351.

²⁸ Vgl. zum mittlerweile auch geschichtswissenschaftlich diskutierten Konzept Georg Franck, *Ökonomie der Aufmerksamkeit. Ein Entwurf*, München 1998; vgl. auch Axel Schildt, *Die „Ökonomie der Aufmerksamkeit“ als heuristische Kategorie einer kulturhistorisch orientierten Mediengeschichte*, in: Christiane Reinecke/Malte Zierenberg (Hrsg.), *Vermessungen der Mediengesellschaft im 20. Jahrhundert (Comparativ, 21 [2011] 4)*, Leipzig 2011, S. 81–92.

Andreas Wirsching

Vom „Lehrstück Weimar“ zum Lehrstück Holocaust?

Gestern wie heute bildet der Zeitraum der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus eine Schlüssel-epoche der deutschen und europäischen Zeitgeschichte.

Andreas Wirsching

Dr. phil., geb. 1959; Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München; Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, Leonrodstraße 46 b, 80636 München. wirsching@ifz-muenchen.de

Allerdings verändern sich die Perspektiven und Rahmenbedingungen der Forschung. Mit dem Vorranschreiten der Zeit drängen neue Gegenstände und Fragestellungen in den Vordergrund, während der Begriff der Zeitgeschichte selbst unscharf geworden ist. Folgt man Hans Rothfels' klassischer Definition, so hat sich die „Epoche der Mitlebenden und ihre wissenschaftliche Behandlung“¹ weit nach vorne verschoben und die zeithistorische Forschung sich längst neueren Themen zugewandt. Pragmatische Erwägungen legen eine Neuakzentuierung des Untersuchungszeitraums nahe, etwa im Sinne einer „europäischen Zeitgeschichte seit 1945“.² Andererseits würde damit die formative Epoche des 20. Jahrhunderts, deren Fernwirkungen wir auch heute unterliegen, gekappt. Demgegenüber muss die Genese der kulturellen Moderne, die Diktaturen des 20. Jahrhunderts, aber auch deren Vorgeschichte nach wie vor in jede zeitgeschichtliche Betrachtung systematisch einbezogen werden.

Nach dem Umbruch von 1989/90 bestand kurzzeitig die Befürchtung, nun werde die Erforschung des Nationalsozialismus gegenüber dem aktuellen Interesse an der DDR-Geschichte in den Hintergrund treten. Solche Sorgen waren indes kaum begründet. Zumindest quantitativ hat sich die Forschung über

den Nationalsozialismus ebenso wenig vermindert wie jene über die Weimarer Republik. Auch der Spezialist steht vor einer überwältigenden Fülle an Neuerscheinungen, die eine strenge Auswahl erfordert. Die folgenden Bemerkungen erheben daher keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit, sondern greifen drei aktuelle Forschungstrends heraus, die das gegenwärtige Bild Weimars und des Nationalsozialismus maßgeblich prägen.

Weimar ist kein Lehrstück mehr

Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie ist mittlerweile zu einem herausragenden Beispiel für den grundlegenden zeit- und generationenbedingten Perspektivenwechsel geworden, dem jede historische Forschung unterliegt. Lange Zeit nämlich stand die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Weimarer Republik unter der Frage nach den Gründen ihres Scheiterns. Das gilt für die politische Geschichte, die etwa nach den Schwächen der Verfassung und des Parteiensystems fragte, ebenso wie für die Sozialgeschichte in der Bielefelder Tradition einer „Historischen Sozialwissenschaft“.³ Inzwischen freilich spielt die Weimarer Republik längst nicht mehr ihre paradigmatische Rolle als politisches Lehrstück für Machtverlust und „Selbstpreisgabe“ der Demokratie. Voraussetzung hierfür war der Forschungsprozess selbst: Die entscheidenden Probleme und Ursachen für die politische Labilität und den Zusammenbruch der Republik sind durch die bahnbrechenden Arbeiten der älteren Forschung in gültiger Weise aufgehellert worden, und ihre Ergebnisse haben nach wie vor Bestand.⁴

¹ Hans Rothfels, *Zeitgeschichte als Aufgabe*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ)*, 1 (1953) 1, S. 1–8, hier: S. 2. Vgl. Andreas Wirsching, „Epoche der Mitlebenden“ – Kritik der Epoche, in: *Zeithistorische Forschungen*, 8 (2011) 1, online: www.zeithistorische-forschungen.de/site/40209116/default.aspx (5.12.2011).

² Constantin Goschler/Rüdiger Graf, *Europäische Zeitgeschichte seit 1945*, Berlin 2010.

³ Auch für Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. IV: *Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1949*, München 2003, bleibt das Scheitern der Weimarer Republik der entscheidende Stachel.

⁴ Als neueste Summe der Forschung siehe Ursula Büttner, *Weimar. Die überforderte Republik, 1918–1933. Leistung und Versagen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur*, Stuttgart 2008.

Erst auf diesem Fundament lässt sich plausibel argumentieren, dass die historisch-pädagogische Funktion Weimars an ihr Ende gekommen sei. Tatsächlich droht Berlin nicht Weimar zu werden. Angesichts gereifter Traditionen, gefestigter zivilgesellschaftlicher Fundamente, aber auch gänzlich neuer Herausforderungen benötigt die Bundesrepublik heute die Weimarer Republik nicht mehr als Negativfolie zur politischen Legitimation. Ihre Bedeutung als historisch-politisches „Argument“ hat sich, wenn nicht verflüchtigt, so doch stark abgeschwächt.¹⁵ Wenn also früher ein überwiegend binäres Grundverständnis der Weimarer Republik vorherrschte, das in den Kategorien „pro“ und „contra“, republikfreundlich und -feindlich, demokratisch und antidemokratisch argumentierte, so ist dieses Muster inzwischen weitgehend überwunden oder zumindest stark erweitert worden. Vielfältige Forschungen haben die dynamische Zukunftsoffenheit und Polyvalenz der Weimarer Kultur, Politik und Gesellschaft betont sowie die uneindeutige Reichhaltigkeit des intellektuellen Diskurses hervorgehoben.¹⁶ Darüber hinaus ist ganz generell der Konstruktcharakter der Weimarer Krise in den Mittelpunkt gestellt worden. Krise und Krisenbewusstsein der Weimarer Republik erscheinen aus dieser Perspektive weniger als Resultat „realer“ politischer und sozialökonomischer Faktoren denn als Folge eines übergreifenden und sich verselbständigenden Diskurses über die Krise.¹⁷

Vor diesem Hintergrund hat sich die Historiografie der Weimarer Republik in den vergangenen beiden Dekaden zunehmend dem *cultural turn* geöffnet. Die Frage, wie die Akteure ihre eigene Zeit und Umwelt wahrnahmen, sich aneigneten und deuteten, struk-

turiert einen großen Teil der gegenwärtigen Weimar-Forschung. Das Forschungsinteresse hat sich von den Ursachen des Scheiterns zu den Erfahrungen der kulturellen Moderne verlagert. So kommt zum Beispiel ein kulturgeschichtliches Panorama des Jahres 1926 weitgehend ohne Kontext und Bezug auf das Jahr 1933 aus.¹⁸ Unverkennbar spiegeln sich in dieser Verlagerung ganz gegenwärtige Erfahrungen mit einer beschleunigten Modernisierung, einer überbordenden Flut von Medien und Bildern und nicht zuletzt auch die Unsicherheit über den eigenen, heutigen Ort in der Geschichte. Der Blick richtet sich auf das sinnlich Erfahrbare und medial Vermittelte, was jenseits von Hochkultur, Ökonomie und Politik die massenkulturelle Alltagswelt der Weimarer Republik bestimmt, aber auch in Form der visualisierten Propaganda der politischen Parteien begegnete.¹⁹ Indes liegt es in der Natur eines solchen Zugriffs, dass manche der neueren Forschungen in hohem Maße Berlin-lastig sind. Nicht selten lebt die Darstellung von der Liebe zum Detail und der Vergegenwärtigung einer in dieser Form nicht mehr existenten Großstadtkultur.¹⁰

Auch wenn über Möglichkeiten und Grenzen kulturhistorischer Ansätze unterschiedliche Auffassungen bestehen mögen, so duldet es doch keinen Zweifel, dass die Weimar-Forschung durch entsprechende Fragestellungen und Methoden enorm an Tiefenschärfe gewonnen hat. Wir wissen heute weitaus mehr als noch vor zwei Jahrzehnten über Mentalitäten, langfristige Deutungsmuster, erfahrungsgeschichtlich gesättigte Orientierungen und intellektuelle Herausforderungen während der Zwischenkriegszeit. Und in dem Maße, in dem Geschichte und Scheitern der Weimarer Republik von ihrer Funktion als Lehrstück für die Bundesrepublik befreit werden, tut sich die Forschung auch leichter, neue Fragen an den National-

¹⁵ Zur langfristigen Bedeutung Weimars nach 1945 siehe Christoph Gusy (Hrsg.), *Weimars lange Schatten – „Weimar“ als Argument nach 1945*, Baden-Baden 2003, und v. a. Sebastian Ullrich, *Der Weimar-Komplex: Das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und die politische Kultur der frühen Bundesrepublik. 1945–1959*, Göttingen 2009.

¹⁶ Siehe insbes. Rüdiger Graf, *Die Zukunft der Weimarer Republik. Krisen und Zukunftsaneignungen in Deutschland 1918–1933*, München 2008.

¹⁷ Vgl. Moritz Föllmer/Rüdiger Graf (Hrsg.), *Die „Krise“ der Weimarer Republik. Zur Kritik eines Deutungsmusters*, Frankfurt/M.-New York 2005, S. 9–41 (Einleitung der Hrsg.).

¹⁸ Vgl. Hans Ulrich Gumbrecht, *1926: Ein Jahr am Rand der Zeit*, Frankfurt/M. 2003.

¹⁹ Vgl. Thomas Mergel, *Propaganda in der Kultur des Schauens. Visuelle Politik in der Weimarer Republik*, in: Wolfgang Hardtwig (Hrsg.), *Ordnungen in der Krise. Zur politischen Kulturgeschichte Deutschlands 1900–1933*, München 2007, S. 531–559; Janet Ward, *Weimar Surfaces. Urban Visual Culture in 1920s Germany*, Berkeley 2001.

¹⁰ So besonders bei Eric Weitz, *Weimar Germany. Promise and Tragedy*, Princeton/N.J. 2007.

sozialismus zu stellen. Insofern sie den Deutungskulturen zwischen Weimar und NS-Regime nachspüren, tendieren sie dazu, das Datum von 1933 zu überwölben und Kontinuitäten zu ermitteln.¹¹ In diesem Kontext fragt ein Gutteil der neueren Forschung nach den akteurs- und gruppenspezifischen Dispositionen der Deutschen gegenüber den Verheißungen und den Verbrechen des Nationalsozialismus.

„Volksgemeinschaft“ als Forschungsparadigma

Insbesondere gilt dies für das gegenwärtig vielleicht aktuellste, wenngleich umstrittene Paradigma der NS-Forschung: das Konzept der „Volksgemeinschaft“. Während die nationalsozialistische Volksgemeinschaft früher meist als bloße Propagandaförmel betrachtet wurde, ist in letzter Zeit die tatsächliche, sozial integrierende und mobilisierende Kraft des Konzepts hervorgehoben worden.¹² Vor dem Hintergrund der Kriegserfahrung spielte der Begriff der „Volksgemeinschaft“ schon in der Weimarer Republik eine wichtige Rolle. Quer durch fast alle Parteien bis hin zur Sozialdemokratie verlieh er der Sehnsucht nach Überwindung der inneren Zerrissenheit Ausdruck. Entscheidend war daher sein in die Zukunft gerichteter Verheißungscharakter. Je mehr Menschen vor allem gegen Ende der Weimarer Republik den Eindruck erhielten, sie versäumten ihre Lebenschance, desto mehr stieg die Versuchung, utopischen Deutungsangeboten zu folgen und desto stärker wurde die Anziehungskraft eines politischen Dezisionismus. Diese Mentalität privilegierte eine Form der politischen Kommunikation, die beständig Messianismus, Führertum und Erlösungsrhetorik evozierte. Sie brachte einen „Modus der Ver-

¹¹ Siehe etwa Wolfgang Hardtwig (Hrsg.), *Politische Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit 1918–1939*, Göttingen 2005.

¹² Siehe insbesondere Frank Bajohr/Michael Wildt (Hrsg.), *Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus*, Frankfurt/M. 2009. Kritisch resümierend: Ian Kershaw, „Volksgemeinschaft“. Potenzial und Grenzen eines neuen Forschungskonzepts, in: *VfZ*, 59 (2011) 1, S. 1–17, sowie die Replik von Michael Wildt, „Volksgemeinschaft“. Eine Antwort auf Ian Kershaw, in: *Zeithistorische Forschungen*, 8 (2011) 1, online: www.zeithistorische-forschungen.de/site/40209111/default.aspx (5.12.2011).

heißung“ hervor, der für große Teile der politischen Kultur der Weimarer Republik typisch war.¹³

Um zu verstehen, welche Dynamik diese Verheißungskultur entwickelte und warum es den Nationalsozialisten gelang, sie für ihre rassistischen Ziele umzudeuten und einzusetzen, hilft eine erfahrungsgeschichtliche Perspektive. Ein Teil des verheißenen Landes hieß nämlich eine gleichsam „normale“, private Existenz. Tatsächlich waren die Sehnsucht nach einem sicheren Arbeitsplatz und nach einem bescheidenen Heim, der Wunsch, eine Familie zu gründen und einen gewissen Zugang zu dem wachsenden Angebot an Konsumgütern zu haben, eine zentrale, häufig aber unterschätzte Antriebskraft im politischen Verhalten der Deutschen zwischen Weimar und Hitler. Und es war entscheidend für das Schicksal der Weimarer Republik, dass sie so viele Hoffnungen auf ein kleines Stück privaten Glücks enttäuschte. So erweiterte die mediale Etablierung einer weit hin sichtbaren Konsumkultur die diesbezüglichen Erwartungshorizonte; zugleich aber blieben weite Teile der deutschen Bevölkerung mehr oder weniger vollständig von dieser emporwachsenden Konsumkultur ausgeschlossen.¹⁴

Hitler gelang es, seine eigene Biografie als repräsentativ für Millionen anonymer Lebensläufe zu inszenieren: für die sozial Benachteiligten, die materiell Gedemütigten und die politisch Enttäuschten. Der Nationalsozialismus hatte darin Erfolg, alle diese

¹³ Vgl. Bernd Weisbrod, *Die Politik der Repräsentation. Das Erbe des Ersten Weltkrieges und der Formwandel der Politik in Europa*, in: Hans Mommsen (Hrsg.), *Der Erste Weltkrieg und die europäische Nachkriegsordnung. Sozialer Wandel und die Formveränderung der Politik*, Köln u. a. 2000, S. 13–41, hier: S. 31; Thomas Mergel, *Führer, Volksgemeinschaft und Maschine. Politische Erwartungsstrukturen in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus 1918–1936*, in: W. Hardtwig (Anm. 11), S. 98–127; Michael Wildt, *Volksgemeinschaft und Führererwartung in der Weimarer Republik*, in: Ute Daniel et al. (Hrsg.), *Politische Kultur und Medienwirklichkeiten in den 1920er Jahren*, München 2010, S. 181–204.

¹⁴ Vgl. Claudius Torp, *Das Janusgesicht der Weimarer Konsumpolitik*, in: Heinz-Gerhard Haupt/ders. (Hrsg.), *Die Konsumgesellschaft in Deutschland 1890–1990. Ein Handbuch*, Frankfurt/M. 2009, S. 250–267; ders., *Konsum und Politik in der Weimarer Republik*, Göttingen 2011.

Dispositionen zusammenzubringen mittels eines Bildes der Volksgemeinschaft, das versprach, das Unglück der Gegenwart zu beenden und in der Zukunft Gerechtigkeit, Wohlergehen und Anerkennung zu erreichen. Die Inszenierung der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft nach der Machteroberung 1933 erfolgte in doppelter, in sich paradoxer Weise: Einerseits präsentierte sich Deutschland als eine junge, sozial homogene, kraftvolle Nation, die bereit war, ihren neuen Platz in der Welt einzunehmen und, wenn nötig, für ihn zu kämpfen. Aus der Opfergemeinschaft der Weimarer Republik war die nationalsozialistische Kampfgemeinschaft geworden. Andererseits aber förderte das Regime mit allen Kräften die Privatsphäre, um die öffentliche und politische Leistung der Volksgemeinschaft zu steigern. Die inklusiven Elemente der kämpfenden Volksgemeinschaft lauteten: harte Arbeit, eine klar geformte Geschlechterordnung und das Versprechen eines deutlich erweiterten Konsums.

Während der 1930er Jahre richtete sich ein Großteil der nationalsozialistischen Propaganda auf eben diese drei Aspekte und hob Arbeit, Geschlechterordnung und Konsum hervor. Und dies passte exakt zu dem, was sich Millionen von Deutschen längst für ihr Privatleben ersehnt hatten, nämlich: bezahlte Erwerbstätigkeit, Heim und Familie, materielles Wohlergehen. Mithin rief das Regime zum Kampf auf, versprach aber Normalität. Diese Interaktion zwischen öffentlicher Propaganda und privatem *pursuit of happiness* lag an der Wurzel dessen, was man den „Erfolg“, die „Realität“ oder auch nur die „soziale Praxis“ der Volksgemeinschaft nennen kann. Trotz aller fortbestehenden ideologischen Distanz begann auch die Mehrheit der Arbeiter die Anforderungen und Zumutungen der NS-Volksgemeinschaft zu akzeptieren, um ihre privaten Prioritäten zu verfolgen. „Das Interesse am Klassenschicksal ist zum großen Teil völlig verschwunden“, klagte ein Sopade-Bericht 1936, „an seine Stelle ist der kleinlichste Einzel- und Familienegoismus getreten.“¹⁵

¹⁵ Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934–1940, 3 (1936), hrsg. v. Klaus Behnken, Frankfurt/M. 1980, S. 836.

Die Resultate blieben freilich ambivalent und verstärkten die Antinomien des Regimes. Vieles ist zum Beispiel über die widersprüchliche Politik des Regimes gegenüber Frauen gesagt worden.¹⁶ Einerseits verstärkte und ideologisierte die NS-Propaganda massiv das Modell der getrennten geschlechtsspezifischen Sphären und fixierte das Frauenbild auf Mutterschaft und traditionelle Geschlechterrollen. Andererseits ließ die sich stetig zuspitzende Knappheit an Arbeitskräften seit Mitte der 1930er Jahre die weibliche Erwerbsquote kontinuierlich ansteigen. Sofern sie den rassistischen Maßstäben des Regimes entsprachen, verfügten Frauen in der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft der 1930er Jahre über einen erweiterten Handlungsspielraum. Ferner versuchten die Nationalsozialisten, eine spezifische Form einer „völkischen Konsumgesellschaft“ zu etablieren. Es war Hitlers Ziel, die Mitglieder der rassistisch homogenen Volksgemeinschaft nicht nur mit mehr Lebensraum, sondern auch mit einem höheren Lebensstandard auszustatten. Mit den USA als ambivalentem Vorbild sollte die Volksgemeinschaft mit erschwinglichen Autos motorisiert, fortgeschrittene und langlebige Konsumgüter sollten in der Breite verfügbar werden.

Wenngleich diese Pläne, vielleicht mit Ausnahme des „Volksempfängers“, scheiterten, so ist doch nicht zu bezweifeln, dass sich der Lebensstandard der deutschen Bevölkerung während der 1930er Jahre insgesamt verbesserte und das Alltagsleben unter dem Nationalsozialismus durchaus Elemente der Freude und des Vergnügens kannte.¹⁷ Insbesondere mit dem Abbau der Arbeitslosigkeit schien für viele Deutsche in dieser Zeit erstmals seit dem Ersten Weltkrieg ein klei-

¹⁶ Siehe etwa Adelheid von Saldern, *Innovative Trends in Women's and Gender Studies of the National Socialist Era*, in: *German History*, 27 (2009), S. 84–112; Jill Stephenson, *Women in Nazi Germany*, Harlow 2001; Sybille Steinbacher (Hrsg.), *Volks-genossinnen. Frauen in der NS-Volksgemeinschaft*, Göttingen 2007.

¹⁷ Siehe Wolfgang König, *Volkswagen, Volksempfänger, Volksgemeinschaft. „Volksprodukte“ im Dritten Reich. Vom Scheitern einer nationalsozialistischen Konsumgesellschaft*, Paderborn 2004; Jonathan Wiesen, *Creating the Nazi Marketplace. Commerce and Consumption in the Third Reich*, Cambridge 2011; Pamela Swett et al. (eds.), *Pleasure and Power in Nazi Germany*, Houndmills 2011.

nes Stück Prosperität und ein bescheidenes Wohlergehen in Reichweite zu rücken. Die Propaganda der virtuellen völkischen Konsumgesellschaft trug zu dieser Hoffnung zweifellos bei. Dies mag auch der Grund sein, warum nach 1945 die Periode zwischen 1933 und 1939 lange Zeit noch positiv im kollektiven Gedächtnis der Deutschen haften blieb.¹⁸ Denn dies waren die Jahre, die für viele Deutsche jener privaten Normalität am nächsten kamen, nach der sie sich so lange gesehnt hatten. Übersehen wurde dabei freilich, dass diese „Normalität“ Hand in Hand ging mit Terror und gewaltsamer Exklusion. Die alltägliche Geschichte des Rassismus, die in den 1930er Jahren doch so präsent war, wurde nach 1945 zunächst aus dem Gedächtnis verbannt.¹⁹

Überdies war die „Normalität“ der Privatsphäre zu keinem Zeitpunkt des NS-Regimes ein unpolitischer, geschützter Bereich. Die Förderung des Privaten durch das Regime folgte stets einer instrumentellen Logik und diente der effizienteren Mobilisierung der Gesellschaft für den Krieg. Privatheit war in erster Linie der Erholungsraum der Kampfgemeinschaft. Insoweit war und blieb das Private unter der nationalsozialistischen Herrschaft immer politisch. Die Hoffnung auf echte Privatheit, die ein „normales“ ziviles Leben ermöglicht hätte, blieb Illusion. Erst nach Ende des Krieges, als die durch Propaganda und Verheißung konstruierte nationalsozialistische Volksgemeinschaft zusammengebrochen war, wurde Privatheit als geschützter Raum tatsächlich wieder – wengleich in den zeitbedingten Grenzen – möglich.²⁰

Volksgemeinschaft und Holocaust

Irreführend wäre jede Analyse des nationalsozialistischen Konzepts der Volksgemein-

¹⁸ Vgl. Karl-Heinz Reuband, Das NS-Regime zwischen Akzeptanz und Ablehnung. Eine retrospektive Analyse von Bevölkerungseinstellungen im Dritten Reich auf der Basis von Umfragedaten, in: Geschichte und Gesellschaft, 32 (2006), S. 315–343.

¹⁹ Vgl. Harald Welzer, „Opa war kein Nazi.“ Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis, Frankfurt/M. 2002.

²⁰ Vgl. Daniel Fulda u. a. (Hrsg.), Demokratie im Schatten der Gewalt. Geschichten des Privaten im deutschen Nachkrieg, Göttingen 2010.

schaft, die nicht zugleich deren exklusiven, rassistischen und gewaltsamen Charakter systematisch einbezöge. Der Volksgemeinschaft anzugehören meinte stets auch, den gewaltsamen Ausschluss, die Entrechtung und Verfolgung, schließlich auch die Ermordung der Juden, der Sinti und Roma, der Behinderten, der Homosexuellen, der politischen Opponenten und all jener, die das Regime als antisozial brandmarkte, zu unterstützen oder zumindest hinzunehmen. Zugehörigkeit zur Volksgemeinschaft hieß also immer auch, sich *nolens volens* auf die Seite der Täter zu stellen. Überdies fungierte der Antisemitismus, im Kontext einer neuen nationalsozialistischen „Moral“, durchaus als mobilisierender Motivationsfaktor für die Konstruktion der Volksgemeinschaft „von unten“.²¹ Hinzu traten materielle Anreize. Für Profiteure, Parteimitglieder, im Krieg phasenweise auch für einfache Wehrmachtssoldaten und ihre Familien eröffnete die nationalsozialistische Volksgemeinschaft einen breiten Raum zur individuellen Bereicherung. Korruption und „Arisierung“, Kunstraub und die Ausplünderung der unterjochten Gebiete – nicht zuletzt übrigens unter aktiver Beteiligung der deutschen Kreditinstitute – lauteten die Modi der Vorteilsnahme.²²

Mithin zeigt die neuere Forschung eindrucklich, wie tief die exklusiv-gewaltsamen, auf Vernichtung hin orientierten Zielperspektiven des Nationalsozialismus in die deutsche Gesellschaft hineinreichten. Letztlich bleibt jedes Bild der NS-Diktatur durch die Geschichte des Holocaust grundiert. Dies dokumentieren auch die bisher erschienenen Bände des großen Editionsprojektes „Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland

²¹ Siehe v. a. Michael Wildt, Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919–1939, Hamburg 2007; Raphael Gross, Anständig geblieben. Nationalsozialistische Moral, Frankfurt/M. 2010.

²² Vgl. insbes. Frank Bajohr, Parvenüs und Profiteure. Korruption in der NS-Zeit, Frankfurt/M. 2001. Mit zum Teil umstrittenen Thesen: Götz Aly, Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt/M. 2005; vgl. auch Ingo Loose, Kredite für NS-Verbrechen. Die deutschen Kreditinstitute in Polen und die Ausraubung der polnischen und jüdischen Bevölkerung 1939–1945, München 2007.

1933–1945“.²³ Zwar erfolgten die Hinnahme der nationalsozialistischen Verbrechen oder auch die Zustimmung zu ihnen längst nicht immer aufgrund ideologisch überzeugter Mittäterschaft. Die Motivlagen der Einzelnen waren viel zu vielfältig, als dass sie auf einen Nenner gebracht werden könnten. Aber es gilt die unmittelbar von 1933 an feststellbare Regimeakzeptanz der deutschen Mehrheitsgesellschaft hervorzuheben.²⁴

Die konstitutive Bedeutung des Holocaust für die NS-Forschung muss auch angesichts einer doppelten Problematik betont werden, deren Gefahren gegenwärtig klar erkennbar sind. Zum einen nämlich sind der Massenmord an den Juden und das Gedenken an ihn inzwischen weitgehend entkoppelt von den Zeitzeugen, das heißt, er geht bereits seit längerer Zeit in das kulturelle Gedächtnis ein. Teil dieses kulturellen Gedächtnisses ist der Prozess der sogenannten „Universalisierung“ des Holocausts: Über das konkrete Geschehen hinaus wird der Holocaust zu einem Gedenkzeichen für die Unmenschlichkeit in der Geschichte des 20. Jahrhunderts.²⁵ Für die Deutschen birgt dieser für sich genommen unaufhaltsame Prozess bestimmte Gefahren. Denn die Universalisierung bietet ihnen letztendlich die Möglichkeit, der schmerzhaften quellenbasierten Konkretisierung des Erinnerens auszuweichen und gleichsam den direkten Anschluss an eine allgemeine und transnational gewordene westliche Erinnerungskultur zu gewinnen.

Zum anderen ist die Holocaustforschung im engeren Sinne, die in Deutschland ohnehin nie besonders stark verwurzelt war, seit geraumer Zeit zu einer Art Spezialwissen-

schaft geworden. Sie droht zu einer „Insel“ zu werden, deren Feinstruktur nur noch den entsprechenden Spezialisten zugänglich ist. Die Zeit der großen erkenntnisleitenden Debatten, die zum Beispiel danach fragten, ob der Holocaust als ein „Zivilisationsbruch“ oder doch eher als eine extreme Möglichkeit der Moderne selbst betrachtet werden sollte, scheint vorbei zu sein. Faktisch beobachten wir daher eine gewisse Entkoppelung zwischen „allgemeiner“ NS-Forschung und der empirischen, quellenbezogenen Erforschung des Holocaust. Beiden Tendenzen, der Universalisierung des kulturellen Gedächtnisses wie der „Verinselung“ der Holocaust-Forschung, muss entgegengewirkt werden. Andernfalls droht das gesellschaftliche und historische Bewusstsein für die Tiefenwirkung des NS-Regimes zu schwinden. Möglich ist dies letztlich nur durch die Förderung der empirischen Forschung und die Entwicklung übergreifender Fragestellungen.

Fazit

Es ist deutlich geworden, dass die Geschichtsschreibung der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus Veränderungen unterliegt. Ältere Fragestellungen, die sich etwa der deutschen Trias vom Scheitern der Demokratie, nationalsozialistischer Diktatur und demokratischem Neuanfang verpflichtet wussten, treten in den Hintergrund. Kultur- und erfahrungsgeschichtliche Fragestellungen, die sich von den politischen Daten lösen, sind wichtiger geworden.

Im Hinblick auf das NS-Regime verlieren dagegen traditionelle Fragen nach seinen Antriebskräften, nach Ausmaß und Grenzen der gesellschaftlichen Zustimmung und nach dem Gesicht der Täter wie der Opfer ihren Stachel nicht. Tatsächlich bleibt die fatale Verschränkung von ideologisch begründeter und auch nicht weiter ableitbarer Vorgabe und der technologischen und bürokratischen Effizienz, mit der diese Vorgabe in die Tat umgesetzt wurde, ein entscheidendes Lehrstück der Menschheitsgeschichte des 20. Jahrhunderts. Seine genaue Kenntnis ist ohne die systematische Einblendung der Vorgeschichte sowie des dezidierten Vernichtungscharakters des Nationalsozialismus nicht möglich.

²³ Über die Edition online: www.edition-judenverfolgung.de/neu (5.12.2011). Bisher erschienen sind die Bände 1 (Deutsches Reich 1933–1937), 2 (Deutsches Reich 1938–August 1939), 4 (Polen September 1939 – Juli 1941) und 7 (Sowjetunion und annektierte Gebiete I), München 2008–2011.

²⁴ Vgl. Andreas Wirsching, Die deutsche „Mehrheitsgesellschaft“ und die Etablierung des NS-Regimes im Jahre 1933, in: ders. (Hrsg.), *Das Jahr 1933. Die nationalsozialistische Machteroberung und die deutsche Gesellschaft*, Göttingen 2009, S. 9–29.

²⁵ Siehe Daniel Levy/Natan Sznajder, *Erinnerung im globalen Zeitalter. Der Holocaust*, Frankfurt/M. 2001; Jan Eckel/Claudia Moisel (Hrsg.), *Universalisierung des Holocaust? Erinnerungskultur und Geschichtspolitik in internationaler Perspektive*, Göttingen 2008.

Thomas Großbölting

Geteilter Himmel: Wahrnehmungsgeschichte der Zweistaatlichkeit

Aufregung um eine Ausstellung in der Neuen Deutschen Nationalgalerie: Unter dem Titel „Der geteilte Himmel“ zeigen seit November 2011

Thomas Großbölting
Dr. phil., geb. 1969; Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Münster, Historisches Seminar, Domplatz 20–22, 48149 Münster.
thomas.grossboelting@uni-muenster.de

der Direktor Uwe Kittelmann und der Leiter Joachim Jäger ausgewählte Objekte ihrer Sammlung aus den Jahren zwischen Kriegsende und 1968. In ihrem Depot verfügen die Ausstellungsmacher vor allem über

die nationale und internationale Kunst, die in den konkurrierenden Nationalgalerien Berlin (Ost) und Berlin (West) bis 1990 gesammelt wurde. Keine andere Sammlung ist in solcher Intensität vom Kalten Krieg geprägt worden. Laut Konzept ist es der Anspruch der Exposition, Hauptpositionen der Kunst in diesen Jahren extremer Politisierung künstlerischer Produktion zu zeigen.

Gemessen daran stehen zwei Leerstellen unmittelbar hervor, die in der Geschichte der Sammlungen angelegt sind: Es dominieren Werke von Künstlern, Künstlerinnen der Zeit sind kaum vertreten. Zudem beschränkt sich der Ausstellungsfundus bei der Kunstproduktion aus der DDR auf die staatlich genehme Kunst; oppositionelle Werke wurden bis 1990 selbstredend nicht gesammelt. Aber auch über diese beiden Schwierigkeiten hinaus bleiben konzeptionelle Fragen offen: Wie setzt man die beiden Sammlungen, den östlichen und den westlichen Objektfundus, miteinander in Beziehung? Die Macher haben sich für einen Mittelweg entschieden. Die Figuration, das Gegenständliche, den sozialistischen Realismus hat man dem Osten zugeordnet; die Abstraktion als offene Struktur und als „Symbol der Freiheit“ dem Westen.

Auf diese Weise, so die Macher, sollen „die alten Fronten (...) als hart umkämpfte Themen in der Präsentation sichtbar“ bleiben.

Wer nun aber eine daran ausgerichtete Positionierung der Exponate erwartet, sieht sich enttäuscht. Die klare Zuordnung nach Ost und West, nach figürlich und abstrakt ist nicht Sache der Ausstellung, im Gegenteil: „Der Blick geht jedoch betont über alle Grenzen hinweg und richtet sich auf übergreifende Kunstideen. Im Mittelpunkt des ‚geteilten Himmels‘ stehen die internationalen Diskrepanzen: das Nebeneinander der Stile und Künste, die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen.“¹ So trifft die monumentale „Sitzende Figur“ von Henry Moore auf den „Hirten“ von Georg Baselitz, der Schweizer Weltkünstler Alberto Giacometti steht neben dem DDR-Apparatschik Willi Sitte.² Geht das Konzept auf? Geht nun endlich eine „jüngere Kuratoren generation“ erfrischend, konventionell und „angstfrei [mit der Bürde der Politisierung, T. G.] um und kann aufzeigen, wie viel Verbindendes es trotzdem immer gab, dass sich die Künstler um die politischen Grabenkriege häufig wenig scherten“?³ Oder – so die Kritik der Gegner – wird hier, statt Teilung zu zeigen, ein großes Miteinander inszeniert und werden durch „diese Art von Normalisierung auch jene Unterschiede (verwischt), die man besser nicht verwischen sollte“?⁴ Wurde ganz unstatthaft zusammengestellt, was ohne die hoch politisierten jeweiligen Entstehungskontexte eigentlich nicht zu begreifen ist, da doch in Ost und West jeweils anders und in andere Kontexte hinein gemalt, gehauen und geformt wurde? Generell gefragt und den von Christa Wolf entlehnten Titel der Ausstellung noch einmal aufgreifend: War der Himmel wirklich geteilt? Kann man den Himmel überhaupt teilen? Wenn doch, lässt er sich wieder zusammenfügen? Und mit Blick auf die vergleichbaren Probleme von Ausstellungsmachern und Ge-

¹ Vgl. den Presstext online: www.wechselausstellungen.de/berlin/der-geteilte-himmel-die-sammlung-19451968 (24. 11. 2011).

² Vgl. Carsten Probst, Deutsche Künstler abseits von Ost-West-Mustern. Nachkriegskunst in der Neuen Nationalgalerie, online: www.dradio.de/dlf/sendungen/kulturheute/1604434 (24. 11. 2011).

³ Nicola Kuhn, Eine deutsche Renaissance, in: Der Tagesspiegel vom 10. 11. 2011.

⁴ Hanno Rauterberg, Alles nackt, in: Die Zeit vom 17. 11. 2011.

schichtswissenschaftlern: Wie lässt sich das Oxymoron vom „geteilten Himmel“ ebenso analysieren wie darstellen?

Zeitgeschichte als historische Teildisziplin

Mit diesen offenen Fragen, die sich am Beispiel der Ausstellung in der Neuen Nationalgalerie und der Diskussion darum *in nuce* entwickeln lassen, sieht sich die Zeitgeschichte von verschiedenen Seiten konfrontiert. In der allgemeinen Zuschreibung, zum Teil auch in der eigenen Wahrnehmung, ist sie disziplinar zuständig für diese und andere öffentlich gestellte Fragen und Orientierungsbedürfnisse. Dabei ist sie immer Publikumswissenschaft und muss – um den Anspruch der Wissenschaft nicht aufzugeben – in besonderer Weise ihren regel- und methodengeleiteten Duktus pflegen. Ausgehend von diesem Spannungsverhältnis von öffentlichem Interesse und wissenschaftlichem Anspruch war Zeitgeschichte immer etwas mehr als nur der jüngste Part im Reigen der historischen Teilfächer und Disziplinen: Zeitgeschichte ist unter den historischen Disziplinen der Publikumsmagnet. Spätestens Mitte der 1980er Jahre hoben die Produktionszahlen für Titel der neuesten Geschichte und Publikationen ab und ließen die anderen Epochen weit hinter sich.⁵ Mittlerweile erscheinen zur Zeitgeschichte jährlich mehr Veröffentlichungen als zu allen anderen Epochen der Geschichte zusammen.⁶ Maße man neben dem Printbereich auch den Anteil der Thematisierung von Geschichte in den elektronischen Medien, in Fernsehen, Rundfunk und im Internet, dann klappte die Schere vermutlich noch viel weiter auseinander.

Eine solche Hochzeit war dem Teilfach keinesfalls von Beginn an beschieden:⁷ Zeitgeschichte als eigene Disziplin entwickelte sich spät und gegen den Widerstand der histo-

⁵ Vgl. Olaf Blaschke, *Verleger machen Geschichte. Buchhandel und Historiker seit 1945 im deutsch-britischen Vergleich*, Göttingen 2010, S. 213–222.

⁶ Vgl. Alexander Nützenadel/Wolfgang Schieder (Hrsg.), *Zeitgeschichte als Problem. Nationale Traditionen und Perspektiven der Forschung in Europa*, Göttingen 2004, S. 7.

⁷ Vgl. Martin H. Geyer, *Im Schatten der NS-Zeit. Zeitgeschichte als Paradigma einer (bundes-)republikanischen Geschichtswissenschaft*, in: ebd., S. 25–53.

ristisch geprägten Geschichtswissenschaft. Heute gilt: Wenn es nicht diese große Aufmerksamkeit für die Darstellung, Interpretation und Diskussion der jüngsten Vergangenheit gäbe, dann wäre es alles andere als unwahrscheinlich, dass sich die Geschichtswissenschaft an den Universitäten in den Reigen der sogenannten kleinen Fächer einreihen müsste, wie dies an den Schulen schon lange der Fall ist.

Vor dem Hintergrund dieses Interesses ist die Teildisziplin wie keine andere zur „Streitgeschichte“ avanciert. Angefangen mit der Fischer-Kontroverse über den Historikerstreit bis hin zu den Auseinandersetzungen um Daniel Jonah Goldhagens „Hitlers willige Vollstrecker“ wie auch die Ausstellungen über „Verbrechen der Wehrmacht“ – es sind in der Regel Themen der jüngsten Vergangenheit, die Öffentlichkeit und Politik mobilisieren.⁸ „Gezankt“ hat sich die Zunft auch zu vielen anderen historischen und historiografischen Problemen. Öffentlich wahrgenommen wurden sie in der Regel aber nur dann, wenn sie im Kontext der jüngsten Vergangenheit stehen und zugleich Fragen aufwerfen, die an die Grundfesten der Nation zu rühren schienen.⁹

Zeitgeschichte war immer aufs Engste verbunden mit Prozessen des *nation building*. Folgt man den Schlussfolgerungen, die Jan Palmowski und Kristina Spohr Readman aus ihrem internationalen Vergleich zur Entstehung und Ausprägung dieses Forschungszweiges ziehen, dann ist diese Verbindung insbesondere in Deutschland bis heute eng.¹⁰ Die in den Zeiten der vierzigjährigen Teilung herausgebildeten Geschichtswissenschaften in Deutschland Ost und West demonstrieren das aufs Deutlichste: Nur anfangs wurde nach 1945 deutsche Geschichte als Geschichte der deutschen Teilung thematisiert, vor allem

⁸ Vgl. Hamburger Institut für Sozialforschung (Hrsg.), *Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944*, Hamburg 2004; Daniel J. Goldhagen, *Hitlers willige Vollstrecker. Ganz normale Deutsche und der Holocaust*, Berlin 1996.

⁹ Vgl. Klaus Große Kracht, *Die zankende Zunft. Historische Kontroversen in Deutschland nach 1945*, Göttingen 2005.

¹⁰ Vgl. Jan Palmowski/Kristina Spohr Readman, *Speaking Truth to Power: Contemporary History in the Twenty-first Century*, in: *Journal of Contemporary History*, 46 (2011), S. 485–505, hier: S. 487.

von westdeutscher Seite. Insgesamt dominierte rasch der Blick auf die Geschichte des jeweils eigenen Staates und der Beziehungen zu den maßgeblichen Bündnispartnern. Damit blieben die angebotenen Interpretationen in den Koordinaten des jeweiligen Systems: Während in der DDR Historiker und Wissenschaftler verwandter Disziplinen zusätzlich auf die Legitimation durch die politische Führung angewiesen waren,¹¹ entwickelten sich im Westen politisch plurale und durchaus status-quo-kritische Sichtweisen. Aber auch in der alten Bundesrepublik zeitigte die Teilung wissenschaftsinterne Wirkungen: Die Geschichte der Bundesrepublik und die der DDR fanden institutionell wie thematisch jeweils eigene Bearbeiter und Kommunikationskreise, die eher nebeneinander als miteinander arbeiteten. „So bedeutet das Etikett ‚Deutsche Geschichte nach 1945‘ meist eine mit wenigen Verweisen auf den Osten angeereicherte westdeutsche Geschichte, während Skizzen der ostdeutschen Entwicklung sich generell auf die DDR allein konzentrieren.“¹² Damit replizierte sich in den wissenschaftlichen Disziplinen Ost- und Westdeutschlands die allgemein weit fortgeschrittene „Binationalisierung“. Das Gros der politischen, kulturellen und wissenschaftlichen Eliten hatte sich ebenso wie große Teile der Bevölkerung mit dem Rücken zur Mauer eingerichtet.

Dass im Pulverdampf der öffentlichen (geschichts-)politischen Auseinandersetzungen wichtige Fragen nicht diskutiert wurden, steht außer Frage. Bis heute gibt es keinen „allgemein anerkannten Konsens über epochale Abgrenzung, thematisches Profil und methodische Grundlagen der Zeitgeschichte“.¹³ Gemessen an ihrem Anteil der öffentlichen Wahrnehmung ist der Beitrag zur methodischen Weiterentwicklung der Geschichtswissenschaft eher gering. Weder die Kulturgeschichte noch ihr Antipode, die historischen Sozialwissenschaften, sind aus ihrem Zusammenhang geboren. Die Alltagsgeschichte, auf der unter anderem die vertiefende Regionalisierung der NS-Forschung beruht, ist

¹¹ Vgl. Martin Sabrow, *Das Diktat des Konsenses. Geschichtswissenschaft in der DDR 1949–1969*, München 2001.

¹² Konrad H. Jarausch, „Die Teile als Ganzes erkennen“. Zur Integration der beiden deutschen Nachkriegsgeschichten, in: *Zeithistorische Forschungen*, 1 (2004) 1, S. 1.

¹³ A. Nützenadel/W. Schieder (Anm. 6), S. 8.

den professionellen Historikern mittlerweile zwar zur Selbstverständlichkeit geworden, doch mit Freuden aufgenommen wurde sie sicher nicht. Und für die Auseinandersetzung mit Theorien der Modernisierung oder gar der Veränderung von Modernisierung, wie sie in der englischsprachigen Wissenschaft unter den Stichworten *postcolonialism* und *postmodernism* geführt wurde, geriet sich das Fach als nahezu immun. Zu selbstverständlich haben sich aus den politischen Brüchen und den geschichtspolitischen Debatten der Nachwelt die Untersuchungsanlässe ergeben, denen sich die Zeitgeschichte widmete: Wie kam Hitler an die Macht? Wer betrieb die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden? Und später, mit Blick auf die DDR: Wie und warum brach die SED-Diktatur zusammen?

Die Fragen nach den Gründen und Folgen der politischen Katastrophen des 20. Jahrhunderts stellten sich gleichsam von selbst. Fixiert auf politische Großereignisse konzentrierte sich die Zeitgeschichte zudem auf kurze Zeiträume und arbeitete zugleich eher theoriefern. „Der hohe Rang der Zeitgeschichte in Deutschland war ihnen Themen geschuldet, nicht ihrer methodischen, analytischen oder darstellerischen Exzellenz.“¹⁴ Die Geschichte der Nachmoderne aber, konzipiert man sie als Vorgeschichte der Gegenwart, lässt sich nicht primär von den politischen Brüchen des 20. Jahrhunderts ableiten, sondern bedarf zeitlich wie räumlich weiter ausgreifender Perspektiven. Auch die Beschränkung auf die politische Geschichte im engeren Sinn und den traditionellen Zugriff darauf wird man überwinden müssen. Zeitgeschichte maßgeblich im Dreißig-Jahre-Abstand der Öffnung von Akten aus Verwaltung und Politik zu betreiben ist ein Konzept, das nicht nur am aktuellen Informationsbedürfnis vorbeigeht, sondern zugleich auch den vielfältigen, neu entstandenen Quellen in ihrer wirklichkeitsprägenden Wirkung zu wenig Bedeutung beimisst.¹⁵

¹⁴ Ulrich Herbert, *Nach den Katastrophen. Entwicklungsstand und Perspektiven der Zeitgeschichtsforschung*. Vortrag zur Feier des 75. Gründungstags des Westfälischen Instituts für Regionalgeschichte in Münster am 18.3.2004.

¹⁵ Vgl. dazu mit sehr erhellenden Überlegungen Kiran Klaus Patel, *Zeitgeschichte im digitalen Zeitalter. Neue und alte Herausforderungen*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 59 (2011) 3, S. 331–351.

Aber nicht nur durch die Veränderung ihres Gegenstandsbereichs sieht sich die Zeitgeschichte herausgefordert, sondern vor allem in der Zuordnung und in der Abgrenzung zu den benachbarten Sozial- und Politikwissenschaften: „Was können Zeithistoriker, was so nur Zeithistoriker können?“¹⁶ Wie umgehen mit den zeitgenössisch so zahlreichen Selbstbeobachtungen und wissenschaftlichen Deutungs- und Begriffsangeboten, ohne dass sich die Zeitgeschichte auf die Aufgabe des Zusammenfassens oder der empirischen „Füllung“ beschränkt und damit herabsinkt auf das Niveau einer „Kopie der theorieaffinen Nachbarfächer“?¹⁷ Was charakterisiert die „methodische und analytische Identität der Zeitgeschichtsforschung“, wenn sie sich nicht ausschließlich aus den politisch definierten Themen und vom Interesse der Öffentlichkeit ableitet? Zugleich ließe sich mit Vertretern von Konzepten einer transnationalen Geschichte fragen, wie Zeitgeschichte mit ihrer nationalhistorischen Orientierung umgeht. Ist es tatsächlich heute unzeitgemäß, „sich vorrangig oder gar ausschließlich durch Fragen leiten zu lassen, die auf den (eigenen) Nationalstaat begrenzt bleiben“?¹⁸ Oder – erkenntnistheoretisch gefragt – wie löst sich Zeitgeschichte wissenschaftlich aus der engen Verbundenheit mit Fragen der Nationenbildung und behält zugleich die „Nation“ als wichtigen Faktor von Vergesellschaftung auch im 20. Jahrhundert im Auge?

„Geteilter Himmel“ der deutsch-deutschen Geschichte

Es muss als besondere Aufgabe zeithistorischer Forschung verstanden werden, mahnte Hans Rothfels 1953, „dass sie an keinerlei heißen Eisen, weder internationalen noch

¹⁶ Tobias Hochscherf/Christoph Laucht/Andrew Plowman (eds.), *Divided, but not disconnected. German experiences of the Cold War*, New York 2010, S. 480. Vgl. dazu grundlegend Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael, *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*, Göttingen 2010², S. 59.

¹⁷ Rüdiger Graf/Kim Christian Priemel, *Zeitgeschichte in der Welt der Sozialwissenschaften. Legitimität und Originalität einer Disziplin*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 59 (2011) 4, S. 479–508, hier: S. 508.

¹⁸ Vgl. Iris Schröder, *Debatte: Zeitgeschichte und internationale Geschichte. Einleitung*, in: *Zeithistorische Forschungen*, Online-Ausgabe, 8 (2011) 3, Abschnitt 1.

nationalen, sich vorbeidrückt und nicht leere Räume offen lässt, in die Legenden sich einzunisten neigen“.¹⁹ Wer sich das große öffentliche Interesse am 60. Geburtstag der zweiten deutschen Republik, aber auch an Mauerfall und Wiedervereinigung vergegenwärtigt, erkennt darin den weit verbreiteten Wunsch nach historischer Selbstvergewisserung, der auf Zusammenschau und Gesamtwürdigung der deutschen Geschichte zielt. Das Orientierungsbedürfnis scheint deswegen umso größer, da die etablierten Erzählweisen der deutschen Nachkriegsgeschichte in den vergangenen Jahren ihre Interpretationskraft verloren haben. Das lange Zeit dominierende Deutungsmuster der 1945/49 beginnenden Erfolgsgeschichte einer „geglückten Demokratie“ (Edgar Wolfrum) verblasst umso mehr, je weniger wir über Stabilisierung, Liberalisierung oder Zivilisierung der zweiten deutschen Republik staunen und stattdessen Fragen nach der Vorgeschichte gegenwärtiger Probleme in den Vordergrund treten.²⁰ Auch die Idee eines nationalstaatlichen Sonderwegs „nach Westen“ (Heinrich August Winkler) mit dem Fluchtpunkt 1989/90 hat zwanzig Jahre nach der Einheit an Erklärungswert eingebüßt.²¹

Zugleich gibt es eine ebenso symbolisch-praktisch wie auch intellektuell geführte Auseinandersetzung darum, was das Geschichtsbild des wiedervereinigten Deutschlands prägen soll. Faktisch dient vor allem die Geschichte der alten Bundesrepublik als Identitätsressource, während an die DDR allenfalls anhand der friedlichen Revolution erinnert wird und der SED-Staat damit nicht in der Wissenschaft, wohl aber in der öffentlichen Thematisierung zur „Fußnote der Weltgeschichte“ (so Stefan Heym am Abend der ersten freien Wahl zur Volkskammer am 18. März 1990) degradiert zu werden droht. Einer verengten bundesdeutschen Sieergeschichte, aus deren Perspektive die Jahrzehnte der Zwei-staatlichkeit lediglich eine temporäre Unterbrechung eines teleologisch verstandenen Modernisierungspfades gewesen seien, steht auf der anderen Seite des geschichtspolitischen Spektrums das Konzept einer „sozialistischen

¹⁹ Hans Rothfels, *Zeitgeschichte als Aufgabe*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 1 (1953) 1, S. 1–8, hier: S. 8.

²⁰ Vgl. A. Doering-Manteuffel/L. Raphael (Anm. 16).

²¹ Vgl. Heinrich August Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, München 2002⁵.

Trotzgeschichte“ gegenüber. „Leere Räume“, in denen sich nach Rothfels „Legenden“ einnistern könnten, sind zu viele vorhanden, als dass auf eine wissenschaftlich abgewogene Interpretation verzichtet werden könnte.²²

Blickt man auf die Analysen und Deutungen der Geschichtswissenschaften, dann lässt sich mit Hermann Wentker festhalten, dass „eine deutsch-deutsche Nachkriegsgeschichte, die der getrennten Entwicklung beider Teilstaaten ebenso gerecht wird wie den weiterhin bestehenden Verbindungen und Beziehungen, die ihre Bezogenheit aufeinander ebenso integriert wie ihre Abgrenzung voneinander, bisher noch aussteht“.²³ Nach der Wiedervereinigung war es zuerst Christoph Kleßmann, der die für die Geschichtswissenschaft entstandene Herausforderung produktiv annahm. Als Verfasser eines bereits in den 1980er Jahren erstaufgelegten zweibändigen Standardwerkes, das zu Recht unter die „Klassiker der Geschichtswissenschaften“ gezählt wird,²⁴ gelang es ihm, Verflechtung und Abgrenzung beider deutscher Staaten auf dem Stand der damaligen Forschung plastisch herauszuarbeiten. In einem programmatischen Aufsatz forderte er dazu auf, „das Spannungsverhältnis zwischen der Verflechtung beider Teilstaaten (...) und einer bewußt oder unbewußt betriebenen oder gar gewünschten Abgrenzung“ zu thematisieren.

Die Kleßmann zugeschriebene Idee einer „asymmetrisch verflochtenen Parallelgeschichte“ blieb nicht unwidersprochen. Angesichts des Versagens der Meistererzählungen von der Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik einerseits, der Misserfolgsgeschichte der DDR andererseits hat Konrad Jarausch für eine „chronologisch sensible und inhaltlich plurale Sequenzperspektive“ plädiert, um

²² Vgl. Hermann Wentker, Zwischen Abgrenzung und Verflechtung: deutsch-deutsche Geschichte nach 1945, in: APuZ, (2005) 1–2, S. 10–17, hier: S. 11; Andreas Wirsching, Für eine pragmatische Zeitgeschichtsforschung, in: APuZ, (2007) 3, S. 13–18, hier: S. 14f.

²³ Vgl. H. Wentker (Anm. 22), S. 13.

²⁴ Vgl. Edgar Wolfrum/Günter R. Mittler, Zwei Bücher, eine Idee. Christoph Kleßmanns Versuch der einen deutschen Nachkriegsgeschichte, in: Jürgen Danyel/Jan-Holger Kirsch/Martin Sabrow (Hrsg.), 50 Klassiker der Zeitgeschichte, Göttingen 2007, S. 162–165. Gemeint ist: Christoph Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung, Bonn 1982; ders., Zwei Staaten, eine Nation, Bonn 1988.

auf diese Weise „die Komplexität kontrastierender Erfahrungen in Ost und West zu erfassen“.²⁵ Insbesondere Hermann Wentker wandte gegen diese Konzeptionen ein, dass mit solcher Begriffsschöpfung das Verbindende zuungunsten des Trennenden zu stark betont sei. Sein Plädoyer zielt darauf, dass „die deutsche Nachkriegsgeschichte auch weiterhin als Geschichte von zwei Staaten und Gesellschaften erzählt werden (kann), die sich auf getrennten Wegen entwickelten“.²⁶ In diesem Sinne plädiert er mit mehreren seiner Kollegen vom Institut für Zeitgeschichte insbesondere dafür, die „DDR als eigenständiges Forschungsfeld“ offen zu halten, ohne damit auf die vergleichende Perspektive zu verzichten.²⁷ Ohne das am einzelnen Gegenstand erarbeitete Wissen werde auch der Vergleich beziehungsweise die Einordnung in europäische Kontexte nicht funktionieren.

Die Chancen und Grenzen, aber auch die methodischen wie geschichtspolitischen Fußangeln sind an verschiedenen Stellen ausführlich diskutiert worden: Eine integrierte deutsche Nachkriegsgeschichte, so lassen sich diese Überlegungen resümieren, scheint schon „aufgrund der vielfältigen und komplexen Verflochtenheit der Geschichte der Besatzungszonen und beider deutscher Nachkriegsstaaten sinnvoll und notwendig“.²⁸ Eine im „engeren Sinne integrierte deutsche Nachkriegs- oder gar Nationalgeschichte“, die West- und Ostdeutschland allein als gemeinsame Größe versteht, ist aber nicht verfügbar. Zu stark sind die Eigenentwicklungen in den beiden Staaten, so dass eine alleinige integrierte Geschichte nicht das „wissenschaftliche Leitmotiv“ sein sollte, im Gegenteil: „Das wieder vereinigte Deutschland benötigt kein einheitliches Geschichtsbild, sondern eines, in dem die getrennten Wege ebenso ihren Platz haben wie die verbindenden Elemente der doppelten deutschen Nachkriegsgeschichte.“²⁹ Ins Blickfeld geraten sollte stattdessen „ein gemeinsamer Erfahrungs- und Handlungsraum, (...) der beide deutschen Staaten, Gesellschaften und Kulturen umfasst“, Ge-

²⁵ K.H. Jarausch (Anm. 12), S. 28.

²⁶ Vgl. H. Wentker (Anm. 22), S. 10.

²⁷ Henrik Bisping et al., Die Zukunft der DDR-Geschichte, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 53 (2005) 4, S. 547–570, hier: S. 551.

²⁸ Horst Möller, Demokratie und Diktatur, in: APuZ, (2007) 3, S. 3–7, hier: S. 7.

²⁹ H. Wentker (Anm. 22), S. 18.

meinsames und Trennendes thematisiert und auf diese Weise „die Chance bietet, den Panzer des Systemgegensatzes aufzubrechen, und sich nicht in einer bloßen Parallelgeschichte erschöpft“.^{f30} Die gegenseitige Wahrnehmung und Nichtwahrnehmung von politischen Entscheidungen, Programmen, Ideen und von gesellschaftlichen Prozessen in beiden deutschen Staaten: „Alles dies sind Elemente eines gemeinsamen Erfahrungsraumes, der die Deutschen wahrscheinlich weitaus enger zusammenhielt, als sie sich bewusst waren.“^{f31}

„Wir sind ein Volk“ – „Wir auch“

Verschiedene Wege in diese Richtung sind bereits vorgeschlagen und zum Teil gegangen worden.^{f32} So sind insbesondere direkte Verbindungen wie die offiziellen Kontakte auf der Bühne der Außenpolitik, aber auch institutionelle Berührungen im Bereich der Parteien und des Sports aufgegriffen worden.^{f33} Das interessante Feld der alltagsgeschichtlichen Dimension und der damit verbundenen gegenseitigen Wahrnehmung ist indes erst ansatzweise untersucht. Studien zum deutsch-deutschen Briefverkehr, zum „Westpaket“ und seinen Kommunikationswirkungen, aber auch zur allabendlichen Flucht ostdeutscher Fernsehkonsumenten in die westdeutsche TV-Realität sind erste Anfänge oder markieren besonders viel versprechende Forschungsvorhaben.^{f34} Unmittelbare Kontakte wird man dabei angemessen ins Verhältnis setzen müssen zu Prozessen der Distanzierung und der Entfremdung zwischen den deutschen Gesellschaften.

Ein Metathema, welches die Frage nach dem gemeinsamen Erfahrungsraum und Erwartungshorizont unmittelbar aufgreifen könnte, wäre mit einem konstruktivistisch verstandenen Begriff der „Nation“ zu operationalisieren. Nicht nur forschungspraktisch,

sondern auch faktisch verbietet sich dabei ein essentialistisches Verständnis. Der deutsche Nationalstaat, wie ihn das 19. Jahrhundert geprägt hatte, war 1945 unzweifelhaft ebenso an sein Ende gekommen wie die damit verbundenen Traditionserfindungen und Nationalimaginationen. Dieser Befund aber lädt geradezu dazu ein, nach der Weiterentwicklung und der Neuformierung von Vorstellungen der politischen Vergemeinschaftung zu fragen. Nationen existieren nicht außerhalb der sie begründenden Vorstellungen, sondern lediglich als „alltägliches Plebiszit“ ihrer Angehörigen (E. Renan).^{f35}

In Bundesrepublik und DDR war dieses alltägliche Sich-Verhalten von besonderer Qualität, war doch die geteilte Nation in ihren doch so vielfältig aufeinander bezogenen Teilen die permanente Antithese zur herkömmlich als selbstevident empfundenen nationalen Zugehörigkeit. Mit welchen Medien, in welchen Formen und Kontexten wurde ein gesamtdeutscher Zusammenhang als Identität thematisiert, wo artikulierten sich einzelstaatliche oder konkurrierende Motive? Versucht man diesen Spuren nachzugehen, wird man sich nicht darauf beschränken dürfen, Thematisierungen des Nationalen systematisch zu rekonstruieren. Zu sehr liefe man Gefahr, die zeitgenössischen ideologischen Funktionen zu perpetuieren. Im Mittelpunkt stünde hingegen die Wandelbarkeit und Heterogenität nationaler Erinnerung – eine Forschungsaufgabe, für die die Geschichtswissenschaft in besonderer Weise prädestiniert ist. In welchem Verhältnis standen nationale und andere, konkurrierende oder komplementäre Formen kollektiver Zugehörigkeit, welche Bedeutungsänderungen und inneren Widersprüche prägten die zeitgenössische Selbstverständigung?

Vielleicht lassen sich die empirischen Möglichkeiten eines solchen Zugangs am eindrucklichsten vom Schlusspunkt der deutschen Zweistaatlichkeit her entwickeln. Sagt der Ossi: „Wir sind ein Volk“ – Sagt der Wessi: „Wir auch!“ Dieser Anfang der 1990er Jahre kursierende Witz ist auch als alltägliche Reaktion auf ein mit der Wiedervereinigung ein-

^{f30} Besonders prägnant: A. Wirsching (Anm. 22), S. 14.

^{f31} Ebd., S. 18.

^{f32} Vgl. u. a. T. Hochscherf et al. (Anm. 16); Udo Wengst et al. (Hrsg.), *Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz*, Berlin 2008.

^{f33} Nachweise der behandelten Themen bei H. Wentker (Anm. 22); U. Wengst et al. (Anm. 32).

^{f34} Vgl. Christian Adam/Petra Kabus, *Das Westpaket. Geschenkendung, keine Handelsware*, Berlin 2000.

^{f35} Vgl. Christian Geulen, *Nationalismus als kulturwissenschaftliches Forschungsfeld*, in: Friedrich Jaeger (Hrsg.), *Handbuch der Kulturwissenschaften*, Stuttgart-Weimar 2004, S. 439–457.

setzendes Revival großer Homogenitätskonstruktionen zu werten.¹⁶ In beiden deutschen Staaten hatte sich der Bezug auf die Nation höchst unterschiedlich entwickelt: Je selbstbewusster die alte Bundesrepublik wurde, desto mehr verstanden sich die politischen Eliten als postnational. Im Vordergrund standen die transnationalen Bindungen und Verflechtungen. In der DDR hingegen wurde die sozialistische, zum Teil auch die deutsche Nation wiederentdeckt. Als politische Einheit und Regelungsinstanz hatte der Nationalstaat insbesondere in der Bundesrepublik, partiell auch in der DDR, permanent an Bedeutung verloren, als Identifikationsangebot gewann die Nation wieder an Virulenz. Trotz und wegen der Propagandabemühungen war in vielerlei Hinsicht die *imagined community* der Deutschen viel lebendiger als gedacht. „Dritte Wege“ oder Konzepte einer temporalen Eigenständigkeit einer nicht-sozialistischen, demokratischen DDR hatten 1989/90 keine Chance.

Das populärste Integrationsangebot von Westseite war das der „blühenden Landschaften“, die der Wahlkämpfer Helmut Kohl als Wechsel auf die Zukunft ausgab. Damit versprach er eine Wiederholung des bundesrepublikanischen Gründungsmythos von Wirtschaftswunder, sozialer Marktwirtschaft und nivellierter Mittelstandsgesellschaft.¹⁷ Dieses zunächst teilstaatliche Entwicklungsmodell sollte nun auf die gesamte Nation übertragen werden – eine Projektion, die man im Osten gerne annahm und die mit ausbleibenden Erfolgen als eine solche überdeutlich erkennbar wurde.

Diesen gemeinsamen und dennoch in vierzig Jahren Trennung so unterschiedlich entwickelten Erfahrungsraum wie auch den damit verbundenen Erwartungshorizont zu vermessen ist ein Ansatz zu einer Geschichte der deutsch-deutschen Wahrnehmungen und Beziehungen jenseits von Systemvergleich und Deutschlandpolitik.

¹⁶ Vgl. Irene Götz, *Deutsche Identitäten. Die Wiederentdeckung des Nationalen nach 1989*, Köln 2011.

¹⁷ Vgl. Herfried Münkler/Jens Hacke, *Politische Mythisierungsprozesse in der Bundesrepublik: Entwicklungen und Tendenzen*, in: dies. (Hrsg.), *Wege in die neue Bundesrepublik. Politische Mythen und kollektive Selbstbilder*, Frankfurt/M. 2009, S. 15–32, hier: S. 23.

Thomas Lindenberger · Muriel Blaive

Zeitgeschichte und Erinnerungskonflikte in Europa

Die Rede von „Erinnerung“ und „Gedächtnis“¹ hat in den vergangenen beiden Jahrzehnten auf alle Bereiche des öffentlichen Lebens übergegriffen, in Europa wie im Rest der Welt. Manche Vertreter eines umfassenden *memory*-Begriffs halten mittlerweile die Dichotomie zwischen „Erinnerung“ und „Geschichte“ für überholt und unergründlich: Erinnerung/Gedächtnis schließt „Geschichte“ ohnehin mit ein. Demnach sollte sich die Geschichtswissenschaft zu einer übergreifenden „Metawissenschaft der Erinnerung“ ausweiten.²

Die österreichische Historikerin Heidemarie Uhl schlägt vor, Geschichtswissenschaft, da die Phase des „Zerbrechens“ von nationalen Mythen der Vergangenheit angehöre, fortan „als kritische Reflexionsagentur des Gedächtnisses“ zu verstehen.³ Ob es mit einer solchen

Thomas Lindenberger

Dr. phil., geb. 1955; Professor, Direktor des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Europäische Geschichte und Öffentlichkeit, Nußdorfer Straße 64, 1090 Wien/Österreich. thomas.lindenberger@ehp.lbg.ac.at

Muriel Blaive

PhD, geb. 1969; wissenschaftliche Mitarbeiterin am Ludwig-Boltzmann-Institut für Europäische Geschichte und Öffentlichkeit (s. o.). mblaive@gmail.com

¹ Wir verwenden die Kopplung der beiden Begriffe als gemeinsames Äquivalent zum englischen *memory* und zum französischen *mémoire*. Einige Überlegungen dieses Beitrags wurden bereits in englischer Sprache vorgelegt: Muriel Blaive/Christian Gerbel/Thomas Lindenberger, Introduction, in: dies. (eds.), *Clashes in European Memory. The Case of Communist Repression and the Holocaust*, Innsbruck 2011, S. 7–23. Herzlichen Dank an Otmar Binder für die Erstellung einer Arbeitsübersetzung.

² Vgl. Dirk van Laak, *Vom Denkmal zum Mahnmal. Gedächtnisgeschichte im Rückblick*, in: Norbert Frei (Hrsg.), *Was heißt und zu welchem Ende studiert man Geschichte des 20. Jahrhunderts?*, Göttingen 2006, S. 36–41, hier: S. 39.

³ Heidemarie Uhl, *generation of memory. Geschichtswissenschaft im Kampf um die Erinnerung*, in: Heinrich Berger/Melanie Denejga/Regina Fritz/Alexander Prenninger (Hrsg.), *Politische Gewalt und*

an die Aufgaben eines Technischen Überwachungsvereins erinnernden Dienstleistung für die Gedächtnisanstrengungen der Gesellschaft sein Bewenden haben kann, sei indess häufig bezweifelt; mit Sicherheit wird sich Geschichtswissenschaft nicht darauf reduzieren lassen. Darauf werden wir am Ende unseres Beitrags wieder zu sprechen kommen.

Ende der Geschichte?

Zunächst soll es darum gehen, sich zu vergegenwärtigen, wie der Begriff „Geschichte“ zuletzt neue Bedeutungen und Implikationen erhalten hat und wie ältere Begriffsbestimmungen allmählich redundant geworden sind. Ausgangspunkt ist das Jahr 1989, jenes *annus mirabilis*, in dem, so Timothy Garton Ash, Europa seinen besten historischen Moment erlebte, aber auch zum letzten Mal im Zentrum der Weltgeschichte stand.¹⁴ Im Sommer jenes Jahres veröffentlichte Francis Fukuyama seinen Essay „The End of History?“¹⁵ Dieser Text war ein Versuch, die mit dem Ende des Kommunismus und der bipolaren Ordnung des Kalten Krieges heraufbeschworene Epochenäsur zu verstehen. Fukuyamas Hauptthese sah die „liberale Demokratie“ zur konkurrenzlos herrschenden Ideologie aufsteigen, die von diesem Zeitpunkt an weltweit die Organisation von Gesellschaften und Staaten bestimmen werde.

Ungeachtet der Tatsache, dass sich diese These recht bald als Wunschdenken herausstellte, ist sie als Signum der Epoche bemerkenswert. Fukuyamas Essay traf zeitlich mit dem Sichtbarwerden einer neuen Qualität von Demokratie zusammen, die sich nicht nur auf freie Wahlen und Rechtsstaatlichkeit bezog, sondern auch auf den Auftritt des Individuums als anerkannter und vollwertiger

Machtausübung im 20. Jahrhundert. Zeitgeschichte, Zeitgeschichte und Kontroversen. Festschrift für Gerhard Botz, Wien-Köln-Weimar 2011, S. 563–573, hier: S. 573.

¹⁴ Timothy Garton Ash auf einer Diskussionsveranstaltung im Wiener Burgtheater, 22.2.2009, veranstaltet vom Institut für die Wissenschaft vom Menschen (IWM); vgl. Christopher Anderson, *The Best Moment in History*, in: *iwmpost*, 100 (2009) January–March, S. 4.

¹⁵ Francis Fukuyama, „The End of History?“, in: *The National Interest*, (1989) 16, S. 3–18.

ger historischer Akteur. Nicht nur versuchten Ende der 1980er Jahre Diktaturen, sich eine demokratische Maske überzustülpen; nicht nur wurden zur selben Zeit krasse Verletzungen der Menschenrechte, wie sie etwa vom chilenischen Regime oder vom Apartheidregime in Südafrika praktiziert wurden, moralisch inakzeptabel; nicht nur fanden staatliche Lügen und Propagandabeauptungen immer weniger Gehör im Osten *und* im Westen; nicht nur wurden Regierungen zunehmend für politische Entscheidungen, die noch wenige Jahrzehnte zuvor keinerlei Aufsehen erregt hätten (etwa die französischen Atomtests im Pazifik oder die katastrophalen Umweltschäden in Mitteleuropa), öffentlich zur Rechenschaft gezogen; nicht nur war die Globalisierung bereits unterwegs, sondern – und dies entging Fukuyamas hegelianischer Konzeption von „Geschichte“ – individuelle Akteure oder Gruppen von Akteuren forderten jetzt das Recht auf ihre eigene „Geschichte“ ein.

„Gedächtnis“ und „Erinnerung“

Es ging dabei auch um eine Geschichte, deren Kriterien nicht auf Gedeih und Verderb von der Selektion durch professionelle und in der Regel staatsnahe Historikerinnen und Historiker abhing. Stattdessen sollte sie aus der unmittelbarsten, „authentischsten“ Quelle schöpfen, die noch dazu jedem zu Gebote steht: aus der Erinnerung der Akteure.¹⁶ Als Indikator für die demokratische Selbst-Evidenz im Rahmen einer globalisierenden politischen Kultur kann die enorme Popularität des Konzepts der Erinnerungsorte (*lieux de mémoire*)¹⁷ von Pierre Nora gelten, das Ende der 1980er Jahre seinen Siegeszug durch die Feuilletons antrat.

Man könnte sagen, die elitäre Geschichte der Haupt- und Staatsaktionen, wie sie bis dahin sowohl in hegelianischen wie materialistischen Ausformungen vorherrschte, sei damals gewissermaßen zur Abdankung gezwungen worden. Sehr bald meldete eine

¹⁶ Vgl. Pierre Nora, *Gedächtniskonjunktur*, in: *Transit*, (2002) 22, S. 18–31.

¹⁷ Pierre Nora, *Les lieux de mémoire*. Les France, vol. III/3, Paris 1993; ders., *Les lieux de mémoire*. La Nation, vol. II/3, Paris 1986; ders., *Les lieux de mémoire*. La République, vol. I, Paris 1984.

Nachfolgerin ihre Ansprüche auf den vakanten Thron der metaphysischen Repräsentationen des kollektiven Selbst an: *memory* beziehungsweise, im Deutschen aufgespalten, Erinnerung und Gedächtnis.

Erinnerung bezeichnet ursprünglich den bewussten Teil der Beziehung des Individuums zu seinen Erfahrungen. In der Ausweitung auf (kollektives oder soziales) „Gedächtnis“ ist „Erinnerung“ im Begriff, zu dem Paradigma für institutionalisierte, allumfassende Modi des kollektiven Bezugs auf die Vergangenheit zu werden. Zahlreiche Traumata, Erinnerungen, Überlieferungen und Relikte waren gerade in Europa unter dem Gewicht atomarer Abschreckung verborgen geblieben und konnten sich angesichts des Vorrangs von Wiederaufbau und der Notwendigkeit, eine Moderne in der Zeit der atavistischen Glaubenskämpfe zwischen Ideologien und Dogmen neu zu definieren, jahrzehntelang kein Gehör verschaffen, geschweige denn Legitimität und Anerkennung beanspruchen. Sie wurden nun mit einem Mal sichtbar und hörbar und dominierten überall in Europa, vor allem aber in den ehemals kommunistischen Ländern, die Bühne der öffentlichen Debatten, um dort auf Augenhöhe mit der „offiziellen Geschichte“ Geltung zu beanspruchen. All das Verdrängte und vielfach Halb- oder gar nicht Gewusste wurde plötzlich freigesetzt, um neu in Besitz genommen, gefühlt, erfahren, durchlebt zu werden im geöffneten Raum einer Welt, in der das Individuum zunehmend geschätzt und respektiert wurde. Als die Historiker sich als zu behäbig und langsam erwiesen, um diesen Trend zu begreifen und zu nutzen, wurden sie in den 1990er Jahren nicht nur von den Akteuren mit ihren zahllosen Memoiren und öffentlichen Erinnerungen überrollt, sondern auch von Politikern und Parlamenten, die sich anschickten, in Ausschüssen und Expertenkommissionen „Geschichte“ zu verhandeln, Erinnerungen zuzuhören und über deren Interpretation und Wahrhaftigkeit Mehrheits- und Minderheitsvoten zu erstellen.⁸

⁸ Vgl. Muriel Blaive, Soziologie, Geschichte und Gedächtnis. Das postkommunistische Mitteleuropa aus der Sicht Frankreichs, in: *Transit*, (2006) 30, S. 106–123; vgl. für Deutschland Andrew Beattie, *Playing Politics with History: The Bundestag Inquiries into East Germany*, New York 2008.

Die Tragweite des damit verbundenen Paradigmenwechsels lässt sich durch einen Rückgriff auf eine der beliebtesten Figuren modernen historischen Denkens veranschaulichen. Während für Marx „die Tradition aller toten Geschlechter“ „wie ein Alp auf dem Gehirn der Lebenden“⁹ lastete, mithin als vergangene Umstände, die menschliches Handeln immer wieder unabweisbar begrenzen, scheint der Vergangenheitsbezug der Erinnerung unserer Tage im Gegensatz dazu eine viel offenere Konstellation der Selbstbestimmung und einen gegenläufigen Effekt der Befreiung zu bewirken. Häufig wird ihr das Potenzial einer Katharsis zugeschrieben. „Erinnerung ist das Geheimnis der Erlösung“, lautet das populärste, der legendären Gründungsfigur des Chassidismus, Rabbi Baal Shem Tov (1698–1760), zugeschriebene Zitat, wenn es darum geht, eine Feierstunde am Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus zu gestalten oder die Eröffnungsrede bei einer Geschichtsausstellung zu halten. Die erste Hälfte des Zitats, „Vergessen verlängert das Exil“, wird freilich nicht annähernd so häufig zitiert.

Diese bedenkenlos optimistische Erwartung bezüglich der läuternden Wirkungen von Erinnerung ist auch zu spüren in den Konzepten neuer Modi kollektiver Erinnerung wie etwa „dialogische Erinnerung“ (Aleida Assmann), „negative Erinnerung“ (Volkhard Knigge) oder gar „kosmopolitisches Erinnern“ (Daniel Levy/Natan Sznajder).¹⁰ Das Prinzip, das in diesen Konzepten zuversichtlich unterstellt wird, ist die Integration der Erfahrung des „Anderen“, das heißt der Erfahrung sozialer Gruppen, die lange eine Rolle als Außenseiter, Gegner oder Feinde in ganz spezifischen nationalen und ideologischen Kontexten gespielt

⁹ Karl Marx, *Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte*, in: ders./Friedrich Engels, *Werke*, Bd. 8, Berlin/DDR 1972 (Orig. 1852), S. 15.

¹⁰ Vgl. Aleida Assmann, *Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik*, München 2006; Volkhard Knigge, *Gesellschaftsverbrechen erinnern. Zur Entstehung und Entwicklung des Konzepts seit 1945*, in: ders./Ulrich Mählert (Hrsg.), *Der Kommunismus im Museum. Formen der Auseinandersetzung in Deutschland und Ostmitteleuropa*, Köln–Weimar–Wien 2005, S. 19–30; Daniel Levy/Natan Sznajder, *The Holocaust and Memory in the Global Age*, Philadelphia 2006.

hatten. Nach einem Jahrhundert kollektiver Gewalt und gezielter Vernichtung sollen diese Konzepte zur Überwindung eines tiefen Gefühls existenzieller Selbstentfremdung beitragen und Gruppen wie Einzelne dazu befähigen, sich von der Idee einer „selbstgerechten Nation“ abzuwenden und mythologische Konzeptionen von Nation und anderen vorgeblich legitimen Kollektivitäten hinterfragen. Sie können allerdings auch zu einem sich in den Dienst der Erinnerung stellenden, radikalisierten Aktivismus führen, der aus einer Position angenommener oder tatsächlicher Unterlegenheit die Mehrheitsnation noch stärker in Widersprüche verwickelt, wie man das zum Beispiel anhand des Themas der Vertreibung der Sudetendeutschen in der Tschechischen Republik seit den 1990er Jahren beobachten konnte.¹¹

Erinnerung als *empowerment*

Statt das Gefühl sozialer Zugehörigkeit und die sich daraus ergebenden Praktiken zu belasten, liefert Erinnerung jetzt *empowerment*. Dieser Übergang von negativ zu positiv, von restriktiv zu befähigend, fügt sich nahtlos ein in einen weiteren Wandel kollektiver Wertvorstellungen: Es ist gerade so, als wäre Woodrow Wilsons Botschaft vom unveräußerlichen Selbstbestimmungsrecht der Völker in Nationalstaaten, deren territoriale Begrenzung unter Berufung auf die Geschichte festzulegen sei, dem Recht auf ein gemeinsames kollektives Gedächtnis gewichen, dessen mitunter reichlich arbiträre Selbst-Bestimmung nun allen nationalen, ethnischen, kulturellen und subkulturellen Gemeinschaften zugestanden wird. Während die Grenzen der Nationalstaaten im Europa von heute mehr oder weniger sakrosankt sind, es bis auf Weiteres wohl bleiben werden und es keine Neuaufgabe der Konflikte um die Territorien der um Selbstständigkeit ringenden Nationen geben wird wie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, bieten die in kollektiven Gedächtnissen gründenden Gemeinschaften reichlich Anlässe zu heftigen Konflikten und Konkurrenzen.

¹¹ Vgl. Muriel Blaive, *De la démocratie tchèque et des „décrets Beneš“*, in: Georges Mink/Laure Neumayer (eds.), *L'Europe et ses passés douloureux*, Paris 2007, S. 118–127.

Zweifellos lässt sich hier eine Verbindung herstellen zur Konjunktur eines im Nachleben der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs individualisierten Verständnisses der Menschenrechte.¹² Die moralische Priorität des Kollektiven vor dem Individuellen wurde durch die totalitären Erfahrungen ohnehin völlig diskreditiert, und Individualität etablierte sich als einzige legitime Alternative, nicht nur als Basis von jeder Form von Leid und Opfertum, sondern auch in der Anerkennung des Eigen-Sinns der Vielen, wie Alf Lüdtke das auf den Begriff gebracht hat.¹³ Erinnerung steht daher jetzt auch für das Recht jedes einzelnen Menschen auf seine oder ihre eigene Identität; dies gibt jedem Menschen in Bezug auf seine Gesellschaft einen zeitlich definierten Ort, an dem er oder sie existieren kann. Dieses Recht auf Erinnerung gilt, um den ersten Artikel des Grundgesetzes zu zitieren, als fast ebenso „unantastbar“ wie die Würde des Menschen selbst.

In der logischen Folge darf niemandem das Recht verweigert werden, Erinnerung an etwas Gesehenes oder anderweitig Erfahrenes für sich zu beanspruchen, unabhängig von der Richtung, in die diese Erinnerung gehen mag. Vom Standpunkt des sich erinnernden Subjekts kann Erinnerung nie „falsch“ sein (auch wenn das Erinnerte leicht rekonstruiert werden kann), weil sie subjektiv *authentisch* ist. Diese als gegeben vorausgesetzte Authentizität wird von der Sprecherin oder der ZuhörerIn nicht in Zweifel gezogen. Genau genommen macht ein Individuum, welches das Recht auf persönliche Erinnerung für sich in Anspruch nimmt, lediglich eine Aussage über den Inhalt seines Bewusstseins in Bezug auf ein Element einer vergangenen Faktenlage. Der Anspruch auf Erinnerung hat nichts mit dem erinnerten Faktum als solchem zu tun, sondern nur mit dem zum Thema des Faktums sprechenden Selbst. Wenn sich sowohl SprecherIn wie ZuhörerIn auf den Prozess des Erinnerns konzentrieren und auf die Analyse seiner Konsequenzen für das Individuum und die Gesellschaft, dann bleibt

¹² Vgl. Primo Levi, *Se questo è un uomo* (If This Is A Man), Turin 1947; vgl. auch Stefan-Ludwig Hoffmann (Hrsg.), *Moralpolitik. Geschichte der Menschenrechte im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2010.

¹³ Vgl. Alf Lüdtke (Hrsg.), *The History of Everyday Life. Reconstructing Historical Experiences and Ways of Life*, Princeton 1989.

das thematisierte Faktum selbst unhinterfragt, ohne anderen Quellen und anderen Fakten gegenübergestellt zu werden, mithin ohne Verweis auf das, was bis dato als „Geschichte“ gilt. Da Erinnerungen nicht „falsch“ sein können, sind alle Beteiligten berechtigt, an „ihren“ Erinnerungen festzuhalten, womit – egal auf welcher Ebene wir uns bewegen, von der Kleinfamilie bis zur Weltgesellschaft – Konflikte zwischen Erinnerungen ebenso unausweichlich sind wie die Notwendigkeit, mit ihren Unvereinbarkeiten zu leben.

Die europäische Erinnerungslandschaft war in den vergangenen zwanzig Jahren mehrfach Schauplatz von heftigen „Erinnerungskonflikten“ (*memory clashes*). Es handelt sich dabei um Konflikte in der Öffentlichkeit über vergangene Ereignisse und um deren Interpretation, die manchmal über nationale Grenzen hinweg stattfinden, manchmal auf den nationalen Rahmen begrenzt bleiben. Es erhebt sich die Frage, was in den hitzigen Debatten und Polemiken dieser Konflikte eigentlich aufeinander prallt. Es geht dabei keineswegs nur um die sozialen Praktiken des Erinnerns in dem von Maurice Halbwachs eingeführten Sinn des „kollektiven Gedächtnisses“,¹⁴ die einander gegenüberstehen – oder auch nicht. Gemeinschaften können durchaus antagonistische Beziehungen zu ihren je eigenen „Anderen“ unterhalten und trotzdem entweder auf direkte Interaktion mit diesen „Anderen“ verzichten oder in ihrer Interaktion mit ihnen heikle Themen bewusst meiden. In diesem Sinn könnte man sagen: Was in und zwischen verschiedenen Gemeinschaften dazu führt, dass Erinnerungen feindlich aufeinander prallen, hat in herausragender Weise mit den extrem unterschiedlichen Formen ihrer politischen Repräsentation und/oder ihrer Instrumentalisierung in der Öffentlichkeit zu tun. Selbsternannte oder auch gewählte Sprecherinnen und Sprecher im Bereich des politischen und kulturellen Lebens artikulieren „Erinnerung“, wobei sie eine Mehrheit, eine Minderheit oder auch nur sich selbst repräsentieren.

¹⁴ Vgl. Jean-Christophe Marcel/Laurent Mucchielli, Maurice Halbwachs's *mémoire collective*, in: Astrid Erll/Ansgar Nünning (eds.), *Cultural Memory Studies. An International and Interdisciplinary Handbook*, Berlin 2008, S. 141–149.

Ohne Erinnerungspolitik und ohne das Verlangen einiger dieser Sprecherinnen und Sprecher, wirtschaftliche, materielle, kulturelle oder moralische Krisen der Gesellschaft, für die sie sprechen und der sie unter Umständen Rechenschaft schuldig sind, auszunutzen, würde es wohl kaum Erinnerungskonflikte geben. Diese sollten daher zutreffender als „Konflikte von Erinnerungspolitikern“ bezeichnet werden. Gesellschaftliche Erinnerungen sind im Europa des 20. Jahrhunderts allerdings von den dramatischen und – ihrem Wesen nach – politischen Dimensionen gewaltsamer Konflikte geprägt, die sie von vornherein zur Verwendung in solchen Politiken des Erinnerungskonflikts prädestinieren.

Zwischen Geschichte und *Memory*: Wohin mit den Experten?

Der Aufstieg von Erinnerung/Gedächtnis als Schlüsselement des nationalen und transnationalen politischen Diskurses wurde vom Moment seiner Entfaltung an von Beobachtungen und Kommentierungen durch Experten begleitet und damit auch von diesen in Gang gehalten. Die Herangehensweisen an Erinnerung/Gedächtnis als Gegenstand der Forschung sind ebenso vielfältig wie das Phänomen selbst. Das Spektrum reicht von der Mikroebene empirischer Untersuchungen konkreter Erinnerungsgemeinschaften bis zu diskursanalytischen Interpretationen von literarischen Texten und Produkten der Hochkultur, von wissenschaftlichen, faktenorientierten politischen Analysen bis zu philosophischen und methodologischen Reflexionen für ein intellektuelles Publikum von Feuilleton- und Internet-Blog-Lesern. Um einige dieser Konstellationen, in denen Erinnerungen tatsächlich aufeinanderprallen, haben sich heftige Debatten entsponnen.

Angesichts des offenbar endlosen Stroms von Publikationen, Tagungspanels und anderen Manifestationen, die alle für sich in Anspruch nehmen, neue Erkenntnisse über „Erinnerung“ und Zeitgeschichte in und über Europa zutage fördern zu wollen, befällt Zeithistoriker ein Gefühl des Unbehagens. Das Anliegen, sich mit diesem – wie man sagen könnte – „mnemonischen Overkill“ kritisch auseinanderzusetzen, wird mittlerweile von vielen geteilt. Allerdings werden entspre-

chende Meinungen eher im Pausengespräch auf einer der zahlreichen Memory-Konferenzen und nebenbei ausgetauscht, seltener hingegen an das Tageslicht öffentlicher Diskussionen gezogen.

Es ist an der Zeit, die Vorzüge wie auch die Defizite von „Erinnerung“ und „Erinnerungspolitik“ und ihren einzigartigen Status in Debatten über das heutige Europa vorbehaltlos zu bilanzieren. Im Besonderen bedarf die inflationäre Verwendung von modischen Schlagworten, die sich von Halbwachs' „kollektivem Gedächtnis“ herleiten – „kommunikatives“, „kulturelles“, „soziales“ Gedächtnis –, und die mittlerweile geradezu inflationäre Überbeanspruchung von Pierre Noras *lieux-de-mémoire*-Metapher der kritischen Überprüfung. Andernfalls werden nichtthematisierte Dimensionen des Vergessens und Verdrängens unterkonzeptualisiert bleiben. Dasselbe gilt für die Unterscheidung von kollektiver Erinnerung und den instrumentell auf Interessenverfolgung und Machterwerb ausgerichteten Politiken der Anerkennung beziehungsweise der Geschichtspolitik.

Was auf dem Spiel steht, wenn man diese gegenwärtig weitgehend selbstverständliche Vermischung von Erinnerungskonzepten weiterhin als *best practice* gelten lässt, zeigt sich bei Betrachtung extremer Fälle der Generalisierung innerhalb solcher Diskurse. Wie bereits gesagt, kann man im Aufstieg universalistischer Werte zu Recht eine der treibenden Kräfte hinter dem „Erinnerungsboom“ der vergangenen Jahrzehnte sehen. Innerhalb dieser Universalisierung, so hat Natan Sznajder kürzlich argumentiert, hat das Konzept des „Trauma“ und seine Entwicklung eine Schlüsselrolle gespielt: Es etablierte sich mit der Erinnerung an den Holocaust als das allgemein anerkannte Paradigma für den Umgang mit vergangenen „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ (*crimes against humanity*) und mit einem Opferstatus. Aus dem Gedanken eines *historischen* Traumas, mit seinem Bezug auf die Leidenserfahrung von spezifischen Opfern in spezifischen Kontexten, wurde ein solcher des *strukturellen* Traumas, der das ursprüngliche Ereignis – die Ermordung europäischer Juden – in einen Kontext verschiebt, der geprägt ist von der säkularen Wahrnehmung von massenhafter Gewalt, die in Europa und in anderen Teilen der Welt er-

litten wurde. Eines der Ergebnisse dieser Verschiebung ist die Gefahr, dass der Unterschied zwischen Tätern und Opfern verschwindet. Daher sollten wir, so Sznajder, wenn wir einen generischen Ausdruck wie „Trauma“ benutzen, uns „seiner menschlichen und historischen Dimensionen bewusst bleiben und zugleich seine strukturellen Elemente hintanhalt[en].“¹⁵

Eine Folge der Allgegenwart vergangenen Leids und Opfertums in den internationalen Arenen europäischer Politik sind Gelegenheitsstrukturen, die aus dem Zusammenwirken von Geopolitik, Versöhnungsdiplomatie und dem, was man öffentlich inszenierte „Erinnerungsspiele“ (*memory games*) nennen könnte, hervorgehen. Sehr unterschiedliche politische Akteure verfügen mittlerweile über die Fähigkeit, die vielfältigen Energien anzuzapfen, die in der konfliktreichen europäischen Vergangenheit gespeichert sind, um ihre Ansprüche auf Macht und Ressourcen anzumelden. Die Etablierung von Versöhnung, Bedauern und schließlich Restitution hat einen Rahmen für einen Ausgleich gewalttätiger Konflikte in der internationalen Politik geschaffen, hinter den es kein Zurück mehr gibt. Daraus ist ein eigenständiger virtueller Markt entstanden, der gleichsam auf die Eroberung durch eine neue Art politischen Unternehmertums wartet.

Die Existenz solcher „Märkte“ und die von ihnen gebotenen Möglichkeiten lassen ein Nachdenken und eine Neudefinition der Rolle von Politikwissenschaftlern und Historikern als geboten erscheinen. Diesen Experten bieten sich mehrere Optionen: Sie können mit eigenen Angeboten auf diesem neuen Geschäftsfeld tätig werden; sie können ihre Dienste als Marktanalysten anbieten; sie können neue und bessere Produkte bewerben; oder sie können eine Position in mittlerer Distanz beziehen, von der aus sie als kritische Beobachter neue Regeln für den Markt vorschlagen oder seine institutionellen und ideologischen Rahmenbedingungen überhaupt in Frage stellen. Kulturwissenschaftlerinnen wie etwa Aleida Assmann plädieren für ein Konzept der „dialogischen Er-

¹⁵ Natan Sznajder, *Suffering as a Universal Frame for Understanding Memory Politics*, in: M. Blaive (Anm. 1), S. 239–254, hier: S. 254.

innerung“, das dann zum Zug kommt, wenn zwei oder mehr Nationen eine gemeinsame gewalttätige Geschichte abzuhandeln haben. Dies würde nicht weniger bedeuten als das Ende der „monologischen Erinnerung“ innerhalb nationaler Rahmenwerke.¹⁶

Im Gegensatz dazu meinen manche Historiker, es sei an der Zeit, einige Annahmen zu hinterfragen, auf denen der gegenwärtige Konsens über europäische Erinnerungspolitik aufbaut: zum Beispiel die unhinterfragte Anerkennung von vergangenem Opfersein (im Gegensatz zum gegenwärtigen Opferstatus, dessen Anerkennung vielfach offen gelassen oder überhaupt abgelehnt wird) und der damit unmittelbar verbundene Gedanke der kollektiven Identität als ihrer vorgeblich vornehmsten Errungenschaft.

Der belgische Historiker Pieter Lagrou etwa kritisiert auf dem Opferstatus gründende Ansprüche, die sich aus einer sekundären Verwertung der Holocaust-Erfahrung ableiten: Dadurch würden kollektivistische und unpolitische Partikularismen gestützt, die ihre Proponenten in einer Fixierung auf Retrospektion und Nostalgie erstarren lassen. Eine weitere negative Folge des Opferstatus-Diskurses sei die Verdinglichung von Identitäten gerade dort, wo das Gewährwerden sich ändernder Identifikationen wünschenswert wäre. Diese Reifikation der im Opferstatus begründeten Identität erzeuge zudem ein eigenes Register des es umgebenden Sakralen mit seinem eigenen Arsenal an Sprechverboten und Sakrilegien, Profanierungen und Blasphemien. Was die Diskurse um den Opferstatus und seine kommemorativen Praktiken am Leben erhält, ist der ständige Kampf um den vordersten Platz auf der Bühne in der politischen Arena – und nicht der Kampf gegen die vorgeblichen Gefahren des Vergessens. Damit stehen fortwährende Retrospektion und eine statische Vergangenheitsbewahrung im Vordergrund, während das europäische Projekt doch viel eher zukunftsorientierte Utopien und eine dynamische Konzeption von Geschichte bräuchte.¹⁷

¹⁶ Vgl. Aleida Assmann, *Europe's Divided Memory*, in: ebd., S. 270–280.

¹⁷ Vgl. Pieter Lagrou, *Europe as a Place for Common Memories? Some Thoughts on Victimhood, Identity and Emancipation from the Past*, in: ebd., S. 281–288.

Es ergibt sich aus dem Gesagten, dass nicht nur kollektive Erinnerungen und Erinnerungspolitiken miteinander im Widerstreit liegen können, sondern auch verschiedene Ansätze zu ihrer wissenschaftlichen Deutung. Anstatt einem von mehreren möglichen Standpunkten innerhalb des Erinnerungsbooms in Europa zum Durchbruch zu verhelfen, sollte man zunächst einmal das Potenzial der Verschiedenheit und Gegensätzlichkeit der zur Verfügung stehenden Sichtweisen ermesen.

Wir vertreten mit Nachdruck die Überzeugung, dass der Widerstreit zwischen den europäischen Erinnerungen, ebenso wie sein intellektuelles Gegenstück, die gegensätzlichen Ansichten der Historikerinnen und Historiker zu diesem Thema, als ein belebender Prozess der Begegnung, der öffentlichen Debatte und des vorbehaltlosen Engagements gesehen werden sollte. Vielfach tragen Dramatisierungen zu einem Bild von *clashes of memory* bei, das an den schon seit Jahrzehnten herbeigeredeten *clash of civilizations* denken lässt.

Tatsächlich bleibt es fast immer bei Wortwechseln und Symbolkämpfen, bei Appellen an Dritte, die auf Anerkennung und Restitution zielen und manchmal von leidenschaftlichen Demonstrationen begleitet werden. Entgleisungen, die zu Ausgrenzung und Hasstiraden gegen herabgewürdigte „Anderer“ sowie zu physischer Gewalt führen, sind die Ausnahme. In jedem Fall braucht es ein hohes Maß an Abgeklärtheit, damit die Europäer des 21. Jahrhunderts das Beste aus ihren Erinnerungskonflikten machen können. Auf andere Weise werden sie ihr hoch komplexes gemeinsames Herkommen nicht annehmen können, um sich zugleich von den Albträumen einer geteilten Vergangenheit zu befreien.

Globalgeschichte und Zeitgeschichte

Globalgeschichte ist „in“; dies gilt zunehmend auch für den deutschen Sprachraum.¹ Auf dem Buchmarkt drängen sich

Andreas Eckert

Dr. phil., geb. 1964; Direktor des Internationalen Geisteswissenschaftlichen Kollegs Arbeit & Lebenslauf in globalgeschichtlicher Perspektive; Professor für die Geschichte Afrikas an der Humboldt Universität zu Berlin, Institut für Asien- und Afrikawissenschaften, Unter den Linden 6, 10099 Berlin.
andreas.eckert@asa.hu-berlin.de

Neuerscheinungen, die in diesen Themenbereich fallen, darunter zahlreiche einflussreiche Werke.² Mit den monumentalen Büchern von Christopher Bayly und Jürgen Osterhammel zur Globalgeschichte des 19. Jahrhunderts liegen inzwischen beeindruckende praktische Umsetzungen globalhistorischer Ansätze vor, welche die Debatte um das Für und Wider auf eine neue Stufe stellen und die sich, um ein Bild von Osterhammel zu variieren, nach diversen Rezeptbüchern nun endlich ans Kochen gemacht haben.³ Neue Studiengänge zu Globalgeschichte oder globalen Studien wurden eingeführt oder stehen in Vorbereitung. Nachdem der Globalgeschichte lange Zeit der Ruch anhaftete, gleichsam Dilettantismus auf hohem Niveau zu betreiben, hat sich inzwischen herumgesprochen, dass „Globalgeschichte nicht notwendigerweise auf eine zeitlich eingegrenzte oder über alle historischen Perioden umfassende Gesamt-erzählung des Weltgeschehens hinauslaufen“ muss. Die von dieser Perspektive in den Blick genommenen Probleme sind potenziell „global in ihrer Verflochtenheit, aber sie sind nicht notwendigerweise allumfassend“.⁴

Die Ursachen für den Boom der Globalgeschichte sind vielfältig. Ein wichtiger Impuls war die Überwindung des Eurozentrismus in der Geschichtswissenschaft, verbunden mit dem Anliegen, die Geschichte Europas gleichsam zu „provinzialisieren“,⁵ also die Tendenz in Frage zu stellen, europäische Geschichte als Norm zu betrachten und davon unterschiedliche Entwicklungen als erklärungsbedürftig

und zumeist auch als defizitär anzusehen. Vertreter von „Area Studies“ spielten in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle; die markantesten Vertreter der Globalgeschichte begannen ihre Karrieren in der Regel als Spezialisten für eine (nicht-europäische) Region. Der Aufstieg der Globalgeschichte kann aber auch als Reaktion auf die zunehmende Fragmentierung der Geschichtswissenschaft und als Versuch, Spezialisten verschiedener Weltteile und Perioden zu „Metafragen“ ins Gespräch zu bringen, gelesen werden. Aus diesen verschiedenen Motivationen entstand im Bereich der Globalgeschichte ein Gemisch aus detailreichen Forschungen einerseits und größeren Synthesen bzw. Syntheseentwürfen andererseits.

Was ist Globalgeschichte?

Eine verbindliche Definition von Globalgeschichte existiert indessen nicht. Dominic Sachsenmaier spricht gar von der „notwendigen Unmöglichkeit, Globalgeschichte zu definieren“.⁶ Globalgeschichte steht als Kürzel für historiografische Ansätze, die sich für Verflechtungen interessieren und nationalgeschichtliche Perspektiven überwinden möchten. Globalgeschichte ist dabei weniger ein distinktes historiografisches Teilgebiet, son-

¹ Einen Überblick bietet Jürgen Osterhammel, *Global history in a national context: the case of Germany*, in: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften*, 20 (2009) 2, S. 40–58.

² Eine gute Einführung in diesen „Komplex“ bieten Matthias Middell/Katja Naumann, *Global History 2008–2010: Empirische Erträge, konzeptionelle Debatten, neue Synthesen*, in: *Comparativ*, 20 (2010) 6, S. 93–133. Als jüngste deutschsprachige Einführung vgl. Andrea Komlosy, *Globalgeschichte. Methoden und Theorien*, Köln-Wien 2011.

³ Christopher Bayly, *Die Geburt der modernen Welt 1780–1914*, Frankfurt/M. 2006 (engl. Orig. 2004); Jürgen Osterhammel, *Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts*, München 2010.

⁴ Matthias Middell, *Die Verwandlung der Weltgeschichte*, Eine Geschichte vom Beginn des 21. Jahrhunderts, in: *Comparativ*, 20 (2010) 6, S. 10.

⁵ Diesen Ansatz berühmt gemacht hat Dipesh Chakrabarty, *Provincialising Europe. Postcolonial Thought and Historical Difference*, Princeton 2000. Dazu auch Eric Vanhaute: *Who is afraid of global history? Ambitions, pitfalls and limits of learning global history*, in: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften*, 20 (2009) 2, S. 22–39.

⁶ Dominic Sachsenmaier, *Global Perspectives on Global History. Theories and Approaches in a Connected World*, Cambridge 2011, S. 70.

dern eher ein spezifischer Zugang, der Verknüpfungen und den Vergleich zwischen der Geschichte verschiedener Weltregionen betont. Das Feld der Globalgeschichte ist mithin noch sehr unübersichtlich und durch eine Fülle unterschiedlicher Denkschulen, Forschungsinteressen und methodischer Präferenzen charakterisiert. Wenig reflektiert wird bislang freilich die Tatsache, dass globalgeschichtliche Perspektiven keineswegs nur in Nordamerika und Westeuropa auf Interesse stoßen, sondern auch in vielen anderen Erdteilen, vor allem in Asien.⁷

Vor allem unter amerikanischen Historikerinnen und Historikern sind Debatten über die theoretische Lufthoheit in der Globalgeschichte in vollem Gange. Zu zentralen Aspekten zählen etwa die Balance zwischen globalen Perspektiven und der Berücksichtigung lokaler Besonderheiten oder die Frage nach Untersuchungsdesigns. Ironischerweise zeichnen sich diese Diskussionen jedoch durch eine verblüffende Enge aus. Denn die Anstrengungen von Historikern in Afrika, Asien und Lateinamerika, Möglichkeiten einer „Geschichtswissenschaft jenseits des Nationalstaates“ (Jürgen Osterhammel) auszuloten, bleiben weitgehend unberücksichtigt. Mit anderen Worten: Das international stetig wachsende Interesse an globaler und transkultureller Geschichte geht bisher – Ausnahmen bestätigten die Regel – nicht mit einem signifikanten Anstieg internationaler, über den Westen hinausgehender Kooperation in diesem Feld einher. Akademische Hierarchien, Ungleichheiten des Wissens und die Dominanz des Englischen spielen eine wichtige Rolle: So kann ein Historiker aus Großbritannien oder Nordamerika ein führender Vertreter seines Faches werden, ohne einschlägige Studien in anderen Sprachen überhaupt zur Kenntnis nehmen zu brauchen. Gelehrte in anderen Teilen der Welt müssen hingegen mit dem neuesten Stand der Forschung in Europa und Amerika vertraut sein, um Anerkennung zu finden. Auch die Forschungsüberblicke und Einführungswerke amerikanischer Historiker zur Globalgeschichte basieren in der Regel ausschließlich auf englischsprachiger Literatur. Ein japanischer Kollege könnte jedoch schwerlich einen „globalen“ Überblick des Forschungsfeldes

⁷ Vgl. ebd.

schreiben und sich dabei nur auf japanische Literatur berufen.

Trotz der noch weitgehenden Ignoranz nicht-westlicher Globalforschung und der sich erst zaghaft entwickelnden globalhistorischen Kooperation westlicher Historiker mit ihren Kolleginnen und Kollegen in Asien, Lateinamerika und Afrika bleibt die sich kontinuierlich ausbreitende transnationale Praxis der historischen Forschung ein wesentlicher Antrieb für Globalgeschichte. Dabei ist nur schwer zu bestimmen, „ob die transnationale Praxis, die durch beschleunigte Kommunikation via Internet, durch leichtere Reisemöglichkeiten an entfernte Archivorte und eine Ausdehnung der Förderung für Studienaufenthalte im Ausland stimuliert wurde, die Prestigehierarchie der Deutungsangebote umgestoßen und den länder-, wenn nicht kontinentübergreifenden Interpretationen zu höherem Ansehen verholfen hat, oder ob es umgekehrt so war, dass die Wertschätzung für global ausgerichtete historische Erklärungen die dafür erforderliche transnationale Forschungspraxis inspiriert hat“.⁸

Dekolonisation und „Entwicklung“

Der Schwerpunkt der globalgeschichtlichen Forschung liegt bisher deutlich auf der Zeit vor 1900. Das 20. Jahrhundert scheint hingegen weit weniger reif für eine umfassende Synthese wie das davor liegende Säkulum.⁹ Über die Gründe mag man spekulieren: Liegt es daran, dass gerade für die jüngere Zeit die archivgesättigten Spezialstudien fehlen, auf die etwa Osterhammel sein monumentales Werk zum 19. Jahrhundert aufgebaut hat? Ist das 20. Jahrhundert noch einmal viel komplexer als das 19.? Oder ist vielleicht gerade die Zeitgeschichte besonders nationalhistorisch ausgerichtet? Für die Bundesrepublik mag letzteres noch weitgehend zutreffen. Zeitgeschichte heißt hier immer noch weitgehend: deutsche Geschichte, nun mit einem vorsichtigen Blick nach Europa. Wie dem auch sei, einige Felder, die zunehmend auch in der deutschen Historiografie bearbeitet werden,

⁸ M. Middell (Anm. 4), S. 9.

⁹ Dies wird etwa deutlich an dem nicht zufriedenstellenden Versuch von Hans-Heinrich Nolte, Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Wien 2009.

deuten das globalgeschichtliche Potenzial der Zeitgeschichte an.¹⁰

Zu diesen Feldern gehört die Geschichte von Dekolonisation und „Entwicklung“. Die internationale Forschung hat das Thema Dekolonisation aus sehr verschiedenen Perspektiven aufgegriffen. Dabei ist weiterhin nicht eindeutig, was dieser Begriff meint. Dekolonisation, befand etwa der amerikanische Historiker Raymond F. Betts, sei ein unbeholfener, uneleganter Begriff und daher recht passend zu der Thematik, die er bezeichnen soll. Denn die Dekolonisation, welche die Weltgeschichte in den Dekaden nach dem Zweiten Weltkrieg prägte, war weniger ein gradliniger Prozess als ein komplexes Gemisch aus diversen Aktivitäten und Ereignissen, aus friedlichen Übergängen und von Gewalt geprägten Befreiungskämpfen, aus lokalen Konstellationen und internationaler Politik.¹¹ Am Ende stand der Zerfall der großen Kolonialreiche, politisch gleichsam abgeschlossen durch die Übergabe der britischen Kronkolonie Hongkong an die Volksrepublik China 1997.

Neuere Perspektiven in der Erforschung der Dekolonisation sind nicht zuletzt einer verstärkten Sensibilität für globale Verflechtungen geschuldet. Insgesamt ergibt sich noch ein unübersichtliches Bild, doch lassen sich eine Reihe von zentralen Themen ausmachen. Dazu gehört ein zunehmendes Interesse an internationalen Organisationen, in denen vor dem Hintergrund des Kalten Krieges neue Ordnungsvorstellungen auch unter Beteiligung der ehemals Kolonisierten (freilich mit deutlicher Hegemonie der USA, der Sowjetunion sowie der ehemaligen Kolonialmächte) ausgehandelt wurden. Die Rolle des Wissens, nicht zuletzt im Rahmen der rasch expandierenden Entwicklungszusammenarbeit, findet ebenfalls wachsende Aufmerksamkeit. Eine weitere Perspektive wird auf das Thema Gewalt angelegt, die den Prozess der Dekolonisation wesentlich geprägt hat – Algerien, Kenia, aber auch Malaya (Vorläufer von Malaysia) gehören zu den bedrückenden Beispielen. Hier stellt sich etwa die Frage, wie stark die Kolonialmächte sich in ihren Aktionen gegen Nationalisten jeweils beobachteten, gegebenen-

falls auch voneinander zu lernen suchten, oder welche Kontakte Nationalisten verschiedener Kolonien miteinander pflegten. Insgesamt rücken die verflechtungsgeschichtlichen Aspekte des Dekolonisationsprozesses zunehmend ins Bild – die Bedeutung multinationaler Unternehmen etwa, oder das Phänomen, dass sich verschiedene Gruppen sehr genau beobachteten. Indische Kirchen wurden zur wichtigen Referenz für afrikanische kirchliche Gruppen, englische Militärs suchten von den Erfahrungen ihrer französischen Kollegen zu profitieren, die europäische Linke glaubte, von den Befreiungsbewegungen der „Dritten Welt“ Anregungen für den eigenen „Kampf“ in den Industrieländern zu erhalten.¹²

Eng mit dem Prozess der Dekolonisation verbunden ist der Aufstieg des Konzepts „Entwicklung“, der sich im Kontext der globalen Neuordnung nach dem Zweiten Weltkrieg vollzog. Die facettenreiche Geschichte von „Entwicklung“ hat sich inzwischen zu einem Feld der zeitgeschichtlichen Forschung etabliert, in dem globalgeschichtliche Perspektiven eine wichtige Rolle spielten. „Entwicklung“ mauserte sich in den Dekaden nach 1945 zum Schlüsselkonzept für die grundlegende Transformation der politischen Geografie der Welt, als große Gebiete, vormals als Kolonien bekannt, zu „unterentwickelten“ Gebieten oder zur „Dritten Welt“ mutierten. Der Begriff „Entwicklung“ sagte den politischen Oberhäuptern der „unterentwickelten“ Gesellschaften ebenso zu wie den Menschen in „entwickelten“ Ländern. Denn er ließ Bürger beider Weltregionen in einem intellektuellen Universum zusammentreffen: in der moralischen Gemeinschaft, die nach 1945 im Kontext weltweiter Entwicklungsinitiativen entstand. Diese Gemeinschaft teilte die Überzeugung, dass die Linderung der Armut keineswegs durch ökonomische und soziale Selbstregulierungsversuche möglich sei. Vielmehr bedürfe es konzertierter Interventionen von Regierungen armer und reicher Länder in Zusammenarbeit mit der wachsenden Gruppe internationaler Hilfs- und Entwicklungsorganisationen. Im Laufe der Zeit hat sich „Entwicklung“ zu einer Großindus-

¹⁰ Vgl. Anja Kruke (Hrsg.), *Dekolonisation. Prozesse und Verflechtungen 1945–1990*, Bonn 2009.

¹¹ Vgl. Raymond F. Betts, *Decolonization*, London-New York 1998, S. 1.

¹² Vgl. A. Kruke (Anm. 10). Eine ausgezeichnete, globalgeschichtlich ausgerichtete Studie der Dekolonisationsforschung ist Christoph Kalter, *Die Entdeckung der Dritten Welt. Dekolonisierung und neue radikale Linke in Frankreich*, Frankfurt/M. 2011.

trie gemauert, die mehrere Milliarden Dollar, eine Vielzahl von privaten, staatlichen und internationalen Organisationen sowie eine globale Gemeinschaft von Experten umfasst.¹³

Bisher hat „Entwicklung“ alle Anfeindungen und Selbstkritik überstanden. Ein zentraler Grund liegt vielleicht darin, dass Kritik an Entwicklungsinstitutionen und -ideologien zwar berechtigt sein mag, diese Kritik jedoch nicht jenen sauberes Trinkwasser liefert, die über keines verfügen, Medikamente gegen Durchfallerkrankungen und Malaria verteilt oder das Schicksal von Aids-Waisen mildert. Es gibt endlose Debatten über die Frage, ob Entwicklungszusammenarbeit „gut“ oder „schlecht“ ist, ob Entwicklung in der Lage ist, Armut, Krankheit, Alphabetismus und die Unterdrückung der Frauen zu beseitigen, oder im Gegenteil eine kapitalistische westliche Moderne der ganzen Welt oktroyiert. Antworten auf diese Fragen werden anders ausfallen, wenn sie systematisch und differenziert in historischer Perspektive gestellt werden.¹⁴

In der Tat gibt es in der Geschichte der Entwicklung inzwischen jahrzehntelange Erfahrungen zu analysieren. Die großen spät-kolonialen Entwicklungsprogramme, der „Colonial Development and Welfare Act“ und der „Fonds d’Investissement pour le Développement Economique et Social“ datieren aus den 1940er Jahren. Die Mehrheit der latein-amerikanischen Staaten ist seit nahezu zwei Jahrhunderten formal unabhängig, in Afrika sind es rund fünf Dekaden, in Asien oft einige Jahre mehr. Die bisherigen Forschungen verweisen darauf, dass die Erfahrungen mit Entwicklung weder einheitlich noch durchgängig negativ waren. So haben zahlreiche Studien gezeigt, dass die Resultate von Entwicklungsprojekten desaströs sein konnten, diese Pro-

¹³ Vgl. Frederick Cooper/Randall Packard, Introduction, in: dies. (eds.), *International Development and the Social Sciences. Essays on the History and Politics of Knowledge*, Berkeley 1997, S. 1–41. Exzellenter Forschungsüberblick: Corinna R. Unger, *Histories of Development and Modernization: Findings, Reflections, Future Research*, in: *H-Soz-u. Kult.*, 9.12.2010, online: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/2010-12-001> (7.12.2011).

¹⁴ Vgl. für das Folgende Frederick Cooper, *Writing the History of Development*, in: *Journal of Modern European History*, 8 (2010) 1, S. 5–23. Grundlegend: Hubertus Büschel/Daniel Speich (Hrsg.), *Entwicklungswelten. Globalgeschichte der Entwicklungszusammenarbeit*, Frankfurt/M. 2009.

jekte aber durchaus auch Leiden zu mildern vermochten. Vor allem aber ist die Geschichte der Entwicklungszusammenarbeit nicht zuletzt die Geschichte von sich beständig wandelnden, oft enttäuschten Erwartungen. Die vielleicht wichtigste Konsequenz von „Entwicklung“ seit Mitte des 20. Jahrhunderts liegt darin, dass die damit verbundenen Aspekte überall auf der Welt sehr anschaulich diskutiert werden können. Die Tatsache, dass das Leiden von Kindern in afrikanischen Flüchtlingslagern in Genf oder New York Anlass zu kontroversen Debatten liefert, mag zu stereotypen Bildern über die „Anderen“ als „die Armen und Elenden“ beitragen. Sie unterstreicht jedoch „unsere“ Verwobenheit mit der Vergangenheit und Zukunft aller Menschen.

Beispiel: Bevölkerungswachstum und -kontrolle

Ein Beispiel für eine globalhistorische Perspektive auf den Komplex „Entwicklung“ wären jüngere Studien zum globalen Diskurs über Bevölkerungswachstum und zur Bewegung für Bevölkerungskontrolle, die intensiv mit Projekten der Entwicklungszusammenarbeit verknüpft waren. Matthew Connelly hat vor wenigen Jahren in einer beeindruckenden Studie gezeigt, dass Familienplanung eine Form der Bevölkerungskontrolle werden konnte, wenn Befürworter dieser Politik danach trachteten, das Leben der Familien *anderer* Menschen zu planen und entsprechende „Zielgruppen“ definierten – so etwa mehrere zehn Millionen Menschen in Asien und auch in Afrika, die Geld erhielten oder unter Druck gesetzt wurden, um sich sterilisieren zu lassen.¹⁵

Connelly führt weiter aus, dass die ambitioniertesten Pläne zur Bevölkerungskontrolle nicht weniger anstrebten, als die Menschheit gleichsam neu zu schaffen. Dies bedeutete in der Regel, die Fruchtbarkeit armer Menschen und armer Länder zu reduzieren. Alle entsprechenden Projekte teilten die Annahme,

¹⁵ Vgl. Matthew Connelly, *Fatal Misconception. The Struggle to Control World Population*, Cambridge/Mass. 2008. Die folgenden Ausführungen fassen einige Aussagen und Thesen dieses Buches zusammen. Ferner etwa Marc Frey, *Experten, Stiftungen und Politik: Zur Genese des globalen Diskurses über Bevölkerung seit 1945*, in: *Zeithistorische Forschungen*, 4 (2007) 1–2, S. 137–159.

dass Gesellschaften sich „nach Plan“ reproduzieren sollten, selbst wenn dies bedeutete zu kontrollieren, wie Menschen über ihren Körper verfügten. Und all diese Projekte konzeptualisierten menschliche Wesen nicht als Individuen, sondern als Bevölkerungen, welche durch die kombinierte Kraft von Glauben und Wissenschaft gebändigt und geformt werden konnten. Viele Planer und Protagonisten der demografischen Projekte seien, so Connelly, durchaus von guten Absichten besetzt gewesen und hofften mit ihren Vorhaben die Armut zu reduzieren und Konflikten vorzubeugen. Zugleich glaubten sie jedoch einen „Krieg gegen Überbevölkerung“ führen zu müssen, um die Menschheit zu retten.

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts bildete sich ein – zunächst noch nicht engmaschiges – internationales Netzwerk mit dem Ziel heraus, die globale Bevölkerungsentwicklung zu regulieren. Insbesondere das vermeintlich stark „überbevölkerte“ Indien geriet bald in den Fokus der Bevölkerungsexperten. Nach dem Zweiten Weltkrieg spielten private amerikanischen Stiftungen, allen voran Rockefeller und Ford, eine wichtige Rolle bei der Etablierung von einschlägigen Einrichtungen wie dem Population Council sowie bei der Finanzierung bevölkerungspolitischer Aktivitäten. Verschiedene Organisationen der Vereinten Nationen engagierten sich ebenfalls verstärkt in diesem Bereich. Verhütungsmittel wurden in großem Umfang in arme Länder exportiert, darunter Millionen Intrauterinpressare, obwohl diese bekanntermaßen Infektionen und Sterilität verursachen konnten. Connelly präsentiert in diesem Zusammenhang höchst zynische Aussagen von Experten. Und einige Jahre darauf erklärte der damalige Weltbankpräsident Robert McNamara, er wolle Gesundheitsfürsorge in der „Dritten Welt“ nur dann finanzieren, wenn sie eng mit Bevölkerungskontrolle verknüpft werde. Denn „gewöhnlich führt bessere medizinische Versorgung zum Absinken der Sterberate und trägt somit zur Bevölkerungsexplosion bei“.

Das Beispiel der Bewegung zur Bevölkerungskontrolle verdeutlicht die große Bedeutung epistemischer Gemeinschaften, internationaler und Nichtregierungsorganisationen, die ja zentraler Teil der „Entwicklungswelten“ sind, für die Geschichte des späten 20. Jahrhunderts. Aber auch nationale Regierungen betrieben dezidiert Bevölkerungspolitik in

Afrika und Asien, vor allem die USA. Washington koppelte etwa 1966 amerikanische Getreidelieferungen an das von einer Hungersnot bedrohte Indien an die Anstellung amerikanischer Bevölkerungsexperten. Einige der drastischsten demografischen Maßnahmen führten jedoch, darauf verweist Connelly, asiatische Eliten an ihrer eigenen Bevölkerung durch: Während des Ausnahmezustandes in Indien zwischen 1975 und 1977 wurden in einem einzigen Jahr über acht Millionen Inder sterilisiert. Die Regierung bestach sie mit Geld, drohte ihnen die Zerstörung ihrer Häuser an oder zwang sie mit Gewalt.

Der Zwangscharakter vieler Familienplanungsprogramme erfuhr seit den 1970er Jahren verstärkt Kritik, nicht zuletzt im Kontext eines globalen Menschenrechtsdiskurses. Der Aufstieg von Entwicklungs- und Menschenrechtsdiskursen verläuft nahezu parallel, institutionell gibt es zahllose Überlappungen. Der Frage nach der gegenseitigen Prägung dieser Felder wurde bisher nur sehr unsystematisch nachgegangen. Der Biafra-Krieg etwa bietet ein gutes Beispiel für den Aufstieg des humanitaristischen Diskurses zu einer globalhistorischen Kraft. Der nigerianische Bürgerkrieg stand am Beginn eines neuen Diskurses über „Entwicklungsländer“ und insbesondere Afrika. Aus dem Kontinent der Hoffnung wurde ein krisengeschüttelter und zur Entwicklung unfähiger „Hungerkontinent“, bestenfalls Gegenstand des Mitleids und der Hilfe. Vor allem aber markierte der Biafra-Krieg ganz entscheidend den Aufstieg der Menschenrechte als globale Leitkategorie in der postkolonialen Weltordnung.¹⁶

Die empirisch fundierte Forschung dieser Prozesse ist ein Baustein von vielen, auf denen in einigen Jahren vielleicht eine Globalgeschichte des 20. Jahrhunderts à la Osterhammel geschrieben werden könnte.

¹⁶ Neuere Forschungen zur Geschichte der Menschenrechte in Stefan-Ludwig Hoffmann (Hrsg.), *Moralpolitik. Geschichte der Menschenrechte im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2009; Samuel Moyn, *The Last Utopia. Human Rights in History*, Cambridge/Mass. 2010. Zur globalen Dimension des Biafra-Krieges vgl. etwa Lasse Heerten, *A wie Auschwitz, B wie Biafra. Der Bürgerkrieg in Nigeria (1967–1970) und die Universalisierung des Holocaust*, in: *Zeithistorische Forschungen*, Online-Ausgabe, 8 (2011) 3.

Vergnügen in der Zeitgeschichte

Als Hans Rothfels im Jahre 1953 den Begriff der Zeitgeschichte als Epoche der Mitlebenden und deren wissenschaftliche Behandlung definierte, hatte er gewiss nicht das Vergnügen im Sinn.¹ Der Gründungsfigur der westdeutschen Zeitgeschichtsschreibung ging es vielmehr um das persönliche Betroffensein von den großen politischen Umwälzungen eines universalen Zeitalters, das für ihn im Jahr 1917 begonnen hatte. Wenn wir Zeitgeschichte hingegen mit Thomas Lindenberger gleichsam als Epoche der Mithörenden und Mitsehenden verstehen, dann müssen wir auch die Vergnügungskultur in den Blick nehmen.² Denn im audiovisuellen Zeitalter, das etwa zeitgleich mit Rothfels' Epochenäsur eingesetzt hat, dienen die neuen Massenmedien nicht nur der Vermittlung und Verstärkung politischer Ereignisse und Entwicklungen, sondern vor allem auch der Unterhaltung und dem Vergnügen.

In der Tat erinnern viele Zeitgenossen die jüngere Geschichte vor dem Hintergrund ihrer eigenen popkulturellen Sozialisation. Der gegenwärtige Retrotrend ist insofern mehr als nur eine geschickte Vermarktungsstrategie zur Wiederverwertung früherer Moden und Ausdrucksformen.³ Er reagiert auch darauf, dass viele Menschen ihre „Zeit Heimat“ nicht allein an politischen Erfahrungen oder sozialen Errungenschaften festmachen, sondern auch an prägenden Unterhaltungsangeboten, an denen sie zum Teil ihr Leben lang festhalten.⁴ Dies gilt in besonderem Maße für die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts, in der die moderne Massen- und Vergnügungskultur ihren Durchbruch errang und den Alltag der meisten Menschen nachhaltig prägte. Es ist daher wichtig, dass sich auch die zeithistori-

sche Forschung, nachdem sie sich aus gutem Grund lange vorrangig mit den Schattenseiten der deutschen Geschichte beschäftigt hat, dem Thema Vergnügen zuwendet, das zuvor eher in anderen Disziplinen wie der Kulturanthropologie, der Medien- und Literaturwissenschaft und den Cultural Studies untersucht wurde.⁵

Die Etablierung des Forschungsfeldes Vergnügen in der Zeitgeschichte ist indes mit einigen Schwierigkeiten verbunden. So handelt es sich beim Begriff „Vergnügen“ zunächst um eine affektive subjektive Rezeptionshaltung,⁶ also um ein eher flüchtiges Moment, dem mit den gängigen geschichtswissenschaftlichen Methoden nur schwer beizukommen ist. Vergnügen ist ein aktiver Prozess, der am besten in der reflexiven Verbform „sich vergnügen“ zum Ausdruck kommt. Dies gilt gleichermaßen für ein ganzes semantisches Feld von verwandten Begriffen, die alle mehr oder weniger das Gleiche meinen können: unterhalten, feiern, amüsieren, entspannen. Das Problem an diesen Tätigkeits- und Gefühlsumschreibungen ist jedoch, dass sie auf den ersten Blick eine anthropologische Unveränderlichkeit suggerieren. Eine geschichtswissenschaftliche Untersuchung des Vergnügens in der Zeitgeschichte zielt jedoch vor allem auf den Wandel des Vergnügens, das einer Historisierung

¹ Vgl. Hans Rothfels, *Zeitgeschichte als Aufgabe*, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 1 (1953) 1, S. 1–8.

² Vgl. Thomas Lindenberger, *Vergangenes Hören und Sehen. Zeitgeschichte und ihre Herausforderung durch die audiovisuellen Medien*, in: *Zeithistorische Forschungen*, 1 (2004) 1, S. 72–85.

³ Vgl. Simon Reynolds, *Retromania. Pop Culture's Addiction to its Own Past*, London 2011.

⁴ Der Begriff der „Zeit Heimat“ bildete einen zentralen Diskussionsgegenstand auf der wissenschaftlichen Konferenz „Pop-History. Perspektiven einer Zeitgeschichte des Populären“, die vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam in Verbindung mit dem Arbeitskreis Popgeschichte veranstaltet wurde und vom 3. bis 5. 11. 2011 in Berlin stattfand.

⁵ Für die kulturanthropologische Forschung siehe v. a. Kaspar Maase, *Grenzenloses Vergnügen. Der Aufstieg der Massenkultur 1850–1970*, Frankfurt/M. 1997. Einführend zu den Cultural Studies siehe Jan Engelmann (Hrsg.), *Die kleinen Unterschiede. Der Cultural Studies-Reader*, Frankfurt/M.–New York 1999.

⁶ Vgl. Richard Dyer, *Only Entertainment*, London–New York 2002², S. 1–9.

Hanno Hochmuth
M. A., geb. 1977; Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Assistent der Direktion am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam, Am Neuen Markt 1, 14467 Potsdam.
hochmuth@zzf-pdm.de

bedarf. Ergänzend zum Begriff des „Vergnügens“ soll im Folgenden daher auch von Vergnügungskultur die Rede sein, um so den jeweiligen historischen Ort des Vergnügens genauer zu bestimmen.

Doch auch im Hinblick auf den Begriff „Vergnügungskultur“ gibt es mehrere Bezeichnungen, die häufig synonym gebraucht werden.¹⁷ Der Begriff der „Freizeitkultur“ betont eine wichtige Voraussetzung, um sich jenseits der Arbeitswelt zu vergnügen, klammert jedoch aus, dass Vergnügen für viele Anbieter auch Arbeit bedeutete. „Massenkultur“ akzentuiert die enorme Verbreitung der Vergnügungsangebote im 20. Jahrhundert, schleppt jedoch in gewisser Hinsicht immer noch den „Schund“-Diskurs mit sich, den die bürgerlichen Eliten zur Delegitimierung der „Massendemokratie“ führten.¹⁸ „Populärkultur“ wird meist ähnlich verwendet und bezeichnet nach Kaspar Maase die „verbreitete und im Gegensatz zur Hochkultur eingeordnete kommerzielle Kunst und Unterhaltung“.¹⁹ In dieser Abgrenzung zur so genannten „ernsthaften“ Kunst liegt das Problem, dass der Begriff der „Populärkultur“ wie derjenige der „Unterhaltung“ eine binäre Kategorie darstellt, die den konstruierten Gegensatz von „U- und E-Kultur“ ungewollt perpetuiert. Demgegenüber ist „Vergnügungskultur“ ein offenerer Begriff, der zudem nicht nur die leichter fassbare Angebotsseite betont, sondern auch die Praktiken und die Rezeption des Vergnügens in den Blick nimmt.

Vergnügungskultur wird hier als die Summe dessen verstanden, was zu einer bestimmten Zeit als Vergnügen angeboten, praktiziert und wahrgenommen wurde. Dabei zielte die Vergnügungskultur meist auf kommerziellen Erfolg und richtete sich an ein breites Publikum, das sich die unterhaltsamen Angebote auf eigensinnige Weise aneignete. Vergnügungskultur war in der Regel öffentlich zugänglich, umfassend verfügbar und häufig Gegenstand politischer Vereinnahmung,

¹⁷ Zum Begriffsfeld vgl. Hans-Otto Hügel (Hrsg.), Handbuch Populäre Kultur. Begriffe, Theorien und Diskussionen, Stuttgart–Weimar 2003, bes. S. 23–90.

¹⁸ Vgl. Kaspar Maase, Was macht Populärkultur politisch?, Wiesbaden 2010, S. 79–111.

¹⁹ Ebd., S. 79.

Kontrolle oder Ablehnung.¹⁰ Im Folgenden sollen einige Perspektiven auf die öffentliche, private und politische Dimension des Vergnügens vorgestellt werden, die in jüngeren Arbeiten zur Vergnügungskultur entstanden sind und Anknüpfungspunkte für die zeit-historische Forschung bieten können.

Öffentliches Vergnügen

Die moderne Vergnügungskultur entstand um 1900. Neben ältere Formen des Vergnügens wie Wirtshäuser, Sommergärten und das Theater traten neue Angebote wie Tanzpaläste, Vergnügungsparks und vor allem das Kino. Während der langen Jahrhundertwende (etwa 1870–1930) erlebte das Vergnügen eine beispiellose Expansion. Dabei handelte es sich in erster Linie um urbanes Vergnügen, denn die moderne Vergnügungskultur entstand zunächst in den Großstädten und verwandelte diese mitunter erst in Metropolen. Voraussetzung hierfür waren die Urbanisierung und die Ausdehnung und Abtrennung der Freizeit, die eine neuartige Unterhaltungsindustrie entstehen ließen. Dieses urbane Vergnügen war um die Jahrhundertwende zumeist ein öffentliches, denn wer die vielfältigen Unterhaltungsangebote genießen wollte, musste sich in der Regel in den öffentlichen Raum begeben.¹¹

Diese Grundzüge der Vergnügungskultur um 1900 werden untersucht in einem Band über die „Tausend Freuden der Metropole“.¹² Den Herausgebern und Autoren geht es zum einen um die konsequente Verräumlichung des Vergnügens im Sinne des *spatial turns*. So werden einzelne Orte, Räume und Schauplätze des metropoliten Vergnügens in den Blick genommen, mit anderen Stadtvierteln, Städten oder Metropolen verglichen und auf Transferbeziehungen untersucht. Zum anderen wird argumentiert, dass die moderne Vergnügungskultur nicht nur ein Resultat der raschen Verstädterung um 1900 war, son-

¹⁰ Diese Definition basiert auf Tobias Becker/Johanna Niedbalski, Die Metropole der tausend Freuden. Stadt und Vergnügungskultur um 1900, in: Tobias Becker/Anna Littmann/Johanna Niedbalski (Hrsg.), Die tausend Freuden der Metropole. Vergnügungskultur um 1900, Bielefeld 2011, S. 7–20, hier: S. 13–15.

¹¹ Vgl. ebd., S. 7 ff.

¹² T. Becker et al. (Anm. 10).

dern umgekehrt auch zur „inneren“ Urbanisierung beigetragen habe, indem sie Erfahrungen der Großstadtbewohner aufgriff und das neuartige Leben in der Stadt zum Thema machte.¹³

Ein sozialhistorisch bedeutsamer Aspekt der modernen Vergnügungskultur, der sich um die Jahrhundertwende herauszubilden begann, war das egalisierende Potenzial des großstädtischen Vergnügens. Die Vergnügungsorte stellten einen öffentlichen Raum dar, in dem verschiedene soziale Schichten relativ konfliktfrei zusammenkommen konnten. Dies galt nicht nur für die einschlägigen innerstädtischen Vergnügungsviertel, die sowohl Touristen als auch Besucher aus der ganzen Stadt anzogen, sondern auch für gewöhnliche Wohnbezirke, in denen die soziale Segregation durch schichtenübergreifende Vergnügungsangebote punktuell überwunden wurde. Dieses „Kiezvergnügen“ in der Metropole, zu dem vor allem Kneipen, Theater und Kinos gehörten, konnte somit ein Raum der sozialen Begegnung sein und sozialintegrativ wirken. Auf der anderen Seite gab es jedoch auch Vergnügungsorte, welche die sozialen Trennlinien abbildeten und reproduzierten.¹⁴ Pierre Bourdieu hat prägnant hervorgehoben, dass im Konsum von Unterhaltungsangeboten ganz besonders auf die „feinen Unterschiede“ geachtet wurde.¹⁵ Dass das Vergnügen umgekehrt auch zur Nivellierung sozialer Ungleichheit und zur Integration von Minoritäten und Migranten beigetragen hat, ist dagegen eine neu formulierte Erkenntnis der Metropolenforschung.¹⁶ Die moderne Vergnügungskultur diente also sowohl der Distinktion als auch der sozialen Inklusion.

¹³ Das einflussreiche Konzept der „inneren“ Urbanisierung geht zurück auf Gottfried Korff, *Mentalität und Kommunikation in der Großstadt*. Berliner Notizen zur „inneren“ Urbanisierung, in: Theodor Kohlmann/Hermann Bausinger (Hrsg.), *Großstadt. Aspekte empirischer Kulturforschung*, Berlin 1985, S. 343–361.

¹⁴ Vgl. Hanno Hochmuth/Johanna Niedbalski, *Kiezvergnügen in der Metropole. Zur sozialen Topographie des Vergnügens im Berliner Osten*, in: T. Becker et al. (Anm. 10), S. 105–136.

¹⁵ Vgl. Pierre Bourdieu, *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*, Frankfurt/M. 1982.

¹⁶ Vgl. Peter Jelavich, *Wie „jüdisch“ war das Theater im Berlin der Jahrhundertwende?*, in: T. Becker et al. (Anm. 10), S. 87–104.

Beim öffentlichen Vergnügen um die Jahrhundertwende handelte es sich in vielen Fällen um Freilichtvergnügen. Hierzu zählten die zahlreichen Sportveranstaltungen unter freiem Himmel, die vielen Bier- und Sommergärten sowie die regelmäßigen Hof- und Straßenfeste. Ein großer Teil dieser Vergnügungen hat im Laufe des 20. Jahrhunderts entweder seinen Charakter gewandelt oder ist ganz verschwunden. Das gilt etwa für die traditionellen Volksfeste¹⁷ oder für die klassischen Vergnügungsparks in den Großstädten, die zur Jahrhundertmitte in eine große Krise gerieten und als Themen- und Erlebnisparks auf dem Lande wiedererfunden wurden.¹⁸ Dies verweist auf den anhaltenden Trend zur Erlebnisorientierung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, von dem nicht nur etablierte Vergnügungsorte wie das Kino (Lasershows) oder das Fußballstadion (Fankultur) erfasst wurden, sondern auch vormals streng bürgerliche Bildungsinstitutionen wie das Museum (Lange Nacht der Museen) oder das Symphonieorchester (Klassik Open Air), die sich der modernen Eventkultur geöffnet haben und damit selbst öffentliche Orte des populären Vergnügens geworden sind.¹⁹

Privates Vergnügen

Der wichtigste Trend in der Zeitgeschichte der Vergnügungskultur war die zunehmende Verhäuslichung des Vergnügens in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Hierzu trugen vor allem das Radio und das Fernsehen, aber auch die neuen privaten Abspielmöglichkeiten für unterschiedliche Ton- und Bildträger bei. Damit expandierte das Vergnügen ins Private und fand seinen Raum in den eigenen vier Wänden. Das private Vergnügen war da-

¹⁷ Vgl. etwa Cornelia Kühn, *Sozialistische Folklore? Der Stralauer Fischzug in Berlin zwischen 1954 und 1962*, in: *Deutschland Archiv*, (2011) 10, online: www.bpb.de/themen/529HQN,0,Der_Stralauer_Fischzug_in_Berlin_zwischen_1954_und_1962.html (5.12.2011).

¹⁸ Vgl. Sacha Szabo (Hrsg.), *Kultur des Vergnügens. Kirmes und Freizeitparks – Schausteller und Fahrgeschäfte. Facetten nicht-alltäglicher Orte*, Bielefeld 2009.

¹⁹ Vgl. Winfried Gebhardt, *Gemeinschaften ohne Gemeinschaft. Über situative Event-Vergemeinschaftung*, in: Ronald Hitzler/Anne Honer/Michaela Pfadenhauer (Hrsg.), *Posttraditionale Gemeinschaften. Theoretische und ethnografische Erkundungen*, Wiesbaden 2008, S. 202–213.

bei nicht nur den neuen audiovisuellen Massenmedien, der Ausdehnung der Freizeit und der gestiegenen Kaufkraft geschuldet, sondern auch dem Leben in der Stadt. Denn erst die Stadt bot zunächst die Voraussetzung zu einer Entfaltung von Öffentlichkeit und Privatheit.¹²⁰ Umgekehrt wirkte der private Konsum der Massenmedien zurück auf das Land. An der „inneren“ Urbanisierung der Dörfer, Gemeinden und Kleinstädte im Verlaufe des 20. Jahrhunderts hatte das private Vergnügen, was sich heute kaum mehr von dem in der Stadt unterscheidet, einen großen Anteil, indem es auch auf dem Land die Trennung von öffentlichem Raum und Privatsphäre beförderte.¹²¹

Die Kehrseite der zunehmenden Verhäuslichung des Vergnügens war der partielle Niedergang öffentlicher Vergnügungsorte. Das markanteste Beispiel hierfür ist das Kinosterben, das in der Bundesrepublik in dem Moment einsetzte, als das Fernsehen ab etwa 1957 seinen Siegeszug durch die deutschen Wohnzimmer antrat.¹²² Für das Fernsehen galt dabei wie zuvor schon für das Radio, dass die neuen audiovisuellen Massenmedien zwar zunächst als publizistische Medien konzipiert worden waren, die in erster Linie der Information und kulturellen Bildung der Bevölkerung dienen sollten. Genutzt wurden die neuen Medien jedoch vor allem zur Unterhaltung, die für die Mehrzahl der Radio- und Fernsehkonsumenten von Beginn an die Hauptsache darstellte.¹²³ Die Mediengeschichte der Bundesrepublik und letztlich auch der DDR wird in vielen Untersuchungen als sukzessive Reaktion der Programmverantwort-

lichen auf den verbreiteten Publikumsgeschmack beschrieben.¹²⁴ Beschleunigt durch die Einführung des dualen Rundfunksystems (Privatradios, RTL, Sat 1) passten sich die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanbieter dem Wunsch nach Unterhaltung in starkem Maße an. Auch in dieser Hinsicht vollzog sich also eine starke Privatisierung des Vergnügens.

Deutlich wird hier die Macht der Konsumenten. Dies gilt nicht nur für das Radio und das Fernsehen, sondern auf sehr unmittelbare Weise auch für die neuen Tonträger. Die Platzierung in den Charts und die hieraus abgeleiteten Erfolgsaussichten beim Publikum entschieden darüber, was überhaupt produziert wurde.¹²⁵ Zu Hause wiederum führten die neuen Abspiel- und Aufnahmegeräte (Tonbandgeräte, Kassettenrekorder, Walkman) zu einer immer stärkeren Selbstbestimmung der Musikkonsumenten, die nun selbst entscheiden konnten, was sie wann, wo und in welcher Zusammenstellung hören wollten. Dies ist die vielleicht prägendste Erfahrung privaten Vergnügens, die mehrere Generationen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs auf je eigene Art und Weise gemacht haben. Hiermit verbanden sich wiederum neue, stärker öffentlich angelegte Vergnügungsangebote wie Diskos und Rockkonzerte, für die in der Bundesrepublik ein differenzierter Markt entstand, über den nicht zuletzt auch die jugendlichen Konsumenten mit ihrer gestiegenen Kaufkraft entscheiden konnten. Der neue Massenkonsum von Vergnügungsangeboten hatte insofern durchaus einen demokratischen Aspekt.¹²⁶

Politisches Vergnügen

Vergnügen im 20. Jahrhundert besaß in mehrfacher Hinsicht eine politische Dimension. Bei der modernen Vergnügungskultur handelt es sich um mehr als nur ein vorpolitisches

¹²⁰ Vgl. Hans Paul Bahrdt, *Die moderne Großstadt. Soziologische Überlegungen zum Städtebau*, Opladen 1998 (Orig. 1961).

¹²¹ Zur Konfiguration der industriellen Vorstadt durch die „Massenkultur“ vgl. Wolfgang Maderthaler/Lutz Musner, *Die Logik der Transgression. Masse, Kultur und Politik im Wiener Fin-de-Siècle*, in: Roman Horak et al. (Hrsg.), *Metropole Wien. Texturen der Moderne*, Bd. I, Wien 2000, S. 97–168, hier: S. 99f.

¹²² Vgl. Axel Schildt, *Der Beginn des Fernsehzeitalters. Ein neues Massenmedium setzt sich durch*, in: ders./Arnold Sywottek (Hrsg.), *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*, Bonn 1993, S. 477–492.

¹²³ Vgl. Michael Meyen, *Hauptsache Unterhaltung. Mediennutzung und Medienbewertung in Deutschland in den 50er Jahren*, Münster 2001.

¹²⁴ Vgl. etwa Knut Hickethier, *Geschichte des deutschen Fernsehens*, unter Mitarbeit von Peter Hoff, Stuttgart-Weimar 1998; Michael Meyen, *Denver Clan und Neues Deutschland. Mediennutzung in der DDR*, Berlin 2003.

¹²⁵ Vgl. Klaus Nathaus, *Turning Values into Revenue. The Markets and the Field of Popular Music in the US, the UK and West Germany (1940s to 1980s)*, in: *Historical Social Research*, 36 (2011) 3, S. 136–162.

¹²⁶ Vgl. K. Maase (Anm. 8), S. 111.

Konsumphänomen.^{F27} So wurde in den Cultural Studies hervorgehoben, dass das populäre Vergnügen für die Konsumenten durchaus einen politischen Charakter besitzt, wenn es in einem widerspenstigen Verhältnis zur hegemonialen Ordnung steht.^{F28} Hieran anknüpfend schreibt auch Uta G. Poiger in ihrer vergleichenden Studie zur Populärkultur in der deutschen Nachkriegszeit ganz im Sinne der feministischen 68er-Formel, dass das private Vergnügen an Jazz und Rock durchaus politisch war.^{F29} Vor allem der Tanz zu den heißen Rhythmen des Rock'n'roll durchbrach die vorherrschenden Normen von *race*, *class* und *gender* und diente damit der politischen Emanzipation proletarischer Jugendlicher von einer gesellschaftlichen Werteordnung, die in Ost und West trotz des Systemgegen-satzes noch tief in der Vorkriegszeit verwurzelt war.

Die politischen und pädagogischen Eliten reagierten auf die neuartige Vergnügungskultur der Nachkriegsjugend zunächst mit den gleichen Ressentiments und bekämpften das populäre Vergnügen als „Schund und Schmutz“, weil es nicht den traditionellen bildungs- wie kleinbürgerlichen Vorstellungen von Kultur und gehobener Unterhaltung entsprach. In der DDR wurden die westlich orientierten juvenilen Vergnügungen vor dem Hintergrund des Kalten Krieges zudem als „ideologische Diversion des Klassenfeindes“ gebrandmarkt und somit doppelt politisch aufgeladen. Dies verweist auf einen Grundzug der Vergnügungskultur im 20. Jahrhundert, der vielfach die Grundlage für deren quellenmäßige Überlieferung bildete: Das Vergnügen wurde stark politisiert, und zwar sowohl durch die rechte als auch durch die linke Kulturkritik. Während das konservative Establishment die populäre Vergnügungskultur zumindest bis zur Jahrhundertmitte als Beleg für die fehlende Reife der breiten Masse und damit als Argument gegen deren politische Partizipation anführ-

^{F27} Vgl. Detlef Siegfried, *Time Is on My Side. Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 60er Jahre*, Göttingen 2006.

^{F28} Vgl. Rainer Winter, *Spielräume des Vergnügens und der Interpretation. Cultural Studies und die kritische Analyse des Populären*, in: J. Engelmann (Anm. 5), S. 35–48, hier: S. 41.

^{F29} Vgl. Uta G. Poiger, *Jazz, Rock, and Rebels. Cold War Politics and American Culture in a Divided Germany*, Berkeley 2000.

te,^{F30} versuchte die linke Kulturkritik im Kontext der Frankfurter Schule zu zeigen, dass die Vergnügungen der modernen kapitalistischen Kulturindustrie das Bewusstsein und das unabhängige Denken der Konsumenten manipulieren.^{F31}

Tatsächlich dienten Vergnügungsangebote im 20. Jahrhundert auch zur politischen Manipulation der Massen. Erwähnt sei hier nur die gezielte Indienstnahme unterhaltssamer Genres für Propagandazwecke im Nationalsozialismus.^{F32} Die politische Dimension des Vergnügens in der Zeitgeschichte geht jedoch weit über diesen Aspekt hinaus und vereint verschiedene Facetten; es konnte sowohl affirmativ als auch subversiv sein. Dies zeigt ein neuer Band zum Vergnügen in der DDR.^{F33} Vergnügen wird hier weder ausschließlich als Instrument der Manipulation noch allein als Gegenwelt zur Diktatur verstanden, welche die Zwänge und Enge der DDR überlebbar werden ließ; es wird vielmehr als integraler Bestandteil des alltäglichen Lebens begriffen.^{F34} So gab es staatliche Vergnügungen, die das Volk für den Staat und die Partei einnehmen sollten (FDGB-Urlaubsreisen), ebenso wie vermeintlich unpolitische Vergnügungen, die einen Freiraum von den vielfältigen Zumutungen der SED bildeten (FKK). Zum eskapistischen Vergnügen in der DDR gehörten nicht zuletzt der Alkohol und das Westfernsehen.^{F35} Dabei sollte deren weit verbreiteter Konsum weder als Realitätsflucht noch als widerständiges Verhalten und Ursache für das Scheitern der DDR interpretiert werden. Der zunächst eher unpolitische Konsum von Alkohol und Westmedien konnte trotz seiner starken Politisierung durchaus auch systemstabilisierend wirken.

^{F30} Vgl. K. Maase (Anm. 8), S. 79–111.

^{F31} Vgl. Max Horkheimer/Theodor W. Adorno, *Dialektik der Aufklärung – Philosophische Fragmente*, Frankfurt/M. 1988¹³.

^{F32} Vgl. etwa Patrick Merziger, *Nationalsozialistische Satire und „Deutscher Humor“*. Politische Bedeutung und Öffentlichkeit populärer Unterhaltung 1931–1945, Stuttgart 2010.

^{F33} Vgl. Ulrike Häußler/Marcus Merkel (Hrsg.), *Vergnügen in der DDR*, Berlin 2009.

^{F34} Vgl. ebd., S. 11.

^{F35} Vgl. Thomas Kochan, *Blauer Würger*. So trank die DDR, Berlin 2011; Hanno Hochmuth, *Politisierendes Vergnügen. Zum Konflikt um das Westfernsehen an Schulen in der DDR*, in: U. Häußler/M. Merkel (Anm. 33), S. 287–303.

Auch in der Bundesrepublik wurden populäre Vergnügungen zunächst vielfach politisiert. Nur wichen hier die alten antiamerikanischen Reflexe gegenüber der „westlichen“ Vergnügungskultur zunehmend einem offeneren Verhältnis. Neben der politischen Westintegration trug hierzu die marktwirtschaftliche Entdeckung der jugendlichen Konsumenten als zahlungskräftige und ernstzunehmende Käuferschicht populärer Vergnügungsangebote bei. Zudem wurde das deviante Verhalten juveniler Delinquenten, das sich vielfach mit populären Vergnügungen verband, nun in einem starken Maße als alterstypische und lediglich vorübergehende Erscheinung psychologisiert, entkriminalisiert und damit entpolitisiert.³⁶ Auf diese Weise wurden die proletarischen Bevölkerungsschichten und ihr Verständnis von Vergnügen gesellschaftlich integriert. Klassengegensätze lösten sich in dem Maße auf, wie bürgerliche Eliten begannen, sich selbst auf spielerische Weise populären Vergnügungsangeboten zu öffnen. Insofern trug die Vergnügungskultur in der Bundesrepublik zur breiten Akzeptanz der westlichen Nachkriegsordnung bei.³⁷

Ausblick

Gegenwärtig wird in der zeithistorischen Forschung viel über den sozioökonomischen Strukturwandel seit den 1970er Jahren diskutiert.³⁸ Dabei sollte berücksichtigt werden, dass nach dem Ende der wirtschaftlichen und sozialstaatlichen Expansion ein neuer Boom einsetzte. Trotz oder gerade aufgrund der vielfältigen neuen Krisenwahrnehmungen und Enttäuschungen erlebte die Vergnügungskultur in den vergangenen drei bis vier Jahrzehnten eine zweite Expansionsphase, die wiederum neue Arbeit generierte. Sie ist geprägt von der Diversifizierung und Digitalisierung des Vergnügens. Privatfernsehen, Multimedia und Internet verweisen nicht nur auf das Ende der Gutenberg-Galaxis, sondern stehen zunehmend auch für die tendenzielle Auflösung des Unterschieds von Anbietern und Konsumenten, deren Alltag und Freizeitverhalten sich

³⁶ Vgl. U. G. Poiger (Anm. 29).

³⁷ Vgl. Kaspar Maase, BRAVO Amerika. Erkundungen zur Jugendkultur der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren, Hamburg 1992.

³⁸ Vgl. Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael, Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2008.

fundamental verändert hat. Der Wandel der Vergnügungskultur ist somit schon für sich allein genommen ein wichtiger Gegenstand für die zeithistorische Forschung, der zudem die Erinnerung und die eigene historische Verortung der Zeitgenossen ernst nimmt.

Das Vergnügen in der Zeitgeschichte bietet darüber hinaus eine originelle Perspektive, um neue Antworten auf alte historische Fragen zu finden. Dies gilt nicht nur für so naheliegende Themen wie die Konsumgeschichte, sondern auch für das Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit oder für den Charakter und Wandel von Demokratie und Diktatur. So gewährt etwa die Untersuchung des Vergnügens in der DDR neue Einsichten in die gesellschaftlichen Widersprüche der zweiten deutschen Diktatur. Vergnügen als Gegenstand zeithistorischer Forschung darf dabei nicht mit apologetischer Schönfärberei verwechselt werden, denn das Vergnügen in der Zeitgeschichte war ebenso den Herrschaftsstrukturen unterworfen, wie es zu deren Veränderung beitragen konnte. Auch die traditionell politikzentrierte Zeitgeschichtsschreibung sollte daher die Geschichte des Vergnügens mit einbeziehen.

Neben der politischen Dimension des Vergnügens gibt es weitere Dimensionen, die für die zeithistorische Forschung relevant sind. Die Frage nach der Ästhetik des Vergnügens im 20. Jahrhundert erscheint ebenso vielversprechend wie eine Untersuchung der körperlichen Dimension des Vergnügens und der Kommodifizierung der Konsumenten, die etwa danach fragen würde, warum Menschen begannen, sich gezielt einer existenziellen Angst auszusetzen, indem sie sich freiwillig in eine Achterbahn begaben oder an einem Bungeeseil in die Tiefe stürzten. Im neuen Feld der Geschichte der Emotionen sollte neben Phänomenen wie Ehre und Liebe auch das Gefühl des Vergnügens berücksichtigt werden.³⁹ Dabei kommt es jeweils darauf an, das Vergnügen auf seinen historischen Wandel hin zu untersuchen. In dieser konsequenten Historisierung liegt die spezifische Aufgabe einer Zeitgeschichte des Vergnügens.

³⁹ Vgl. Ute Frevert, Was haben Gefühle in der Geschichte zu suchen?, in: Geschichte und Gesellschaft, 35 (2009), S. 183–208.

Alexander Gallus

Über das Verhältnis von Geschichts- und Politikwissenschaft

Was also urteilen Sie, geehrte Zuhörer? (...) Wollen Sie annehmen, dass es keine enge Verbindung und Verwandtschaft der

Alexander Gallus

Dr. phil. habil., geb. 1972; Juniorprofessor für Zeitgeschichte an der Universität Rostock, Historisches Institut, August-Bebel-Straße 28, 18051 Rostock.
alexander.gallus@uni-rostock.de

Historie mit der Politik gebe? Ich kann mir nicht denken, dass eine solche Ansicht ihre Beistimmung werde erlangen können. Dies allein ist fraglich, welches Verhältnis zwischen beiden obwalte. (...)

Sprechen also will ich von der Verwandtschaft der Historie und Politik, und werde zu zeigen versuchen, welches die Grenzen dieser Wissenschaften sind, wo die eine die andere berührt, wo sie sich zu trennen beginnen, welcher Unterschied zwischen ihnen stattfindet.“ Das Zitat stammt aus der Berliner Antrittsvorlesung Leopold von Ranke aus dem Jahr 1836: „Über die Verwandtschaft und den Unterschied der Historie und der Politik.“¹ Es handelt sich bei der Erörterung des Verhältnisses von Geschichts- und Politikwissenschaft zueinander also um ein altes Thema, das immer wieder aufgegriffen wird,² für eine ganze Weile aber aus der Mode geraten ist.

In enger Nähe so fern?

Auch wenn sich mit Klaus von Beyme und Wolfgang Seibel zwei herausragende Vertreter der deutschen Politikwissenschaft erst in jüngerer Zeit diesem Problemfeld zugewendet haben,³ so ist doch der Trend zu einem immer geschichtsferner gewordenen Fach kaum zu übersehen. Ein Blick auf die Struktur politikwissenschaftlicher Institute oder in die Fachzeitschriften – nicht zuletzt die „Politische Vierteljahresschrift“ – dürfte dies belegen. Die Doppellehrstühle für Politikwissenschaft und Zeitgeschichte, wie

es sie an Universitäten wie Bonn, Mannheim oder Berlin über Jahrzehnte hinweg, sind verschwunden. Dabei trugen gerade sie viel zur Reputation der beiden jungen Universitätsfächer bei. Die Werke Karl Dietrich Brachers zur Weimarer Republik und ihrem Scheitern, Hermann Webers Studien zur Geschichte des Kommunismus, Kurt Sontheimers zum antidemokratischen Denken am Vorabend des „Dritten Reichs“ oder Ernst Fraenkels Analysen zu den westlichen Demokratien mögen als prominente Beispiele dienen.⁴ Auch sei erwähnt, dass die ersten Professuren, die so bekannte Historiker wie Reinhart Koselleck oder Heinrich August Winkler besetzten, in Bochum respektive Berlin politikwissenschaftliche waren.

¹ Leopold von Ranke, Über die Verwandtschaft und den Unterschied der Historie und der Politik. Eine Rede zum Antritt der ordentlichen Professur an der Universität Berlin im Jahre 1836, in: Wolfgang Hardtwig (Hrsg.), Über das Studium der Geschichte, München 1990, S. 47–60, hier: S. 50.

² Vgl. etwa Hans Mommsen, Zum Verhältnis von politischer Wissenschaft und Geschichtswissenschaft in Deutschland, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 10 (1962), S. 341–372; Daniel Frei, Theorieorientierte Geschichtsbetrachtung. Berührungspunkte zwischen Geschichtswissenschaft und Politischer Wissenschaft, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, 21 (1971), S. 322–338; Peter Steinbach, Zeitgeschichte und Politikwissenschaft, in: Stephan von Bandemer/Göttrik Wewer (Hrsg.), Regierungssystem und Regierungslehre. Fragestellungen, Analysekonzepte und Forschungsstand eines Kernbereichs der Politikwissenschaft, Opladen 1989, S. 25–32; Dennis Kavanagh, Why Political Science Needs History, in: Political Studies, 39 (1991), S. 479–495.

³ Vgl. Klaus von Beyme, Die antagonistische Partnerschaft. Geschichtswissenschaft und Politikwissenschaft, in: Jürgen Osterhammel/Dieter Langewiesche/Paul Nolte (Hrsg.), Wege der Gesellschaftsgeschichte, Göttingen 2006, S. 33–44; Wolfgang Seibel, Historische Analyse und politikwissenschaftliche Institutionenforschung, in: Arthur Benz/ders. (Hrsg.), Theorieentwicklung in der Politikwissenschaft – eine Zwischenbilanz, Baden-Baden 1997, S. 357–376.

⁴ Siehe beispielsweise Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Stuttgart 1955; Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt/M. 1971; Kurt Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, München 1962; Ernst Fraenkel, Deutschland und die westlichen Demokratien, Stuttgart 1964.

Dass diese enge Verbundenheit zweier Disziplinen nicht nur ein Intermezzo war und nunmehr gleichsam eine Rückkehr zur Normalität oder Tradition zu verzeichnen ist, belegt schon der Bezug auf Ranke. Überhaupt findet sich im 19. Jahrhundert – so kompliziert die Geschichte beider Fächer gerade in jenem Säkulum war – eine ganze Reihe von Doppellehrstühlen für Politik und Geschichte. Heinrich von Sybel, der Begründer der „Historischen Zeitschrift“, oder Johann Gustav Droysen wirkten nicht nur als Historiker, sondern lasen auch über Politik. Der für seine „Historik“ berühmte Droysen schrieb 1851: „Ich rüste mich, die Wissenschaft von der Politik zu treiben (...) – eine pragmatische Politik, will sagen die exakte Wissenschaft vom Staat und von den Staaten, Machtlehre dergleichen.“^f Und 1896 formulierte der Cambridgeer „Regius Professor of Modern History“ John R. Seeley: „History without Political Science has no fruit; Political Science without History has no root.“^f

Die gegenwärtige Politikwissenschaft in Deutschland vereint unterschiedliche Methoden, Theorieansätze und Richtungen. Dabei lässt sich ein Trend hin zur empirischen wie theoretischen Sozialwissenschaft sowie zu Vielzahl-Vergleichen bei gleichzeitiger Kappung geisteswissenschaftlicher Bezüge und Traditionen ablesen – nicht selten zusätzlich auf Kosten stilistischer Eleganz. Der „Politologenjargon“ ist berühmt-berüchtigt und schafft Distanz zur Öffentlichkeit. Die Historiker sind schon lange nicht mehr wie selbstverständlich Vertreter einer geglückten Narration. Bereits 1979 ertönte daher der Ruf nach einem „revival of narrative“.^f

Schnittmengen im Bereich der schlechten Darstellungsformen dürften aber kaum zur

^f Zitiert nach Wilhelm Bleek, *Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland*, München 2001, S. 150; vgl. auch Gangolf Hübinger, *Politische Wissenschaft im Historismus*, in: ders., *Gelehrte, Politik und Öffentlichkeit. Eine Intellektuellengeschichte*, Göttingen 2006, S. 46–65. Er verweist mit Recht auf die unterschiedlichen Stränge einer historistischen wie einer historisch-soziologischen Politiklehre, die hier nicht weiter problematisiert werden können.

^f John R. Seeley, *Introduction to Political Science. Two Series of Lectures*, London–New York 1896, S. 4.

^f Lawrence Stone, *The Revival of Narrative. Reflections on a New Old History*, in: *Past and Present*, 85 (1979), S. 3–24.

Entspannung der zunehmend prekären bilateralen Beziehungen beider Fächer beitragen. Die Historiker tragen dafür ebenfalls Verantwortung. Kaum eine zweite Disziplin beschäftigt sich so intensiv mit der Entwicklung der Zünfte wie die Geschichtswissenschaft und versteht sich zugleich selbst als eine solche; das bringt strenge Aufnahmebedingungen ebenso wie eigentümlich elitäre Abgrenzungsbestrebungen mit sich. Galt einst der nicht der Zunft angehörende Handwerker als Pfuscher, so mag manch zünftiger Historiker diese Rolle heute den Politologen zuweisen. Ein geringer ausgeprägtes Kastendenken und weniger Reviervverhalten täten gut.

Ungeachtet von Schuldzuweisungen dürfte die von Charles Tilly konstatierte Tatsache zutreffen, dass wir es mit einem dünn bevölkerten Niemandsland an den Grenzen zwischen Geschichts- und Politikwissenschaft zu tun haben.^f Zentrale Unterschiede zwischen den beiden Fächern lassen sich dafür geltend machen – darunter die Differenz zwischen den systematischen und historischen Wissenschaften allgemein, zwischen der nomothetischen Wissenschaft hier und der idiografischen dort, zwischen der typisierenden und der individualisierenden Wissenschaft, schließlich die Spannung zwischen der analytischen Wissenschaft auf der einen Seite und der narrativen auf der anderen. Idealtypisch betrachtet sind dies richtige Aussagen, wenn man die Fächer als monolithisch anmutende Kollektive betrachtet. Je nachdem, welche Phase, welches Teilgebiet, welche Schule man näher unter die Lupe nimmt, sind diese überspitzten Kennzeichnungen „realtypisch“ zu relativieren und zu konkretisieren. So sind die Überschneidungsfelder zwischen einer politikwissenschaftlichen Ideengeschichte mit einer geschichtswissenschaftlichen „intellectual history“^f – bei allen Unterschieden – größer als zwischen einer theoriendominierten „Internationalen Politik“ auf der einen Seite und einer „Inter-

^f Vgl. Charles Tilly, *Why and How History Matters*, in: Robert E. Goodin/ders. (eds.), *The Oxford Handbook of Contextual Political Analysis*, Oxford 2006, S. 417–437, hier: S. 434.

^f Vgl. Jens Hacke, *Politische Ideengeschichte und die Ideologie des 20. Jahrhunderts. Im Spannungsfeld historischer und politiktheoretisch geleiteter Absichten*, in: ders./Matthias Pohlig (Hrsg.), *Theorie in der Geschichtswissenschaft. Einblicke in die Praxis des historischen Forschens*, Frankfurt/M. 2008, S. 147–170.

nationalen Geschichte“¹⁰ sowie transnationale Zusammenhänge sezierenden Historiografie auf der anderen.¹¹

Gleichwohl sind wesentliche Kooperationsmöglichkeiten der beiden Fächer ebenso wenig zu übersehen und wiederholt herausgestellt worden. Demnach profitiert die Geschichtswissenschaft vorrangig von der Theorie-, Begriffs- und Methodenübernahme aus der Politikwissenschaft im Besonderen und den Sozialwissenschaften im Allgemeinen. Eine Hochzeit erlebte dieser enge Fächerkontakt während der 1970er Jahre, als sich die „Gesellschaftsgeschichte“ in ihrem Verständnis als „Historische Sozialwissenschaft“ als neues Leitparadigma durchsetzte. Sozialwissenschaftliche Entwicklungs- und Modernisierungstheorien erfreuten sich einer regen Übernahme durch Historiker.¹² Hinzu kam – mit erheblichem Nachhall bis heute – das Schlagwort von der „Theoriebedürftigkeit“ der Geschichtswissenschaft.¹³ Die Impulse aus der Soziologie¹⁴ waren insgesamt stärker als jene aus der Politikwissenschaft. Aber auch deren vergleichsweise empirienahen Systematiken und Typologien finden Anwendung in historisch ausgerichteten kompa-

¹⁰ Nach Möglichkeiten für eine (Wieder-)Annäherung sucht Johannes Marx, *Geschichtswissenschaft und Politikwissenschaft – eine fruchtbare Beziehung? Eine Untersuchung anhand der Teildisziplinen Internationale Geschichte und Internationale Beziehungen*, in: *Historical Social Research*, 32 (2007) 4, S. 21–51; grundlegend zur Historikerperspektive: Wilfried Loth/Jürgen Osterhammel (Hrsg.), *Internationale Geschichte. Themen – Ergebnisse – Ausichten*, München 2000.

¹¹ Einen guten Einblick gibt Gunilla Budde/Sebastian Conrad/Oliver Janz (Hrsg.), *Transnationale Geschichte. Themen, Tendenzen und Theorien*, Göttingen 2010².

¹² Siehe exemplarisch Hans-Ulrich Wehler, *Modernisierungstheorie und Geschichte*, Göttingen 1975; die beste kompakte Darstellung zu den sich wandelnden Konjunkturen des Konzepts/Begriffs in der Geschichtswissenschaft bei Axel Schildt, *Modernisierung*, Version: 1.0, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 11.2.2010, online: <http://docupedia.de/zg/Modernisierung> (29.11.2011).

¹³ So Reinhart Koselleck, *Über die Theoriebedürftigkeit der Geschichtswissenschaft*, in: Werner Conze (Hrsg.), *Theorie der Geschichtswissenschaft und Praxis des Geschichtsunterrichts*, Stuttgart 1972, S. 10–28; lesenswert die erfrischend kritische Bestandsaufnahme von J. Hacke/M. Pohlig (Anm. 9).

¹⁴ Vgl. differenziert Thomas Mergel, *Geschichte und Soziologie*, in: Hans-Jürgen Goertz (Hrsg.), *Geschichte. Ein Grundkurs*, Reinbek 2007³, S. 688–717.

rativen Studien, im 20. Jahrhundert vor allem beim Demokratie- und Diktaturvergleich wie auch in der Systemwechselforschung.¹⁵

Die Politikwissenschaft hingegen nutzt die Historie, sofern sie sich auf sie einlässt, in erster Linie als empirisches „Lagerhaus“ (Klaus von Beyme), um ihre Modellvorstellungen und theoretischen Konzepte zu testen. Das Interesse an der „historischen Methode“ ist dagegen eher gering. Dies zeigt sich deutlich am Beispiel der Biografik, die in der Geschichtswissenschaft wieder als ernstzunehmendes Genre salonfähig geworden ist, in der Politikwissenschaft dagegen ein Mauerblümchendasein fristet. Politikwissenschaftler, die personalen Aspekten nachspüren, greifen meist lediglich auf die durch die Geschichtswissenschaft bereitgestellten Daten für Sekundäranalysen zu. Sie fahren dann nicht selten „auf dem Trittbrett der mühsam recherchierenden historischen Forschung“.¹⁶

Statt mich diesem gemeinsamen, insgesamt vernachlässigten Untersuchungsbereich beider Fächer, den handelnden Akteuren und Personen im Spannungsfeld zwischen Individual- und Kollektivbiografik, zuzuwenden,¹⁷ will ich im Folgenden – stärker aus der Perspektive des Zeithistorikers als des Politikwissenschaftlers – der „Lagerhaus“-These mehr Aufmerksamkeit schenken und diese gewissermaßen umkehren. Denn insbesondere für das 20. Jahrhundert und nicht zuletzt die allerneueste Phase der Zeitgeschichte „Nach dem Boom“ ab den 1970er Jahren, darauf haben in geradezu programmatischer Weise Anselm Doering-Manteuffel und Lutz Raphael hingewiesen, dienen die Politik- und Sozialwissenschaften als Lieferanten von „Sozialdaten“ – häufig verbunden mit eige-

¹⁵ Vgl. Eckhard Jesse, *Systemwechsel in Deutschland. 1918/19–1933–1945/49–1989/90*, Köln-Weimar-Wien 2011²; Alexander Gallus (Hrsg.), *Deutsche Zäsuren. Systemwechsel seit 1806*, Köln-Weimar-Wien 2006. Schließlich atmen der historisch dominierte, aktuelle Tübinger Sonderforschungsbereich „Bedrohte Ordnungen“ und die geschichtswissenschaftliche Buchreihe „Ordnungssysteme“ (München 1998 ff.) bereits dem Titel nach einen Hauch Politikwissenschaft.

¹⁶ Vgl. Jürgen Hartmann, *Persönlichkeit und Politik*, Wiesbaden 2007, S. 39.

¹⁷ Vgl. dazu Alexander Gallus, „Politikwissenschaft (und Zeitgeschichte)“, in: Christian Klein (Hrsg.), *Handbuch Biographie. Methoden, Traditionen, Theorien*, Stuttgart-Weimar 2009, S. 382–387.

nen Interpretationsansätzen.¹⁸ Ich werde dies anhand des Verhältnisses von Zeitgeschichte und Demoskopie erläutern. Es folgt ein knappes Fazit mit ergänzenden Thesen zu zwei Fächern, die sich in enger Nachbarschaft befinden, deren Kommunikation aber abgerissen oder zumindest gestört ist.

Clios Datenreservoir

„Aus Umfragen unter vielen tausend Menschen ist (...) das Material für eine Geschichtsschreibung entstanden, die die Ereignisse nicht als Folge politischer und wirtschaftlicher Absichten zeigt, sondern im Echo der Betroffenen.“ Dies schrieb Elisabeth Noelle-Neumann im Jahr 1949.¹⁹ Tatsächlich hat die Umfrageforschung – insbesondere für die Epoche seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs – der Zeithistorie neuen Nährboden bereitet.²⁰

Lange Zeit scheuten deren Fachvertreter aber vor Material und Methoden der Meinungsforschung zurück. Erst in allerjüngster Zeit kündigt sich hier ein Wandel an. Ein Grund für das Misstrauen vieler Historiker gegenüber Demoskopen liegt vermutlich in ihrer unterschiedlichen Perspektive (oder wenigstens den entsprechenden Perzeptionen): Die einen schauen zurück in die Vergangenheit, die anderen blicken meist nach vorn. Vereinfacht gesprochen beginnt der Historiker mit einem Ereignis, einer vollendeten Tatsache und schließt von da aus auf das Meinungsklima, das den Vorgang ermöglichte. Der Meinungsforscher – wie die prognosenaffine Politikwissenschaft überhaupt – ermittelt Einstellungen und versucht, Kommendes besser einzuschätzen.

Eine weitere Ursache für die Skepsis, mit der Historiker der Demoskopie begegnen, könnte darin bestehen, dass sie sich mit län-

gerfristigen Entwicklungen und Prozessen befassen, die Demoskopen in ihren Augen dagegen nur mit dem sprunghaften Wandel von Meinungen über kleine Fragen in kurzen Zeiträumen. Manche Historiker lehnen den Umgang mit Umfrageergebnissen auch deshalb ab, weil sie die Bedeutung der öffentlichen Meinung zur Erklärung der „großen Politik“ bestenfalls für zweitrangig halten. Angesichts von Demokratisierungsprozessen in der Massengesellschaft – und auch angesichts von Tendenzen einer „Kulturgeschichte der Politik“, die Medien und Öffentlichkeit gerade im 20. Jahrhundert erhöhte Beachtung schenkt²¹ – erscheint dies kaum länger gerechtfertigt. Nur wenige Historiker indes dürften mit der Demoskopie auch deren Untersuchungsgegenstand, die öffentliche Meinung, beiseite schieben. Als Beleg können die Beispiele einer historischen Meinungsforschung von Perioden dienen, für die keine Umfragedaten vorliegen. Götz Aly plädierte kürzlich sogar dafür, aus alternativen Quellen eine Art „Historische Demoskopie“ für die NS-Zeit zu rekonstruieren.²²

Was leistet die Demoskopie als Geschichtsquelle, auf welchen Gebieten der Zeithistorie kann sie Aussagen machen? Einen wichtigen Beitrag steuert sie zur Mentalitätsforschung bei. Sie untersucht gemeinschaftliche Weltbilder, erfasst Ein- und Vorstellungen zu zentralen Lebenssituationen, zu politisch-gesellschaftlichen Institutionen und Konstellationen, um Verhaltensweisen größerer Gruppen besser zu verstehen. Die Mentalitätsgeschichte unterscheidet sich von der herkömmlichen Ideen- und Geistesgeschichte. Sie will kulturelle Selbstverständlichkeiten erfassen, zumal von Gruppen und Menschen, die wenig oder keine schriftlichen Zeugnisse hinterlassen haben. Sie ist im Grunde historische „Zeitgeist“-Forschung. Im Bereich der Politik spricht man statt von Mentalitäten häufig von der politischen Kultur.

¹⁸ Vgl. Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael, Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2010², insbesondere S. 75–107.

¹⁹ Elisabeth Noelle-Neumann, Das Jahr I. Irrtum und Prophetie der öffentlichen Meinung, Institut für Demoskopie-Bericht 1949, Nr. 29, S. I.

²⁰ Siehe mit verschiedenen Beispielen die Ausführungen bei Alexander Gallus/Marion Lühe, Öffentliche Meinung und Demoskopie, Opladen 1998, S. 131–144, auf die sich diese Überlegungen zum Teil stützen.

²¹ Programmatisch Thomas Mergel, Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik, in: Geschichte und Gesellschaft, 28 (2002), S. 574–606; siehe auch Axel Schildt, Jahrhundert der Massenmedien. Ansichten zu einer künftigen Geschichte der Öffentlichkeit, in: Geschichte und Gesellschaft, 27 (2001), S. 177–206.

²² Vgl. Götz Aly, Historische Demoskopie, in: ders. (Hrsg.), Volkes Stimme. Skepsis und Führervertrauen im Nationalsozialismus, Frankfurt/M. 2006, S. 9–21.

Die amerikanischen Politikwissenschaftler Gabriel Almond und Sidney Verba gaben mit ihrer auf Umfrageergebnisse gestützten Ländereinstudie von 1963 „The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations“ der politischen Kulturforschung einen starken Impuls. In dieser Studie untersuchten sie auch die politische Kultur der Bundesrepublik. Sie gelangten damals zu einem skeptischen Urteil, stellten für die Westdeutschen viele Traditionselemente fest, eine nur langsam fortschreitende Entfernung vom Obrigkeitsdenken, Konfliktschwäche, ein eher formales Verhältnis zu Politik und Wahlen sowie ein starkes soziales Misstrauen. Knapp zwanzig Jahre später wies mit David Conradt abermals ein amerikanischer Politikwissenschaftler anhand von Umfragedaten des Allensbacher Instituts für Demoskopie einen positiven Wandel in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland nach.²³ Diese Trendstudien über längere Entwicklungen zeigen, wie sehr das Konzept der politischen Kultur auch Historiker betrifft.²⁴

Hier war über einen längeren Zeitraum hinweg ein „Wertewandel“ zu beobachten, womit *das* Thema des Politikwissenschaftlers und empirischen Zeitdiagnostikers Ronald Inglehart angesprochen ist. Ende der 1970er Jahre konstatierte er in seinem gleichnamigen Klassiker eine „Silent Revolution“.²⁵ Er umfasst theoretische Überlegungen und empirisch gestützte Analysen zu den Wandlungen der politischen Kultur und der Wertprioritäten in westlichen Industriegesellschaften. Ingleharts Kernthese zufolge ist in den modernen Industrienationen eine Schwerpunktverlagerung von materialistischen hin zu postmaterialisti-

²³ Gabriel A. Almond/Sidney Verba, *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*, Princeton 1963; David P. Conradt, *Changing German Political Culture*, in: dies. (eds.), *The Civic Culture Revisited*, Boston 1980, S. 212–272; zum aktuellen Stand der Politische-Kultur-Forschung siehe z. B. Dirk Berg-Schlosser, *Politische Kultur*, in: Eckhard Jesse/Roland Sturm (Hrsg.), *Demokratien des 21. Jahrhunderts im Vergleich. Historische Zugänge, Gegenwartsprobleme, Reformperspektiven*, Opladen 2003, S. 175–202.

²⁴ Vgl. die Ideen zu einer kreativen Adaption des Konzepts bei Karl Rohe, *Politische Kultur und ihre Analyse*, in: *Historische Zeitschrift*, 250 (1990), S. 333–346; siehe auch T. Mergel (Anm. 21).

²⁵ Ronald Inglehart, *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles among Western Publics*, Princeton 1977.

schen Wertvorstellungen zu diagnostizieren. Der Wertewandel wurde in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts durch zwei Faktoren begünstigt: erstens durch ein bis dahin nicht gekanntes Maß an Wohlstand in den westlichen Gesellschaften, zweitens durch das Ausbleiben von Kriegen. Die veränderten, im Wandel begriffenen Wertprioritäten und -hierarchien verursachten dabei – so Inglehart – im politischen Bereich neue Konfliktlinien, beispielsweise zwischen einer Alten und Neuen Linken. Einst vorherrschende Klassenkonflikte sahen sich von Lifestyle- und Umweltschutzthemen überlagert oder sogar verdrängt. Lockere Organisationsformen (wie die Neuen Sozialen Bewegungen) standen fortan im Wettbewerb mit festgefühten Parteistrukturen.

Neuerdings haben die Bemühungen zur Ausbildung einer zeitgeschichtlichen Wertewandelsforschung zugenommen, die sozialwissenschaftliche Erklärungsangebote und Umfragedaten aufgreift und sie zu historisieren sucht.²⁶ Die Herausforderung besteht darin, das von den Nachbarfächern gelieferte Material nicht nur zur Kenntnis zu nehmen und wiederzugeben, sondern in einer spezifisch geschichtswissenschaftlichen Art und Weise zu verarbeiten und in neue Fragestellungen wie zeit-räumliche Kontexte einzubinden. Es dürfte kaum befriedigend sein, wenn Zeithistoriker lediglich auf dem Trittbrett der mühsam recherchierenden sozial- und politikwissenschaftlichen Forschungsfahren. Es wird darauf ankommen klar herauszustellen, worin der spezifische und nur durch geschichtswissenschaftliche Kompetenz zu erlangende Mehrwert besteht.²⁷

Hier wie stets ist aller Anfang schwer. Dies sollte aber nicht dazu führen, beispielsweise die Demoskopie als Geschichtsquelle auszusparen. Schließlich kann sie gute Dienste

²⁶ Vgl. die Überlegungen bei A. Doering-Manteuffel/L. Raphael (Anm. 18), S. 79–84; Andreas Wirsching, *Für eine pragmatische Zeitgeschichtsforschung*, in: *APuZ*, (2007) 3, S. 13–18, insbesondere S. 16f., sowie als erster Ausdruck eines größeren Mainzer Forschungsprojektes zur Thematik: Andreas Rödder/Wolfgang Elz (Hrsg.), *Alte Werte – neue Werte. Schlaglichter des Wertewandels*, Göttingen 2008.

²⁷ Siehe dazu die Grundsatzkritik von Rüdiger Graf/Kim Christian Priemel, *Zeitgeschichte in der Welt der Sozialwissenschaften. Legitimität und Originalität einer Disziplin*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 59 (2011), S. 479–508.

zur Erforschung und Beurteilung von Fragen nach Kontinuität und Wandel der politischen Kultur und zentraler gesellschaftlicher Wertvorstellungen – jenseits geistiger Höhenkammwanderungen – leisten.²⁸ Sie kann darüber hinaus der historischen Legendenbildung entgegenwirken sowie Aussagen und Vermutungen von Historikern widerlegen oder präzisieren, die sich ohne empirische Grundlage Gedanken über „Volkes Stimme“ machen. Insbesondere für die Zeitgeschichte nach 1945 sollte in diesem Fall das Vetorecht der Umfragequellen mitbedacht werden.

Außerdem kann mit Hilfe demoskopischer Daten die Popularität politischer Entscheidungen und deren Wahrnehmungswandel innerhalb der Bevölkerung besser nachgezeichnet werden. Es lässt sich eine Reihe von Beispielen finden, wie anfangs unbeliebte Maßnahmen nach ihrer Implementierung ins Gegenteil umschlugen. Die Entscheidungen für die Wiederbewaffnung oder die Abschaffung der Todesstrafe in der frühen Nachkriegszeit etwa stellen Fälle einer anfangs unpopulären Politik in der Geschichte der Bundesrepublik dar. Gerade im Zeitalter der Massenmedien werden sich Politikwissenschaft und Zeitgeschichte verstärkt für die Kommunizierung von Politik und Fragen der Responsivität und Rückkopplung in der Bevölkerung interessieren.²⁹ Auch beginnt die Zeitgeschichtsforschung, der Demoskopie angesichts der These von der „Verwissenschaftlichung des Sozialen“³⁰ im Rahmen von Studien zur Expertenkultur und Politikberatung Aufmerksamkeit zu schenken.³¹

²⁸ Zu Berührungspunkten mit einer Intellectual History als „Zeitgeist“-Forschung vgl. Alexander Gallus, „Intellectual History“ mit Intellektuellen und ohne sie. Facetten neuerer geistesgeschichtlicher Forschung, in: Historische Zeitschrift, 288 (2009), S. 139–150.

²⁹ Dies stellt angesichts des Strukturwandels der Öffentlichkeit in der Internetära eine noch schwerer zu meistende Hürde für Zeithistoriker dar. Siehe Kiran Klaus Patel, Zeitgeschichte im digitalen Zeitalter. Neue und alte Herausforderungen, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 59 (2011), S. 331–351.

³⁰ Lutz Raphael, Die Verwissenschaftlichung des Sozialen als methodische und konzeptionelle Herausforderung für eine Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, in: Geschichte und Gesellschaft, 22 (1996), S. 165–193.

³¹ Vgl. als gewichtiges Beispiel Anja Kruke, Demoskopie in der Bundesrepublik Deutschland. Meinungsforschung, Parteien und Medien 1949–1990, Düsseldorf 2007.

Empirische Politikforschung in Form von demoskopischer Datenerhebung und Geschichtswissenschaft können sich gegenseitig befruchten, vorausgesetzt die Meinungsforschungsexperten bemühen sich um Trendfragen und eine sorgfältige Anlage von Datenarchiven. Unter anderem der Mentalitätsgeschichte, der historischen Erforschung der politischen Kultur und des Wertewandels dienen Umfrageergebnisse als historische Quelle. Außerdem kann mit ihrer Hilfe die Wechselwirkung von öffentlicher Meinung und politischen Entscheidungen besser ausgelotet werden. Eine grundlegende Auseinandersetzung mit der Frage, wie Historiker demoskopische Daten nutzen und wie sie von den Ergebnissen der Meinungsforscher profitieren können, steht noch am Anfang.

Der berühmte austroamerikanische Wahlforscher Paul Lazarsfeld hielt schon vor mehr als sechzig Jahren einen Vortrag zur „Verpflichtung des Meinungsforschers von 1950 gegenüber dem Historiker von 1984“. Der darin gemachte Vorschlag, eine „Kommission für die Auswertung von Umfragen im Dienste der zukünftigen Geschichtsschreibung“ zu bilden, bleibt aktuell.³² Gelungene Interdisziplinarität kann nicht darin bestehen, dass die beteiligten Fächer nur die Erkenntnisse des jeweils anderen reproduzieren und als die eigenen ausweisen. Wichtiger ist es, ein Verständnis für die unterschiedlichen Fragestellungen und Methoden auszubilden, einerseits, um Lücken zu erkennen, andererseits, um Fallstricken zu entgehen.

So müssen sich gerade Historiker mit den Entstehungsbedingungen von Umfragedaten vertraut machen und hier wie sonst an Clios eisernem Grundsatz der Quellenkritik festhalten. Umgekehrt sollten sich Politikwissenschaftler, die weiterhin auf Geschichte als Rohmaterial für ihre Analyse zurückgreifen, eben dieses problematisieren. Denn tatsächlich benutzen sie – wie die Historiker im Falle der Umfragedaten – in der Regel kein „ungewichtetes“ Material, sondern

³² Paul F. Lazarsfeld, Die Verpflichtung des Meinungsforschers von 1950 gegenüber dem Historiker von 1984, in: Elisabeth Noelle-Neumann/Renate Köcher (Hrsg.), Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1984–1992, Bd. 9, München 1993, S. E 15-E 27.

Aussagen eines bestimmten Geschichtswissenschaftlers oder sogar einer dahinterstehenden Schule. *Die* Historie gibt es nicht, sondern nur verschiedene Darstellungen einer häufig breit gefächerten Historiografie. Daher gilt es für eine historisch orientierte Politikwissenschaft, sich genauer mit dem pluralen Charakter der Historiografie und dem Problem der Literatúrauswahl (*selection bias*) auseinanderzusetzen.³³

Beide Fächer täten im Übrigen gut daran, dem Akzidentiellen, der „kurzen Dauer“, ja dem Ereignis wieder mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Es gilt ein Gespür für den Zufall („Kontingenz“) und die Offenheit von Situationen auszubilden, ohne jede systematische Makroanalyse gleich als Strukturfatalismus abzutun. Nicht zuletzt die Politikwissenschaft nämlich musste sich mit Blick auf die „Zeitenwende“ von 1989/90, aber auch auf die aktuellen Umwälzungen des „Arabischen Frühlings“ Kritik an ihrer Prognosefähigkeit gefallen lassen. Gerade wer die Politikgeschichte demokratischer Systeme untersucht, kann sich nicht nur auf prozesshafte Entwicklungen über längere Zeiträume hinweg konzentrieren, würde dies doch dem Systemtypus nicht gerecht.

Peter Graf Kielmansegg hat in einer Analyse der 1970er und 1980er Jahre zu Recht darauf hingewiesen, „dass demokratische Politik systembedingt kurzatmig ist“. Wer sich für die Agendaqualität von politisch-gesellschaftlichen Vorgängen und die Handlungsmöglichkeiten von Politik – ob in der politikwissenschaftlichen oder zeithistorischen Analyse – interessiert, der wird sich damit anfreunden müssen, dass in der Politik und zumal in der Demokratie in der Regel das „Gesetz der Vordringlichkeit des Vordringlichen“, noch mehr „des als vordringlich Wahrgenommenen“ herrscht.³⁴

³³ Vgl. Ian S. Lustick, *History, Historiography, and Political Science. Multiple Historical Records and the Problem of Selection Bias*, in: *American Political Science Review*, 90 (1996), S. 605–618.

³⁴ Peter Graf Kielmansegg, *Das politische System der Bundesrepublik und die Herausforderungen einer sich wandelnden Welt*, in: Thomas Raithel/Andreas Rödder/Andreas Wirsching (Hrsg.), *Auf dem Weg in eine neue Moderne? Die Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren*, München 2009, S. 141–150, hier: S. 143, S. 147.

Schließlich sei ein letzter Aspekt zumindest angedeutet, nämlich der bisweilen durchaus politisch-gesellschaftskritische, nicht nur wissenschaftliche Charakter beider Fächer, der sich in dem Bestreben sowohl der Zeithistoriker wie der Politikwissenschaftler zeigt, einen Beitrag zur Deutung und Ortsbestimmung der Gegenwart zu leisten.³⁵ Von dem linken amerikanischen Historiker Frederic Jameson stammt das bekannte Zitat: „History is what hurts.“³⁶ Geschichte kann sogar bewusst Schmerzen herbeiführen, wenn sie als Waffe in Konflikten um politische Positionen oder normative Grundfragen eingesetzt wird. Dort, wo Geschichte zum Streitthema und Mittel des politischen Tageskampfes wird, entgleitet sie meist Clivos Händen und verliert den Charakter eines exklusiven Gegenstands der Historiker. Es ist paradox, aber viele Historikerkontroversen waren eben nicht nur solche, sondern meist intellektuelle Debatten jenseits der Fachgrenze dieser „zankenden Zunft“³⁷ über politische Grundsatzfragen – immer wieder auch unter Beteiligung von Politikwissenschaftlern. Auch wenn nicht wenige Kontroversen fachwissenschaftlich nur einen geringen Ertrag brachten, so hinterließen sie doch manchen „Kriegsversehrten“. Geschichte, so formulierte es der amerikanische Historiker Carl Schorske süffisant in Anlehnung an ein berühmtes Clausewitz-Wort, ist manchmal eben die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.³⁸

³⁵ Vgl. Peter Steinbach, *Geschichte und Politik – nicht nur ein wissenschaftliches Verhältnis*, in: *APuZ*, (2001) 28, S. 3–7; Heinrich August Winkler (Hrsg.), *Griff nach der Deutungsmacht. Zur Geschichte der Geschichtspolitik in Deutschland*, Göttingen 2004.

³⁶ Frederic Jameson, *The Political Unconscious. Narrative as a Socially Symbolic Act*, London–New York 1983, S. 90.

³⁷ Klaus Große Kracht, *Die zankende Zunft. Historische Kontroversen in Deutschland nach 1945*, Göttingen 2005; siehe auch Martin Sabrow/Ralph Jessen/ders. (Hrsg.), *Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen seit 1945*, München 2003.

³⁸ Carl E. Schorske, *Historical Conflict – Historical Controversy. An Afterword*, in: Hartmut Lehmann (Hrsg.), *Historikerkontroversen*, Göttingen 2000, S. 183–189, hier: S. 186.

Simone Lässig

Repräsentationen des „Gegenwärtigen“ im deutschen Schulbuch

Deutschland gilt international als leuchtendes Beispiel – Timothy Garton Ash sprach mit feiner Ironie von einer neuen

Simone Lässig

Dr. phil., geb. 1964; Professorin für Neuere/Neueste Geschichte an der Technischen Universität Braunschweig und Direktorin des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung, Celler Straße 3, 38114 Braunschweig. sekretariat@gei.de

„DIN-Norm“ – für die Auseinandersetzung mit einer höchst problematischen Nationalgeschichte; einer jüngeren Vergangenheit, die nachgeborenen Generationen kaum Anlässe bietet, eine positive Identifikation mit der eigenen Nation zu entwickeln.

Genau das aber war seit dem 19. Jahrhundert und teilweise bis heute ein wichtiges Anliegen staatlichen Geschichtsunterrichts. Insofern drängt sich die Frage auf, wie diese Spannung ins Schulbuch, also in jenes frühe „Massenmedium“, übersetzt wird, dem fast alle Staaten dieser Welt (auch) die Aufgabe zuschreiben, kohärente Deutungen und überzeugende Embleme (nationaler) Zugehörigkeit zu vermitteln.

Vor dem Hintergrund der historischen Belastungen und der Intensität, mit der diese nach einer längeren Phase des „Beschweigens“ gesellschaftlich durchgearbeitet wurden,¹ hat die Frage nach angemessenen Repräsentationen des noch Gegenwärtigen für deutsche Schulen eine ganz besondere Brisanz. Zeitgeschichte ragt in die Gegenwart von Schülern, Lehrern und Familien hinein und erschwert es damit, Vergangenheit aus emotionaler Distanz zu bewerten. Nicht nur in der Politik und der medialen Öffentlichkeit, sondern auch in privaten Räumen wird die „Epoche der Mitlebenden“² oft zur „Streitgeschichte“. Vieles von dem, was etwa zum Alltag in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts oder zu Kriegserfahrungen und Zwangsmigrationen im Schulbuch steht, wird auch in der außerschulischen Lebenswelt erinnert und diskursiv verhandelt.³

Für die Gestaltung von Schulbüchern leiten sich daraus Erwartungen ab, die im Kontext der ohnehin komplexen und gebrochenen deutschen Geschichte allein in fachlicher Hinsicht zu veritablen Herausforderungen werden: Dies betrifft etwa die Konkurrenz zwischen Schulbuch und (anderen) Massenmedien, die sich mit Vorliebe der Zeitgeschichte annehmen. Selbst wenn Jugendliche nicht zur bevorzugten ZDF-Klientel gehören und Guido Knopps Schlaglichter auf den Nationalsozialismus eher bei der Generation der Zeitzeugen denn bei Nachgeborenen populär sein dürften, so bilden medial vermittelte Sichtweisen doch eine wichtige Rahmung auch für Schulbuchrepräsentationen. Spielfilme wie „Schindlers Liste“, „Good Bye, Lenin“ oder „Das Leben der Anderen“ wurden von vielen Jugendlichen gesehen und dürften deren Sicht auf die jeweiligen historischen Phänomene (mit) geprägt, also auch Lehrplan, Schulbuch und Lehrende herausgefordert haben.⁴ Alles in allem wohnt der Zeitgeschichte demnach immer ein tendenziell subversives Potenzial inne, das in Konflikt geraten kann mit den Funktionen, die Geschichtsschulbüchern gemeinhin zugewiesen werden.

Schulbücher stehen für staatlich approbiertes und hinreichend legitimes Wissen, das von den Deutungseliten einer Gesellschaft

Ich danke Johanna Abbrichs und Stefanie Zloch für ihre Anregungen.

¹ Vgl. z.B. Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik*, München 1996; Erik Langenbacher, *Moralpolitik versus Moralpolitik: Recent Struggles over the Construction of Cultural Memory*, in: *German Politics and Society*, 23 (2005) 3, S. 106–134; Martin Sabrow et al. (Hrsg.), *Zeitgeschichte als Streitgeschichte*, München 2003; Saskia Handro/Thomas Schaar-schmidt (Hrsg.), *Aufarbeitung der Aufarbeitung. Die DDR im geschichtskulturellen Diskurs*, Schwalbach/Ts. 2011.

² Hans Rothfels, *Zeitgeschichte als Aufgabe*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 1 (1953) 1, S. 1–8, hier: S. 2.

³ Vgl. M. Sabrow et al. (Anm. 1); Sabine Moller, *Diktatur und Familiengedächtnis*, in: S. Handro/T. Schaar-schmidt (Anm. 1), S. 140–154; Harald Welzer et al. (Hrsg.), *„Opa war kein Nazi“*. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis, Frankfurt/M. 2010.

⁴ Vgl. Michele Barricelli/Julia Hornig (Hrsg.), *Aufklärung, Bildung, „Histotainment“? Zeitgeschichte in Unterricht und Gesellschaft heute*, Frankfurt/M. 2008.

als relevant eingestuft und als gesichert verstanden wird.¹⁵ Sie bieten einen Anhaltspunkt dafür, welche Fragestellungen, Perspektiven, Methoden und Erkenntnisse aus der Fachwissenschaft als *Mainstream*-Wissen anerkannt werden. Durch den Zwang zur didaktischen Reduktion verweisen sie vergleichsweise präzise darauf, welche Wissensbestände aus der Fülle von Angeboten ausgewählt und an kommende Generationen weitergegeben, also ins kulturelle Gedächtnis einer Nation bzw. Gesellschaft eingeschrieben werden sollen.¹⁶ Die neuere Forschung stellt jedoch die Eindeutigkeit und Verbindlichkeit historischer Schulbuchnarrative zunehmend in Frage und be greift das Medium Schulbuch mehr und mehr als einen interdiskursiven, multifunktionalen Wissensraum, der hegemoniale Sichtweisen ebenso spiegelt (und produziert) wie die widerstreitenden Elemente von Erinnerungskulturen.¹⁷

Bildungspolitische, fachliche und didaktische Erwartungen

Obwohl das Schulbuch schon mehrfach totgesagt wurde, hat es sich im deutschen Geschichtsunterricht als Leitmedium behauptet.

¹⁵ Unter dem Eindruck des „Memory-Booms“ haben kulturwissenschaftliche bzw. wissenssoziologische Annäherungen an das Schulbuch an Attraktivität gewonnen: Vgl. neben Beiträgen im *Journal of Educational Media, Memory and Society* (JEMMS) z. B. Thomas Höhne, *Schulbuchwissen. Umriss einer Wissens- und Medientheorie des Schulbuchs*, Frankfurt/M. 2003; Michael A. Apple, *Ideology and Curriculum*, New York 2004; Yasemin N. Soysal/Hanna Schissler (eds.), *The Nation, Europe and the World. Textbooks and Curricula in Transition*, Oxford 2005; Jason Nicholls (ed.), *School History Textbooks Across Cultures*, Didcot 2006; Stuart J. Foster/Keith Crawford (eds.), *What Shall we tell the Children? International Perspectives on School History Textbooks*, Greenwich 2006; Saskia Handro/Bernd Schönemann (Hrsg.), *Geschichtsdidaktische Schulbuchforschung*, Berlin 2006; Holger Thünemann, *Zeitgeschichte im Schulbuch*, in: Susanne Popp et al. (Hrsg.), *Zeitgeschichte – Medien – historische Bildung*, Göttingen 2010, S. 115–132.

¹⁶ Vgl. Wolfgang Jacobmeyer, *Das Schulgeschichtsbuch. Gedächtnis der Gesellschaft oder Autobiographie der Nation?*, in: *Geschichte, Politik und ihre Didaktik* (GPD), 26 (1998), S. 26–35.

¹⁷ Vgl. Eleftherios Klerides, *Imagining the Textbook: Textbooks as Discourse and Genre*, in: JEMMS, 2 (2010) 1, S. 31–54.

tet¹⁸ – sei es in Form des klassischen Buches, als Kopie aus verschiedenen Lehrwerken oder in der elektronischen Variante: Solange Lehrende auf staatlich approbierte Lehrmaterialien zurückgreifen, wird die Form allein wenig an den spezifischen Charakteristika und den Deutungspotenzialen dieses Mediums ändern. Vielmehr besteht Grund zur Annahme, dass Schulbuchwissen noch an Relevanz gewinnen könnte: Mit der Einführung von kompetenzorientierten und thematisch oft unbestimmten Kerncurricula, welche die Fachkonferenzen eigenständig mit Inhalten füllen müssen, und eingedenk der knappen Zeit, die Lehrerinnen und Lehrern dafür zur Verfügung steht, könnte das Schulbuch erst recht zum „heimlichen Lehrplan“ werden. Insofern ist es trotz der großen Bedeutung konkurrierender Medien und ungeachtet der Tatsache, dass von Schulbuchrepräsentationen nicht linear auf Aneignungsprozesse und Identitäten geschlossen werden kann, keineswegs unerheblich, welche (zeitgeschichtlichen) Narrative die derzeit gebräuchlichen Schulbücher prägen.¹⁹

Angemessen beurteilen lassen sich diese nur, wenn man sich vergegenwärtigt, welche hohen Anforderungen Schulbücher gerecht werden müssen: Einerseits unterliegen sie dem Zwang, Komplexität zu reduzieren, andererseits sollen sie dem Stand fachwissenschaftlicher, fachdidaktischer und pädagogischer Forschung sowie bildungspolitischen Vorga-

¹⁸ Zuletzt: Bernd Schönemann/Holger Thünemann, *Schulbucharbeit. Das Geschichtslehrbuch in der Unterrichtspraxis*, Schwalbach/Ts. 2010; Bodo von Borries, *Nationalsozialismus in Schulbüchern und Schülerköpfen*, in: Markus Bernhardt/Ulrich Mayer (Hrsg.), *Bilder – Wahrnehmungen – Konstruktionen. Reflexionen über Geschichte und historisches Lernen*, Schwalbach/Ts. 2006, S. 135–151; Michael Sauer, *Zeitgeschichte in Unterrichtsmedien – Einführung*, in: S. Popp et al. (Anm. 5), S. 113.

¹⁹ Schulbuchverlage publizieren Jahr um Jahr aktualisierte Auflagen (sehr selten ganz neue Werke). In den Schulen aber werden Schulbücher im Durchschnitt etwa sieben Jahre lang genutzt; alle Werke, die nach 2003 publiziert wurden, müssen als „aktuell“ betrachtet werden. Für diesen Aufsatz wurden Lehrwerke beider Sekundarstufen untersucht, wobei sich die *vertiefte* Analyse auf Schulbücher aus drei paradigmatisch ausgewählten Bundesländern konzentriert: Nordrhein-Westfalen (als bevölkerungsreichstes Land mit wechselnden politischen Mehrheiten), Sachsen (als eines der östlichen Länder) und Bayern (als großes, konservativ geprägtes Land mit starkem bildungspolitischem Gewicht).

ben entsprechen.¹⁰ Besonders hoch liegen die didaktischen Messlaten: Erwartet wird, dass Schulbücher ein reflexives und reflektiertes Geschichtsbewusstsein fördern und einen gewichtigen Beitrag zur Entwicklung fachspezifischer Kompetenzen erbringen. In altersgemäßer Sprache und Präsentationsform sollen sie Geschichte als Konstruktion verständlich machen, dazu befähigen, Angebote der Geschichtskultur kenntnisreich zu analysieren¹¹ und unter Verzicht auf explizite oder implizite ideologische Tendenzen Orientierung in einer – von Diversität geprägten – postmodernen Gesellschaft bieten.¹² Dem entsprechen die Forderungen nach einem „offenen Geschichtsbild“, nach Kontroversität (unterschiedliche Bewertungen derselben Ereignisse oder Prozesse), Multiperspektivität (ein möglichst breites Spektrum von Sichtweisen unterschiedlicher historischer Akteure) und Pluralität (Akzeptanz verschiedener triftiger Deutungen). Auch der Anspruch, Emotionalisierung und Moralisierung so weit zu vermeiden, dass der Erkenntnisprozess nicht durch „Überwältigung“ beeinflusst wird, gehört in Deutschland (noch) zum didaktischen Standard.

Ein Kennzeichen der deutschen Schulbuchlandschaft im Fach Geschichte ist eine – gemessen am internationalen Maßstab – fast beispiellose Breite und Diversität.¹³ Diese Vielfalt ist nicht allein auf das föderale und gegliederte Schulsystem zurückzuführen, sondern spiegelt auch die postmodernen Plu-

ralisierungstendenzen in den Geschichtswissenschaften.¹⁴ So finden sich oft innerhalb ein und desselben Verlages, ja sogar innerhalb einer Schulbuchreihe unterschiedliche Erzählmuster, differente methodische wie inhaltliche Konzepte und voneinander abweichende Bildaussagen; während in vielen Lehrwerken unterschiedliche Quellaussagen (Multiperspektivität) und widerstreitende historiografische Bewertungen von Ereignissen (Kontroversität) durchgängig zu finden sind, muss man sie in anderen mit der Lupe suchen. Vor allem Haupt- und Realschülern scheint man eine kritische Auseinandersetzung mit differenten Deutungen der Vergangenheit nicht zumuten zu wollen.

Geprägt wird die Schulbuchlandschaft auch durch Aktualität: Schulbücher wagen sich näher an die Gegenwart heran als die Geschichtswissenschaft, die oft erst aktiv wird, wenn Quellen staatlicher Provenienz frei zugänglich sind.¹⁵ Neue Akzente setzte erst die DDR-Forschung, die kaum an Aktenperristen gebunden war und deshalb ohne Verzögerung „Geschichte schreiben“ konnte.

Gemäß den Rahmenrichtlinien und Lehrplänen der Länder wird Zeitgeschichte ab Jahrgangsstufe 9 unterrichtet, bis Klasse 11 überwiegend in chronologischer Struktur. Die Schwerpunkte zur Zeitgeschichte weichen dabei nur geringfügig voneinander ab. Nationalsozialismus, Holocaust und Zweiter Weltkrieg; Kalter Krieg und deutsche Teilung sowie die deutsche und europäische Einigung haben – wenngleich in unterschiedlicher Gewichtung¹⁶ – in jedem Bundesland und in jedem Schulbuch Platz und bilden auch Schwerpunkte dieser Analyse. Dass gerade die jüngste Zeitgeschichte aufgrund von eng gedrängten Lehrplänen oft nur kurso-

¹⁰ Lehrer achten bei der Anschaffung von Schulbuchreihen genau darauf, dass sich diese eng an Lehrpläne anlehnen bzw. auf Kerncurricula abgestimmt sind. Zu den vielfältigen Anforderungen ans Schulbuch: Eckhardt Fuchs/Joachim Kahlert/Uwe Sandfuchs (Hrsg.), *Schulbuch konkret. Kontexte – Produktion – Unterricht*, Bad Heilbrunn 2010.

¹¹ Michael Sauer, *Zeitgeschichte – Medien – Historische Bildung*, in: S. Popp et al. (Anm. 5), S. 25–38, hier: S. 33.

¹² Als unverzichtbar gelten: Fragekompetenz sowie historische Methoden-, Sach- und Orientierungskompetenz. Vgl. Hans-Jürgen Pandel, *Geschichtsunterricht nach PISA*, Schwalbach/Ts. 2005; Verband der Geschichtslehrer Deutschlands, *Bildungsstandards Geschichte. Rahmenmodell Gymnasium*, 5.–10. Jahrgangsstufe, Schwalbach/Ts. 2006.

¹³ Insofern können die folgenden Befunde keine Repräsentativität in einem streng wissenschaftlichen Sinn beanspruchen. Ausgehend von der Frage nach thematischen Schwerpunkten und Leiterzählungen geht es vielmehr darum, *Tendenzen* aufzuzeigen.

¹⁴ Vgl. Martin Lücke/Michael Sturm, *Stiefschwester. Zum Verhältnis von Zeitgeschichte und Geschichtsdidaktik*, in: M. Barricelli/J. Hornig (Anm. 4), S. 27–42.

¹⁵ Aus diesem Grund wird die Geschichte der alten Bundesrepublik überwiegend „dekadologisch“ aufgearbeitet. Vgl. Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael, *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*, Göttingen 2010.

¹⁶ Vgl. etwa die unterschiedlichen Gewichtungen zwischen zwei Schulbüchern, die beide in Bayern in Stufe 11 eingesetzt werden: Westermann (2009), *Horizonte 11*, sowie Cornelsen (2009), *Forum Geschichte 11*.

risch oder gar nicht unterrichtet wird, ist den Schulbuchverlagen nicht vorzuwerfen, muss aber bedacht werden.¹⁷

Tätergedächtnis und Opferdiskurse

Nationalsozialismus und Holocaust sind in allen Bundesländern Kernthemen schulisch vermittelter (National-)Geschichte. Obwohl die Zahl der Zeitzeugen signifikant zurückgeht und die Epoche dem kommunikativen Gedächtnis nach und nach entschwindet, wird der Zivilisationsbruch keineswegs marginalisiert, sondern intensiver als je zuvor verhandelt. Die zentralen Perspektiven allerdings haben sich verschoben. Die Periode wird zwar nach wie vor auch als personenzentrierte Täter- und Opfergeschichte geschrieben – mit wachsender Sensibilität für die Würde der Opfer –, zugleich aber wird sie nun auch in ihrer Alltäglichkeit erschlossen. Begriffe wie „Hitler-Deutschland“, „verstrickt“ oder „im deutschen Namen“, die ebenso wie früher dominante Visualisierungsstrategien den Eindruck vermitteln konnten, nur eine kleine Gruppe führender Nationalsozialisten habe Verantwortung getragen, sind aus Schulbüchern nahezu verschwunden.

Zentral ist vielmehr die Perspektive Gesellschaft: Intensiv wird die Frage nach Tätern und Opfern, nach Handlungsoptionen unter den Bedingungen der Diktatur, nach dem Wissen um die Judenvernichtung und nach aktiver Beteiligung daran verhandelt.¹⁸ Das Ineinandergreifen von Faszination und Gewalt ist im Schulbuch ebenso angekommen wie die Erkenntnis, dass viele Deutsche die fortschreitende Entrechtung und später die Vernichtung der Juden (und anderer Opfergruppen) geduldet oder aktiv mitbetrieben haben und dass ein Großteil der Bevölkerung *weder* distanziert war *noch* aktiv Widerstand geleistet hat. Fotos von Diskriminierungsakten, auf denen Lernende unzählige Beobachter ausmachen können, gehören zum

¹⁷ Vgl. Dietmar von Reeken, Eine ganz normale Epoche? Überlegungen zur Zeitgeschichte in Geschichtskultur und Geschichtsunterricht, in: Zeithistorische Forschungen, 2 (2005) 2, S. 282.

¹⁸ Vgl. u. a. Schrödel (2010), Zeit für Geschichte, 9/10, S. 190 ff.; Cornelsen (2008), Forum Geschichte, Bd. 5, Bayern; Westermann (2009), Horizonte 11, Geschichte Gymnasium, Bayern, S. 176 ff.

Standardrepertoire insbesondere der Gymnasialbücher.

Noch immer sind es allerdings überwiegend Täter, die verbale wie visuelle Sprecherrechte haben: Es dominieren Blicke *auf* (zumeist jüdische) Opfer und nicht deren *eigene* Sichtweisen und Wahrnehmungen. Das hängt zwar auch mit der asymmetrischen Quellenüberlieferung zusammen. Diese rechtfertigt aber nicht einen unbedarften Umgang mit Quellen – seien es nun mangelhaft oder gar nicht kontextualisierte Abbildungen (Propagandaplakate und Presseerzeugnisse, inszenierte Fotos) oder aber Texte, deren nationalsozialistische Semantik nicht ausreichend problematisiert und dekonstruiert, sondern bestenfalls als Wertung vorgegeben wird.¹⁹ Damit entsteht ein paradoxes Bild: Auf der einen Seite dominiert ein opferzentriertes Gedächtnis, das Lernenden Empathie abfordert, und auf der anderen Seite bestimmen Täter den Duktus und die Blickwinkel, über den Politik und Gesellschaft im Nationalsozialismus fassbar werden.

Dabei bemühen sich Schulbuchautoren durchaus darum, nicht allein die Ausnahme-situation zu dokumentieren, in der viele Betroffene Geschichte nur noch erleiden, aber nicht (mit)gestalten konnten.²⁰ Die Dichotomie Juden – Deutsche wird indes oft ironisch weitergetragen; Inklusion und hybride Zugehörigkeiten spiegelnde, unter Umständen auch produktive Irritation auslösende Begriffe wie „jüdische Deutsche“, „deutsche Juden“, „jüdische Europäer“ oder „deutsche Roma“ sind eher die Ausnahme. Auch tendieren nicht wenige Bücher, welche die Normalität jüdischen Lebens vor 1933 abbilden wollen, (wieder) zu jener „Beitragsgeschichte“, die schon vor Jahrzehnten mit guten Gründen kritisiert worden ist: Die Aufzählung jü-

¹⁹ Beispiele auch bei: Susanne Popp, Nationalsozialismus und Holocaust im Schulbuch, in: Gerhard Paul/Bernhard Schoßig (Hrsg.), Öffentliche Erinnerung und Medialisierung des Nationalsozialismus, Göttingen 2010, S. 98–115, hier: S. 106. Vorbildlich: Cornelsen (2009), Forum Geschichte 11, Bayern, S. 181.

²⁰ Offenbar finden die Empfehlungen der Wissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft des Leo-Baeck-Instituts Beachtung: LBI-Kommission für die Verbreitung deutsch-jüdischer Geschichte, Deutsch-jüdische Geschichte im Unterricht, Frankfurt/M. 2003 (neue Fassung: 2011).

discher Nobelpreisträger oder Künstler soll vor Augen führen, welche Leistungen jüdische Deutsche erbracht und welchen Schaden sich das nationalsozialistische Deutschland durch ihre Ausgrenzung, Vertreibung oder Ermordung zugefügt hat; sie kann aber auch einer (positiven) Stereotypisierung Vorschub leisten und symbolische Grenzziehungen eher stabilisieren als auflösen.

Insgesamt lässt sich konstatieren, dass die leidenschaftlichen Debatten um die angemessene Bewertung der nationalsozialistischen Vergangenheit und die im vergangenen Jahrzehnt ausgetragenen Kontroversen um den Opferstatus „der Deutschen“ die Auseinandersetzung mit der ersten deutschen Diktatur und der Vernichtung der europäischen Juden weder verdrängt noch relativiert haben. Im Gegenteil: Auschwitz als negativer Gründungsmythos eines neuen demokratischen Deutschland und eines auf Friedenssicherung und Verständigung ausgerichteten Europa prägt alle Lehrwerke. Dies stützt die Einschätzung Martin Sabrows, der prognostiziert, dass Holocaust und Mauerfall wohl auf absehbare Zeit „die beiden und zugleich hierarchisch gestuften Bezugspunkte des zeitgeschichtlichen Denkens in Deutschland bleiben“ werden.^{F²¹}

Die Befürchtung, dass sich ganz neuartige, auf Deutsche verengte Opfererzählungen im Schulbuch manifestieren und den Basisnarrativ für den späten Nationalsozialismus und die frühe Nachkriegszeit prägen könnten,^{F²²} bestätigt sich in den untersuchten neueren Werken nicht. Akzentverschiebungen jedoch zeigen sich erstens in der Berücksichtigung verschiedener Opfergruppen (politische Gegner, Homosexuelle, Sinti und Roma, Behinderte oder Zwangsarbeiter).^{F²³} Zweitens beziehen sich Opferdiskurse fast selbstverständlich auch auf ausgebombte, vertriebene oder hun-

gernde, (eher selten) auf verwaiste oder vergewaltigte Deutsche. Dies gilt weniger für die NS-Zeit als für die Situation ab 1945 und weniger für Texte als für Bildquellen. Doch auch hier bietet sich ein eher diffuses Bild. Während einige Bücher das Thema Vertreibungen weiterhin meiden und den Blick eher auf die Integration der Neuankömmlinge richten, berücksichtigen es andere weit mehr als noch in den 1990er Jahren. Zwar folgt keines der analysierten Bücher einem auf Deutsche fokussierten Opferdiskurs, doch betten längst nicht alle Schulbücher die Vertreibung von Deutschen in den Kontext europäischer Zwangsmigrationen während und im Gefolge des Zweiten Weltkrieges ein.^{F²⁴} Alles in allem aber bilden Erzählungen und Bilder deutschen Leids trotz fortwirkender nationaler Vereinigungen keine dominante Deutungssachse und auch keinen Hinweis auf einen Paradigmenwechsel. Deutsche Schuld und deutsche Verbrechen werden immer wieder thematisiert.

Komplexität deutscher Nachkriegsgeschichte

Die Frage, wie die Geschichte beider deutscher Staaten und Gesellschaften in ein annähernd kohärentes und zugleich für transnationale Perspektiven offenes Geschichtsbild zu integrieren ist, stellt nicht nur wegen der unmittelbaren zeitlichen Nähe zum Geschehen, sondern auch wegen der unübersehbaren Asymmetrien im gesellschaftlichen Diskurs eine besondere Herausforderung dar. Für sie kann der Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit nur bedingt als „Kopiervorlage“ dienen. Aus der Vogelperspektive ging es zwar nach 1945 ebenso wie nach 1990 um die Frage, wie eine Gesellschaft Vergangenheit kritisch analysieren und zugleich – *auch* über Identitätsbildung durch Geschichte – jene Menschen in die neue Ordnung integrieren kann, die sich einer nunmehr diskreditierten Ideologie verpflichtet hatten. Im Unterschied zur Nachkriegszeit standen aber nach 1990 vielfach Entwürfe eines ganzen Lebens – unter Umständen in zwei deutschen Diktaturen – zur Disposition.^{F²⁵}

^{F²¹} Martin Sabrow, Meistererzählungen der Zeitgeschichte, in: ders. (Hrsg.), Leitbilder der Zeitgeschichte, Leipzig 2011, S. 21.

^{F²²} Vgl. S. Popp (Anm. 19), S. 112. Zu Flucht und Vertreibung: Wolfgang Höpken, Das Thema der Vertreibung im deutschen Schulbuch, in: Anja Kruke (Hrsg.), Zwangsmigration und Vertreibung, Bonn 2006, S. 107–115.

^{F²³} S. Popp (Anm. 19) hat jedoch dafür sensibilisiert, dass politisch linke Gegner des Nationalsozialismus – Gewerkschafter, Sozialdemokraten, Kommunisten, Pazifisten – sichtbar unterrepräsentiert sind.

^{F²⁴} Zu diesem Ergebnis kommt auch W. Höpken (Anm. 22), S. 113.

^{F²⁵} Diese Lebensentwürfe sind zudem im Kontext einer Blockkonfrontation zu verorten, die vielen Zeitgenossen in Ost und West auf Dauer gestellt schien.

Zudem vollzog sich der Systemwandel 1989/90, in dessen Folge ein durchgreifender Elitenwandel in Gang kam und Geschichte neu geschrieben wurde, nur auf einen, den kleineren Teil der Nation. Die alte Bundesrepublik existierte territorial vergrößert weiter, während sich in den neuen Bundesländern fast alle bisherigen Orientierungspunkte auflösten, ein durchgreifender Elitenwandel in Gang kam und Geschichte neu geschrieben werden sollte. Während es beim Nationalsozialismus mehr als einer Generation bedurfte, bis das Vergessen durch Erinnern abgelöst wurde, begann das Ringen um die Bewältigung der Diktaturerfahrungen nun ohne zeitlichen Verzug und – nach einer kurzen Phase bürgerrechtlicher Dominanz – vielfach unter der Deutungshoheit von Westdeutschen. Dies gilt auch für Schulbücher und ihre Autoren, bei denen sich die Narrative des Kalten Krieges verständlicherweise nicht sofort auflösten: Stalinismus, 17. Juni 1953 und Mauerbau, Teilung und Repression – nun ergänzt durch Informationen zu Bürgerbewegung und Opposition, zum Mauerfall und zur gelungenen deutschen Einheit bildeten den Kernbestand von DDR-Geschichte im Schulbuch der frühen 1990er Jahre. Im Zentrum standen der autoritäre Charakter des sozialistischen Staates und die Durchherrschung der Gesellschaft durch die SED beziehungsweise die von ihr kontrollierte Staatssicherheit.

Seit Beginn des neuen Jahrtausends hat sich der – von oben und von außen geformte – Blick thematisch und konzeptionell sichtbar erweitert: Die DDR wird nicht mehr nur als Polizeistaat charakterisiert, sondern adäquat zu anderen Epochen auch über ausgewählte Aspekte seiner Gesellschaftsgeschichte vergewärtigt. Totalitarismustheorien taugen kaum noch zur Leiterzählung. Die meisten Bücher bemühen sich um Historisierung und unterscheiden zwischen der NS-Herrschaft mit ihrem Vernichtungswillen und ihren Menschheitsverbrechen einerseits, und den autoritären sozialistischen Systemen und ihren Menschenrechtsverletzungen andererseits.

Grenzen findet das Bemühen um Historisierung allerdings insofern, als die Geschichte der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), der DDR oder der Staaten des Ostblocks nur selten in einen Zusammenhang mit der des eu-

ropäischen Sozialismus gestellt wird. Die von den Nationalsozialisten unterbrochenen Kontinuitätslinien bleiben gekappt, was eine reduzierte Wahrnehmung und eine Externalisierung dieses historischen Phänomens („ohne Stalin kein Sozialismus“) begünstigt.²⁶ So dürfte sich Jugendlichen nur schwer erschließen, was nach Kriegsende nicht wenige Menschen mobilisierte und auch eine Reihe prominenter Westemigranten motivierte, auf ein sozialistisches Deutschland hinzuarbeiten. „Sozialismus“ erscheint als von vornherein zum Scheitern verurteilte Sackgasse und als historische Periode ohne innere Dynamik.²⁷ Dem entspricht eine häufig wertende Terminologie: Bemühungen um eine gesellschaftliche Alternative werden entweder als reine Propaganda abgetan, gönnerhaft kommentiert oder von ihrem Scheitern her bewertet.

Im Umkehrschluss wird damit freilich auch der Westen enthistorisiert. Die Geschichte der alten Bundesrepublik ist mehr oder weniger zwingend eingebettet in eine Erfolgserzählung und besitzt eine auf Kontinuität ausgerichtete Temporalstruktur, in der für Krisen, Konflikte oder Brüche kaum Raum bleibt. Die DDR hingegen steht fast unabhängig von dem jeweils dominierenden narrativen Konzept für eine einprägsame Misserfolgsgeschichte und erscheint nachgerade als „bleierne Zeit“. Damit spiegeln viele Schulbücher ein Grundaxiom deutscher Erinnerungskultur präzise wider: Der Blick auf 1989/90 (und von da zurück) konturiert die Deutung der europäischen Nachkriegsgeschichte fast exklusiv. Allerorten begegnet man retrospektiven, auf Mauerfall, Wiedervereinigung und europäische Integration ausgerichteten Erzählstrukturen.

Auch wenn vom „Ende der Geschichte“²⁸ heute nicht mehr die Rede ist und in einigen

²⁶ Vgl. Oldenbourg (2009), Mosaik. Der Geschichte auf der Spur, S. 122 ff.; Cornelsen (2008), Forum Geschichte, Bd. 5, S. 280, sieht daneben auch ein „Drängen“ der deutschen Kommunisten, speziell jener der „Gruppe Ulbricht“.

²⁷ Mosaik überschreibt sogar eine Doppelseite mit: „Wandel im Westen – Stillstand im Osten“ (S. 158 f.). Vgl. auch: Augusta Dimou, Changing Certainties? Socialism in German History Textbooks, in: Maria Todorova (ed.), Remembering Communism. Genres of Representation, New York 2010, S. 293–316.

²⁸ Francis Fukuyama, The End of History and the Last Man, New York 1992.

Schulbüchern auch Verunsicherungen des Westens (1968, Ölkrise, RAF, Reformstau, Wettrüsten) Erwähnung finden, so wird diese Geschichte doch nur selten als ein für die Zeitgenossen offener Prozess begriffen. Dahinter steht die gesellschaftlich breit verankerte historisch-politische Gewissheit, dass die Implosion der kommunistischen Systeme zugleich die Alternativlosigkeit des westlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells belegt habe. Möglicherweise erwächst erst aus der gegenwärtigen Krise ein Potenzial für ein wirklich „offenes Geschichtsbild“.

Schon jetzt gibt es innerhalb des skizzierten, tendenziell teleologischen Rahmens unterschiedliche, mit fachwissenschaftlichen Diskussionen korrespondierende Akzentsetzungen. Dies zeigt sich beispielsweise an der Wahl der Zäsuren. Für einen Teil der Autoren bilden die friedliche Revolution bzw. die in den sozialistischen Gesellschaften Europas erwachenden zivilgesellschaftlichen Kräfte den Fluchtpunkt für die Darstellung der jüngeren Zeitgeschichte, die einige Bücher inzwischen auch europäisch lesen.^{F²⁹} Damit wird das 20. Jahrhundert in seiner Spannung zwischen nachgerade unbeschreiblicher Gewalt einerseits und neuen Formen von Zivilität andererseits gedeutet. Andere Schulbuchautoren hingegen schreiben die Geschichte sehr viel stärker auf 1990, also auf die (Wieder-)Vereinigung der beiden deutschen Staaten zu. Hier erscheint das 20. Jahrhundert eher als eine von tiefen Brüchen durchzogene, aber letztlich positiv konnotierte und klar „nach Westen“ weisende Nationalgeschichte. Dominant ist eine Fortschritts- und Erfolgserzählung, die sich primär auf Politik und Staat bezieht, während der stärker auf 1989 ausgerichtete Narrativ eher gesellschaftsgeschichtlich angelegt und offener für Ambivalenz ist.

Die meisten Schulbuchautoren sind um eine vergleichende, teilweise auch integrative Behandlung der deutsch-deutschen Nachkriegsgeschichte bemüht. Die Frage nach Gegensätzen und Gemeinsamkeiten zieht sich durch viele Lehrwerke. Damit entsprechen sie dem Stand fachwissenschaftlicher

^{F²⁹} Bemerkenswert auch in den Bildquellen: Oldenbourg (2009), Mosaik, S. 164 ff.

und fachdidaktischer Diskussionen,^{F³⁰} bekräftigen aber insofern auch Asymmetrien, als die Konsumgesellschaft des Westens fast automatisch eine leuchtende und überlegen scheinende Kontrastfolie zu einer grauen und düsteren DDR darstellen muss. Diesen Eindruck erwecken insbesondere Bildquellen: Dort, wo die DDR nicht als Repressions- und Überwachungsstaat visualisiert wird, begegnet sie Lernenden als freudlose Zumutung in Gestalt von grauen Plattenbauten, biederen Schrebergärten oder langen Menschenschlangen vor Lebensmittelkäden.^{F³¹}

Während Jugend im Westen meist für „Vielfalt von Lebensformen“ steht, scheint sich das Leben ihrer Altersgenossen im Osten nur „Zwischen Druck und Anpassung“ bewegt zu haben.^{F³²} Diese Deutung ist zwar nicht grundsätzlich abwegig, aber eben auch nicht vollständig. Quellen, die zugleich verständlich machen könnten, warum sich Menschen in der DDR arrangierten oder sogar wohl fühlen konnten, sind ausgesprochen rar, die Topoi Mangel und Bespitzelung hingegen fast allgegenwärtig: So heißt es in einem Abschnitt zur Freizeitgestaltung, diese sei durch die SED-Führung geduldet worden, denn „wer das gesamte Wochenende auf seiner Datsche verbrachte und den Rest der Woche mit Jagd auf Ersatzteile und Baustoffe beschäftigt war, (fand) (...) kaum noch Zeit, sich politisch oppositionell zu engagieren“.^{F³³} Was in der Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus etabliert ist, findet in Bezug auf den Sozialismus erst nach und nach Akzeptanz und gehört noch nicht zum Standard: kritische Historisierung und distanzierte Erklärung statt Moralisierung und politischer Delegitimierung.

Auffällig ist auch, dass politische Geschichte für die Zeit nach 1945 nach wie vor dominiert. Zwar zeigen fast alle Lehrwerke Interesse an Kulturgeschichte und Manifestationen des Alltags auch in der DDR.

^{F³⁰} Vgl. Christoph Kleßmann/Peter Lautzas (Hrsg.), *Teilung und Integration*, Schwalbach/Ts. 2006.

^{F³¹} Exemplarisch: Oldenbourg (2009), *Mosaik*, S. 132–137, oder Cornelsen (2008), *Forum Geschichte* Band 5, S. 304.

^{F³²} Diesterweg (2007), *Expedition Geschichte* 5, S. 97–100.

^{F³³} Westermann (2009), *Horizonte* 11, S. 277.

Der Basisnarrativ aber speist sich hier aus Herrschaftsstrategien, Repression und Propaganda einerseits, Dissidenten und oppositionellem Verhalten andererseits. Über die informellen Strukturen der DDR-Gesellschaft und über den Kitt, der sie – auch – zusammenhielt, finden sich kaum substanzielle Informationen. Während der Überwachungsstaat mit beiden Händen zu greifen ist, bleibt sein Gegenstück, die „partizipatorische Diktatur“, nahezu ohne Konturen.¹³⁴ Einige wenige Schulbücher berücksichtigen jedoch *multiple* Alltagserfahrungen oder eigensinnige Bewältigungsstrategien und eröffnen so einen differenzierten Zugang zu den Funktionsweisen von Herrschaft und Gesellschaft: Politische Unterdrückung allein, so das „Geschichtsbuch Oberstufe“, „sichert keine Herrschaft, ebenso wenig wie die Privilegierung der Eliten in Staat, Wirtschaft und Kultur. Eine systemstabilisierende Loyalität der Bevölkerung gegenüber der Staatsführung muss hinzukommen. Ein Grund für die Loyalität der DDR-Bürger waren der langsam, aber stetig wachsende Lebensstandard und die Arbeitsplatzgarantie.“¹³⁵ Ferner werden die Sozial-, die Frauenpolitik und das Bildungssystem genannt.

Doch es ist nicht allein die narrative, sondern auch die semantische Struktur, die Zugänge zu Geschichte eröffnet oder verstellt. In den meisten Schulbuchtexen zur Geschichte des Sozialismus dominieren – mehr als in anderen Kapiteln – *Passiv*konstruktionen. Wer gehandelt hat, wer Verantwortung trug oder Schuld auf sich lud, bleibt unklar. Wenn überhaupt, dann haben – wie vielfach in den Medien – die herrschende Elite und prominente Dissidenten, zuweilen auch westdeutsche Kommentatoren eine historische Stimme. Drei Viertel der DDR-Bürger – nämlich diejenigen, die weder geherrscht und gespitzelt noch mutig widerstanden, sondern sich eingerichtet und angepasst, still gelitten oder aber idealistisch gehandelt haben, die ihren Vorteil suchten oder sich verführen ließen – bleiben historisch „sprachlos“. Obgleich dies (ähnlich den in NS-Kapiteln dominierenden Täterquellen) mit der Über-

¹³⁴ Vgl. Mary Fulbrook, *Ein ganz normales Leben*, Darmstadt 2008.

¹³⁵ Vgl. Cornelsen (2006), *Geschichtsbuch Oberstufe. Das 19. und 20. Jahrhundert*, Ausgabe Sachsen-Anhalt, S. 454.

lieferungssituation zu tun haben und nicht intendiert sein mag, führt eine solche Zuteilung von Sprecherrechten dazu, dass die Vielfalt der Akteure – auch, ja gerade der Opfer – und Verantwortungen von Einzelnen hinter dem repressiven Charakter des *Systems* zurücktreten.

Vergleicht man deutsche Schulbuchtexte zu diesem Thema mit denen anderer Länder, so ist der erreichte Grad an Differenzierung gleichwohl bemerkenswert. So sehen englische oder amerikanische Lehrwerke das Phänomen Staatssozialismus zwar – anders als deutsche – aus einer dezidiert europäischen Perspektive, aber nur als Teil des Kalten Krieges und in binären Grundstrukturen von (sowjetisch gesteuerter) Herrschaft und Opposition, changieren also stetig zwischen Repressions- und Widerstandsnarrativ.

Nationalgeschichte im Kontext

Deutsche Schulbücher eröffnen zwar weltgeschichtliche und transnationale Perspektiven; für das 20. Jahrhundert beziehen sich diese aber primär auf die „große Politik“, auf Institutionen und zentrale politische Krisen. Der Kalte Krieg mit seinen Kernthemen (Konfrontation, Wettrüsten und Entspannungspolitik, Kuba-Krise, Vietnam-Krieg), die europäische Integration, der Nahost-Konflikt, die Gründung der UNO und teilweise auch Terrorismus gehören zum Basisinventar, während globale Problemfelder wie Ungleichheit und Armut, Migration oder Entkolonialisierung ungleich seltener historisiert werden.¹³⁶ Dass inzwischen ein erheblicher Teil der Lernenden aus Familien mit Migrationserfahrung stammt, schlägt sich im Schulbuch erst ansatzweise nieder; selbst dort, wo es um Welt- oder Globalgeschichte geht, sind die Erzählstränge oft auf eine primär deutsche und dabei genuin politikgeschichtliche Perspektive ausgerichtet.

Gesellschafts- und kulturgeschichtliche Zugänge sind in *diesem* Rahmen ebenso unterrepräsentiert wie postkoloniale Ansätze oder Außensichten auf Europa; nur selten erhal-

¹³⁶ Ansätze u. a. in: Cornelsen (2008), *Kursbuch Geschichte, Sachsen*; Oldenburg (2009), *Mosaik, NRW*; Cornelsen (2008), *Forum Geschichte kompakt, NRW*.

ten etwa die Kolonisierten eine eigene (Quellen-)Stimme, wenn es um Kolonialismus und Dekolonisierung geht.³⁷ Als ambivalentes *europäisches* Erbe erschließt sich der Kolonialismus ohnehin kaum. Die Geschichte der europäischen Integration wird indes mit einem skeptischen, keineswegs von Euphorie oder Fortschrittsoptimismus getragenen Unterton geschrieben. Während sich die Geschichte der Bundesrepublik als Erfolgsnarrativ lesen lässt und die Ost-West-Konfrontation, da vielfach über Karikaturen visualisiert, weniger als reale Bedrohung denn als absurdes, fast groteskes Phänomen erscheint, stehen in globaler und gegenwartsnaher Perspektive eher Probleme, Gefahren und Krisen im Fokus. Vor allem in den *Bildern*, die Schulbücher über die vergangenen zwanzig Jahre transportieren, wirkt die Welt unübersichtlich und voller Herausforderungen.

Problematisierung und kritische Distanz kennzeichnet aber auch den Basisnarrativ zur *deutschen* Geschichte. Die Autoren gehen behutsam mit der historischen Begründung nationaler Identität um, arbeiten den Unterschied zwischen historischer Belastung und Vertrauenswürdigkeit in der Gegenwart heraus und sensibilisieren für historische Mythenbildung.³⁸ Der Begriff „Nation“ wird selten (nur) positiv konnotiert und immer auch mit der Gefahr des Nationalismus in Verbindung gebracht. Das „Jahrhundertereignis“ der deutschen Wiedervereinigung stellen die meisten Schulbücher wenn nicht in europäischer Perspektive, so doch ohne patriotische Anwendungen dar.

Man stößt zwar auf korrekturbedürftige Stereotype – etwa zum historischen Islam und Muslimen³⁹ –, aber selten auf ausgeprägte Feindbilder, scharf geschnittene Exklusionsmuster oder Abgrenzungsstra-

tegien. Regelmäßig hingegen begegnet man einem pazifistischen Grundton und dem Bemühen, solche Strategien, soweit sie historisch legitimiert sind, kritisch zu hinterfragen.

Bemerkenswert ist, dass deutsche Schulbücher inzwischen den Wandel von Erinnerungskulturen zu einem eigenständigen Thema machen, dass sie faktisch „Gedächtnisgeschichte“ schreiben und Geschichte als Konstrukt verstehbar machen.⁴⁰ Inwieweit sie im Konzert anderer Medien und erinnerungsrelevanter Akteure realiter Weisen der Weltaneignung prägen – darüber wissen wir noch wenig, doch ist die Forschung auf dem besten Wege, mehr darüber herauszufinden.⁴¹

³⁷ Ansätze bei: Oldenburg (2009), Mosaik, NRW Sek. 1, S. 102–105, 207, und Klett (2007), Geschichte und Geschehen, Sek. 2, NRW, etwa S. 491 f. und S. 529; Cornelsen (2008), Forum Geschichte Bd. 5, Bayern, S. 83, 100 f.

³⁸ Vgl. Klett, Zeitreise 3 (2006), S. 128 ff.

³⁹ Vgl. Keine Chance auf Zugehörigkeit? Schulbücher europäischer Länder halten Islam und modernes Europa getrennt. Ergebnisse einer Studie des GEI zu aktuellen Darstellungen von Islam und Muslimen in Schulbüchern europäischer Länder, online: www.gei.de/fileadmin/bilder/pdf/Presse_interviews/Islamstudie_2011.pdf (20.12.2011).

⁴⁰ Cornelsen (2008), Kursbuch Geschichte, Neubearbeitung Sachsen, enthält ein 50-seitiges Kapitel „Historisches Erinnern und nationale Identität“ (S. 516 ff.), u. a. zum Umgang mit der NS-Vergangenheit in Ost und West, Mythen und Feindbildern sowie Erinnerungen an den Ersten Weltkrieg im europäischen Vergleich. Vgl. auch folgende Schulbücher: Klett (2007/2009), Geschichte und Geschehen, Band 6, Sachsen 10 und 12; Diesterweg (2007), Expedition Geschichte 5.

⁴¹ Am Georg-Eckert-Institut entsteht ein Forschungsschwerpunkt zu Praktiken der Erinnerung im Spannungsfeld von Lehrplänen, Schulbüchern und anderen Medien sowie Lehrenden und Lernenden. Vgl. auch: S. Moller (Anm. 3).

„APuZ aktuell“, der Newsletter von

Aus Politik und Zeitgeschichte

Wir informieren Sie regelmäßig und kostenlos per E-Mail über die neuen Ausgaben.

Online anmelden unter: www.bpb.de/apuz-aktuell

APuZ

Nächste Ausgabe

4/2012 · 23. Januar 2012

Europa

Dennis Lichtenstein

Auf der Suche nach Europa

Jens Beckert · Wolfgang Streeck

Die Fiskalkrise und die Einheit Europas

Daniela Schwarzer

Economic Governance in der Eurozone

Jan Zielonka

Paradoxien aus 20 Jahren Integration und Erweiterung

Wilhelm Knelangen

Die EU und der Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger

Ulrike Liebert

Europäische Erinnerungsgemeinschaft

Jutta Limbach · Jürgen Gerhards

Europäische Sprachenpolitik

Georg Datler

Europäische Identität: prominentes und problematisches Konzept

Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn



Redaktion

Dr. Hans-Georg Golz
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Dr. Asiye Öztürk
Johannes Piepenbrink
Anne Seibring (Volontärin)
Telefon: (02 28) 9 95 15-0
www.bpb.de/apuz
apuz@bpb.de

Redaktionsschluss dieses Heftes:
23. Dezember 2011

Druck

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kuhessenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Satz

le-tex publishing services GmbH
Weißenfelder Straße 84
04229 Leipzig

Abonnementservice

Aus Politik und Zeitgeschichte wird
mit der Wochenzeitung **Das Parlament**
ausgeliefert.

Jahresabonnement 25,80 Euro; für Schüle-
rinnen und Schüler, Studierende, Auszubil-
dende (Nachweis erforderlich) 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.

Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Vertriebsabteilung **Das Parlament**
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (069) 7501 4253
Telefax (069) 7501 4502
parlament@fs-medien.de

Nachbestellungen

IBRo
Kastanienweg 1
18184 Roggentin
Telefax (038204) 66 273
bpb@ibro.de
Nachbestellungen werden bis 20 kg mit
4,60 Euro berechnet.

Die Veröffentlichungen
in *Aus Politik und Zeitgeschichte*
stellen keine Meinungsäußerung
der Herausgeberin dar; sie dienen
der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X

Axel Schildt

3–8 Zeitgeschichte der „Berliner Republik“

Statt einer Nationalgeschichte, ob west-, ost- oder deutsch-deutsch, ist eine Zeitgeschichte gefordert, welche Kontinuitäten und Umbrüche seit Ende des 20. Jahrhunderts im Rahmen (hoch)moderner europäischer und globaler Prozesse verortet.

Andreas Wirsching

9–14 Vom „Lehrstück Weimar“ zum Lehrstück Holocaust?

Das „Lehrstück Weimar“ verblasst, während der Holocaust, als Resultat der NS-Diktatur und ihrer „Volksgemeinschaft“, zum wichtigsten Lehrstück des 20. Jahrhunderts geworden ist.

Thomas Großbölting

15–21 Geteilter Himmel: Wahrnehmungsgeschichte der Zweistaatlichkeit

War der Himmel zwischen 1945 und 1990 geteilt, so dass sich DDR und Bundesrepublik auseinander entwickelten? Oder überwogen gemeinsame Wurzeln und Beziehungen? Wie geht wissenschaftliche Zeitgeschichte damit um?

Thomas Lindenberger · Muriel Blaive

21–27 Zeitgeschichte und Erinnerungskonflikte in Europa

Im gegenwärtigen Erinnerungsboom droht *memory* Geschichte zu ersetzen. Erinnerungskonflikte (*memory clashes*) beruhen auf tendenziell statischen Opferidentitäten, die einem dynamischen Verständnis europäischer Geschichte im Wege stehen.

Andreas Eckert

28–32 Globalgeschichte und Zeitgeschichte

Globalgeschichte etabliert sich als historische Teildisziplin, fokussiert bisher aber vor allem auf die Zeit vor 1900. Doch auch in der Zeitgeschichte gewinnen global-historische Ansätze zunehmend an Gewicht.

Hanno Hochmuth

33–38 Vergnügen in der Zeitgeschichte

In der zeitgeschichtlichen Forschung sollte auch der historische Wandel der modernen Vergnügungskultur berücksichtigt werden. In der konsequenten Historisierung liegt die spezifische Aufgabe einer Zeitgeschichte des Vergnügens.

Alexander Gallus

39–45 Über das Verhältnis von Geschichts- und Politikwissenschaft

Die beiden Fächer befinden sich in enger Nachbarschaft, die seit einiger Zeit von gestörter Kommunikation geprägt ist. Der Beitrag skizziert diese Beziehung und widmet sich insbesondere dem Verhältnis von Zeitgeschichte und Demoskopie.

Simone Lässig

46–54 Repräsentationen des „Gegenwärtigen“ im deutschen Schulbuch

In Schulbuchdarstellungen erscheint die Zeitgeschichte meist national geprägt; weltgeschichtliche Perspektiven werden im Kontext der „großen Politik“, in der Darstellung von Institutionen oder der großen politischen Krisen eröffnet.